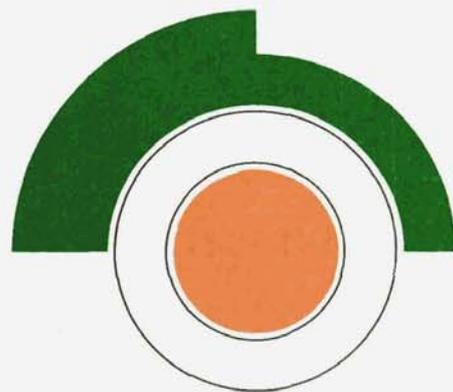


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 13



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 24. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 14. 9. 1993

WORT UND WIDERWORT

Droht der Nahverkehr Opfer der Bahnreform zu werden?

Eine Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs mit Übertragung von Aufgaben- und Ausgabenverantwortung auf Länder und Kommunen sei nur akzeptierbar, wenn hierfür adäquate Finanzausgleichsbeträge mit eindeutiger Zweckbindung für den öffentlichen Personennahverkehr bereitgestellt würden. Der ÖPNV benötige außerdem Mittel für die erforderliche Infrastruktur. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Karl Böse**. Der CDU-Abgeordnete **Heinrich Dreyer** betont, nunmehr müsse eine Annäherung von Bund und Ländern in der Frage der Finanzierung des Nahverkehrs erfolgen. Das Land Nordrhein-Westfalen werde letztlich der Bahnstrukturreform nur zustimmen können, wenn diese Finanzierungsfrage und damit die Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs geklärt sei. Die F.D.P.-Abgeordnete **Marianne Thomann-Stahl** vertritt die Ansicht, der richtige Weg sei die Regionalisierung des Nahverkehrs, daß heißt die Zusammenfassung der Aufgaben- und Ausgabenverantwortung vor Ort. Nur auf diese Weise sei es möglich, endlich klare Zuständigkeiten für den Personennahverkehr zu schaffen und ihn wirtschaftlich optimal abzuwickeln. Die Bahnstrukturreform müsse man als Chance begreifen. Die Grüne-Abgeordnete **Gisela Nacken** unterstreicht, die Regionalisierung biete die Chance, gerade im ländlichen Raum die notwendige ÖPNV-Offensive zu starten. Statt wie bisher zentral, könnte zum ersten Mal Nahverkehr vor Ort geplant und den lokalen Besonderheiten angepaßt werden. Die Schienenstrecken und Bahnanlagen seien ein Pfund, das zur Lösung der Verkehrsprobleme einen beträchtlichen Beitrag leisten könnte. (Seite 2)

Im Plenum kommen Asyl und Abschiebung zur Sprache Haushaltsberatungen im Mittelpunkt

Die erste Lesung des Haushaltsgesetzes 1994 sowie des Gemeindefinanzierungsgesetzes steht im Mittelpunkt der dreitägigen Plenarberatungen des Landtags in dieser Woche.

Außer dem Haushalt 1994 wird in zweiter Lesung auch ein Nachtragshaushalt 1993 beraten. Ferner debattiert das Parlament am Mittwoch über Stärkung der Leistungskraft der Polizei, über Asylpolitik, eine Änderung des Landschaftsgesetzes, die Juristenausbildung und den Staatsvertrag „Deutschlandradio“.

Am Donnerstag stehen nach einer Aktuellen Stunde die Gefährdung der Arbeit von Zivildienstleistenden, der Abbau von Ausstattungsstandards, die Verwaltungsstrukturreform, Beschränkung des Landtags auf 201 Mandate, eine Änderung des Landeswahlgesetzes, Entwicklung der Grundschulen zu „Vollen Halbtagschulen“, Konsequenzen aus Vorgängen im Soester Landesinstitut für Schule und Weiterbildung, Lehrerausbildung, Analphabetismus, Sicherheit im ÖPNV, die Abschiebung von straffälligen Ausländern sowie der Verlust von Mietwohnungen auf dem Programm.

Am Freitag wird vor allem der Zwischenbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses auf Interesse stoßen. Für das Nachtragshaushaltsgesetz 1993 steht die dritte Lesung an.

Die Woche im Landtag

Haushalt 1994

Die Entwürfe des Haushaltsgesetzes 1994 sowie des Gemeindefinanzierungsgesetzes sind von Finanzminister Heinz Schleußer und Innenminister Dr. Herbert Schnoor eingebracht worden. (Seite 3)

Südostasien

Den Deutschen fehlt vielfach noch eine Strategie zur Erschließung der Märkte in Südostasien. (Seite 6)

Schulsport

Gegen Kürzungen beim Sportunterricht sprachen sich vor allem Mediziner und Lehrer bei der ganztägigen Experten-Anhörung des Sportausschusses aus. (Seite 9)

Würdigung

Diether Posser, langjähriger politischer Wegbegleiter von Johannes Rau, hat für „Landtag intern“ den Werdegang des Ministerpräsidenten gewürdigt. (Seite 11)

Dienstgeschäfte

Beamte sollen den Eintritt in den Ruhestand hinausschieben können, wenn dringende Gründe die Fortführung der Dienstgeschäfte erfordern. (Seite 19)

Interpretation

Die Kriminalstatistik weist ausländische Tatverdächtige auf. Die Interpretation der Zahlen löste eine Kontroverse im Plenum aus. (Seite 25)



Neuer Stern am Revierhimmel

Zeichnung: Frank Cerny (WAZ)

WORT UND WIDERWORT

Umsetzung der Regionalisierung wirft viele Fragen auf

Von
Karl Böse

Bei der Bahnreform wird der öffentliche Nahverkehr im wesentlichen durch die geplante Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs berührt. Der Nahverkehr in den Ländern ist aber von mehr Faktoren abhängig als von einem regionalisierten Schienenpersonennahverkehr, wenn dieser auch in vielen Fällen eine keineswegs zu vernachlässigende Größe darstellt. Er wird wesentlich beeinflusst von der Finanzpolitik des Bundes.

Eine Regionalisierung des SPNV mit Übertragung von Aufgaben- und Ausgabenverantwortung auf Länder und Kommunen ist nur akzeptierbar, wenn hierfür adäquate Finanzausgleichsbeträge mit eindeutiger Zweckbindung für den ÖPNV bereitgestellt werden. Die Bundesregierung gesteht bisher die Beträge zu, die sie als Zuschuß zu den Betriebskosten des SPNV geleistet hat (7,7 Milliarden DM). Das ist zu wenig. Der Betriebskostenzuschuß für den Nahverkehr an die deutschen Eisenbahnen deckt nur 80 Prozent der

Von
Heinrich Dreyer

Der Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen darf durch die Bahnreform nicht verschlechtert werden.

Die Bahnstrukturreform bedingt die Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs und damit eine Übertragung der Zuständigkeit vom Bund auf die Länder und Gemeinden. Die Weichen hierzu sind grundsätzlich gestellt worden und um Finanzierungslücken zu schließen, wurde eine Erhöhung der Mineralölsteuer ab 1. Januar 1994 beschlossen. Grundsätzlich wird eine Finanzierung der Bahnreform erst durch die von der Bundesregierung beschlossene Erhöhung der Mineralölsteuer möglich.

Die Landesverkehrsminister haben sich mit dem Bundesverkehrsminister grundsätzlich geeinigt, daß auf der Basis des heutigen Angebotes die bestehenden Leistungen im Nahverkehr zu garantieren sind. Nunmehr muß eine Annäherung von Bund und Ländern in der Frage der Finanzierung des Nahverkehrs erfolgen. Das Land Nordrhein-Westfalen wird letztlich der Bahnstrukturreform nur zustimmen können, wenn diese Finanzierungsfrage und damit die Regionalisierung

Von
Marianne Thomann-Stahl

Wenn unsere Städte bewohnbar und lebenswert bleiben sollen, kann der Autoverkehr auf den städtischen Straßen nicht unbegrenzt wachsen. Dies setzt voraus, daß das System des Personennahverkehrs so ausgebaut wird, daß die vom Bürger gewünschte Mobilität gewahrt bleibt.

Der richtige Weg dazu ist die Regionalisierung des Nahverkehrs, d.h. die Zusammenfassung der Aufgaben- und Ausgabenverantwortung vor Ort. Nur auf diese Weise ist es möglich, endlich klare Zuständigkeiten für den Personennahverkehr zu schaffen und ihn wirtschaftlich optimal abzuwickeln. Da das Konzept der anstehenden großen Bahnstrukturreform die Regionalisierung des Per-

Von
Gisela Nacken

Der für den Nahverkehr in unserem Land wichtigste Aspekt der Bahnreform ist die Regionalisierung; die entscheidende Frage: Welche Finanzsumme stellt der Bund den Ländern und letztendlich den Kreisen und Kommunen zur Verfügung, um die von ihm in der Vergangenheit mehr schlecht als recht ausgeübte Aufgabe des Schienenpersonennahverkehrs zu übernehmen? Zur Zeit bietet er genau den Betrag, den er selbst pro Jahr in diese Aufgabe investiert. Die Qualität des darauf basierenden Angebotes ist bekanntlich miserabel. Im Gegensatz zum Straßenbau hat der Bund die Bahn in den letzten Jahrzehnten finanziell beinahe aushungern lassen. Mit Blick auf die Bahnreform ist in den letzten Jahren nur das Notwendigste in die Nebenstrecken investiert worden. Je weiter man in den ländlichen Raum vordringt, um so schlechter werden Schienenmaterial, Fahrzeuge und Bedienungsstandard, die Bahnhöfe verkommen. Davon habe ich mich in den letzten Wochen durch eine Bereisung der von Stillelegung bedrohten Bundesbahnnebenstrecken in NRW überzeugen können. Das Ringen der Länder um eine

SPD: Der Bund darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen

echten Kosten ab. Kostensteigerungen und Inflationsraten setzen zudem eine Dynamisierung der Erstattungsbeträge voraus. Der Bund wird sich hier bewegen müssen, damit ein für die Länder und Kommunen akzeptierbarer Weg gefunden wird, den Bedienungsstandard im Schienenpersonennahverkehr dauerhaft zu sichern.

Der ÖPNV benötigt außerdem Mittel für die erforderliche Infrastruktur. Der Bund darf nicht einerseits steigende Einnahmen, z. B. aus der Mineralölsteuer, für sich verbuchen und andererseits die Mittelzuweisungen nach dem GVFB kürzen oder gar völlig einstellen. Vielmehr muß das GVFG dauerhaft auf mindestens dem heutigen Stand von 6,3 Milliarden DM pro Jahr verstetigt werden. Die Kommunen müssen die Betriebskostendefizite ihrer Verkehrsunternehmen finanzieren. Deshalb ist darauf zu achten, daß ihre finanzielle Leistungsfähigkeit nicht durch immer neue Belastungen erdrosselt wird.

Wenn die finanzpolitischen Rahmenbedingungen stimmen und bei der Regionalisierung des SPNV für Bund und Länder tragbare Lösungen gefunden werden, dann wird der Nahverkehr kein Opfer der Bahnreform.

CDU: Leistungen im Nahverkehr garantieren

des öffentlichen Personennahverkehrs geklärt ist. Nicht zu verkennen ist aber auch, daß eine zweckmäßige Erstellung des Nahverkehrs vor Ort zwingenderweise nur im Rahmen der Bahnreform erfolgen kann. Nur eine Einigung in dieser Frage gewährleistet, daß sich die konkreten Anforderungen an den ÖPNV auch wirklich an den konkreten örtlichen Bedürfnissen orientieren. In den anstehenden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern wird man sich daher um eine angemessene Finanzierungsübertragung einigen müssen. Zu begrüßen ist daher, daß man sich im Grunde schon darüber geeinigt hat, daß die Finanzmittel für den ÖPNV vom Bund zweckgebunden dynamisiert und an die Länder weitergegeben werden.

Für die Zukunft stellt sich daher weniger die Frage des „ob“ als vielmehr die Frage „wie“ die Regionalisierung in Nordrhein-Westfalen umgesetzt wird. Welche zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten sich hier ergeben ist noch nicht absehbar. Die Regionalisierung wird dabei oft völlig falsch als Übernahme der Verkehre der Deutschen Bundesbahn durch die Kommunen oder ihre Unternehmen angesehen. Dies ist jedoch nur eine Möglichkeit von vielen. Gerade hier bietet sich im Hinblick auf die Kostendiskussion im öffentlichen Personennahverkehr ein breites Betätigungsfeld.

F.D.P.: Vom Bürger gewünschte Mobilität ist zu wahren

sonennahverkehrs vorsieht, muß man die Bahnstrukturreform als Chance für den Nahverkehr — nicht als Gefahr — begreifen. Allerdings setzt eine Regionalisierung des Nahverkehrs unabdingbar eine ausreichende, zweckgebundene und auf Dauer gesetzlich gesicherte Finanzausstattung der Länder und Gemeinden voraus. Außerdem ist die im Personenbeförderungsgesetz verankerte Monopolstellung öffentlicher Verkehrsbetriebe aufzuheben. Dabei ist ein mögliches Instrument zum Abbau der hohen Defizite des öffentlichen Personennahverkehrs die konsequente Privatisierung des Nahverkehrs.

Die privatisierten Unternehmen sind insbesondere frei von Regeln des öffentlichen Dienstrechts und politischen Interventionen, zwei der wichtigsten Gründe für die höheren Kosten öffentlicher Unternehmen im Vergleich zu privaten.

GRÜNE: Aktive Bahnpolitik statt Verwalten

ausreichende Finanzierung ist daher mitentscheidend für die weitere Existenz des Nahverkehrs gerade im ländlichen und Ballungsrandraum.

Und dennoch, meine Rundreise unter dem Motto „Bahnreform — aber richtig!“ hat mir erneut verdeutlicht: Die Regionalisierung bietet die Chance, gerade im ländlichen Raum die notwendige ÖPNV-Offensive zu starten. Statt wie bisher zentral, könnte zum ersten Mal Nahverkehr vor Ort geplant und den lokalen Besonderheiten angepaßt werden. Die Schienenstrecken und Bahnanlagen sind ein Pfund, das zur Lösung unserer Verkehrsprobleme einen beträchtlichen Beitrag leisten könnte. Die Kommunen sollten daher nicht voreilig abwinken und auch nicht auf einen Startschuß von oben warten.

Was jetzt vonnöten ist, sind regional abgestimmte Bus-Schiene-Konzepte, die zügig umgesetzt werden können, wenn die Finanzen stimmen, die Gründung oder zumindest weitgehende Planung von regionalen Verkehrsgesellschaften und Investitionen bereits heute, um die Defizite von morgen, die künftig von den Kommunen zu tragen sind, zu minimieren. Meine Rundreise hat mir gezeigt, daß die Regionen in NRW sehr unterschiedlich auf diese Aufgabe vorbereitet sind. Aktive Eisenbahnpolitik statt Verwaltung ist hier vom Land gefordert.

Landesregierung bringt Haushaltsentwurf und Gemeindefinanzierungsgesetz 1994 ein

Schleußer will strategische Beteiligungen nicht aufgeben

Bei der Einbringung des Haushaltsgesetzes 1994 hat Finanzminister Heinz Schleußer am vergangenen Donnerstag verdeutlicht, übergeordnetes Ziel müsse es bleiben, das Vertrauen in die Solidität und Verlässlichkeit der deutschen Haushalts- und Finanzpolitik zurückzugewinnen. Der Bundesregierung hielt er vor, sie werde ihrem Auftrag zur Wahrung sozialer Gerechtigkeit nicht gerecht. Der Minister verwies darauf, daß das Land Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren einen strikten Konsolidierungskurs eingehalten habe. Auf die schwierige Lage der Gemeinden ging anschließend Innenminister Dr. Herbert Schnoor (beide SPD) bei der Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1994 ein. Nach dem Entwurf beläuft sich der Haushalt für das nächste Jahr auf annähernd 83 Milliarden Mark.



Erläuterten die Finanz- und Gemeindepolitik des Landes: v.l. Finanzminister Heinz Schleußer und Innenminister Dr. Herbert Schnoor (beide SPD). Foto: Schüler

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) erklärte, gegenüber dem letzten Jahr hätten sich die Rahmenbedingungen der Finanzpolitik in Deutschland nicht gebessert. Im Gegenteil, bundesweit sei festzustellen, die Geschwindigkeit der weiteren Verschuldung des Gesamtstaates sei nicht abgebremst. Sie beschleunige sich. Was er im letzten Jahr befürchtet habe, sei leider eingetreten. „Wir sind mitten in der tiefsten Rezession unserer Wirtschaft seit der Nachkriegszeit.“ Nach Ansicht aller Wirtschaftsweisen und selbst nach den bisher immer recht optimistischen Einschätzungen des Bundeswirtschaftsministers werde das Sozialprodukt in diesem Jahr um bis zu zwei Prozent abnehmen. Bundesweit werde man knapp 70 Milliarden Mark weniger erwirtschaften als im letzten Jahr. Übergeordnetes Ziel müsse es bleiben, das Vertrauen in die Solidität und Verlässlichkeit der deutschen Haushalts- und Finanzpolitik zurückzugewinnen. „Denn nur so werden Investoren und Konsumenten mit Zuversicht nach vorne blicken. Die Wirtschaft und die Menschen müssen darauf vertrauen können, daß einmal gesetzte Rahmendaten erfüllt werden.“ Sie würden jedoch enttäuscht. Die Politik der Bundesregierung werde den gesamtwirtschaftlichen Herausforderungen durch die Deutsche Einheit, durch Rezession und Strukturkrise sowie ihrem Auftrag zur Wahrung sozialer Gerechtigkeit nicht gerecht. Zur Entwicklung in NRW sagte der Minister, Nordrhein-Westfalen habe in bezug auf Solidität und Verlässlichkeit in der Finanzpolitik bisher Beachtliches geleistet. In einer gemeinsamen Kraftanstrengung habe man das Ruder herumgerissen und im Landeshaushalt schon ab 1982 einen strikten Konsolidierungskurs gehalten. Das Ergebnis sei die geringste Steigerungsrate bei den Ausgaben auf Länderebene. Als Erfolg konsequenter Handelns nannte er den Abbau der Nettoneuverschuldung von 10,1 Milliarden Mark 1981 auf 4,2 Milliarden Mark 1991 und dann weiter auf 2,2 Milliarden Mark im letzten Jahr. Die Linie der knappen Ausgabenzuwächse werde man auch 1994 fortsetzen. „Ohne Leistungen des Landes für die Deutsche Einheit werden unsere Ausgaben 1994 bei knapp 80,1 Milliarden Mark liegen.“ Laut Schleußer werden

bei der Nettoschuldenaufnahme nach dem Entwurf rund 250 Millionen Mark weniger sein, wiederum ohne Zusatzlasten aus der Deutschen Einheit.

Deutsche Einheit

Der Minister betonte, die politischen Schwerpunkte der Regierungserklärung würden weiter fortgesetzt. Das gelte für das Ausbauprogramm von 125 000 Kindergartenplätzen und Tageseinrichtungen für Kinder, für die Ziele im Rahmen des zweiten Landesaltenplans, für das Wohnungsbauprogramm mit mindestens 30 000 Wohnungen sowie die Innere Sicherheit. 700 Polizisten würden zusätzlich in den Polizeidienst aufgenommen. Er berichtete weiter, die Deutsche Einheit bliebe nicht ohne Folgen für die finanziellen Möglichkeiten des Landes. Mit dem Solidarpakt habe man nun Klarheit. Da sei die Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit“ von bisher einer auf 1,6 Milliarden Mark in diesem Jahr, 1994 dann auf gut 2,7 Milliarden Mark. Ab 1995 seien dann weitere 4,8 Milliarden Mark im bundesstaatlichen Finanzausgleich „von uns aufzubringen“. Der Minister betonte, zurückgehende Steuereinnahmeerwartungen und zunehmende Belastungen für die Deutsche Einheit schlugen auf den Steuerverbund durch. Man werde vom Konsolidierungskurs aber nicht abweichen. Das Moratorium für alle ausgabenwirksamen Gesetze werde verlängert, der Null-Stellenzuwachs im Personalhaushalt beibehalten. Das heiße, Ausgabenzuwachsraten blieben unter den Einnahmewachsraten. Auf Herausforderungen wolle man mit gezielter Landesstrukturpolitik antworten. „Mit unserer ‚Gemeinschaftsaktion Industriestandort Nordrhein-Westfalen‘ können wir fast zwei Milliarden Mark Barmittel und Verpflichtungsermächtigungen mobilisieren“, sagte der Minister. Die Mittel wolle man einsetzen für Qualifizie-

rung, für neue Technologien und Technologietransfer, für Sanierung von Industriebrachen, für Umweltvorhaben in Industrieregionen und für Infrastrukturförderung kleiner und mittlerer Unternehmen. Zur Forderung von Nullrunden im öffentlichen Dienst erklärte Schleußer, die Tarifentwicklung gehöre in die Verantwortung der Tarifparteien. Generell gelte, Leistung und Honorierung im öffentlichen Dienst müßten wieder enger zusammengebracht werden. Zur Privatisierung sagte er, Wir sperren uns nicht gegen Privatisierung, aber dagegen, darin ein Allheilmittel zu sehen.“ Natürlich prüfe man auch, ob der Beteiligungsbesitz des Landes so beibehalten werden müsse. Er schränkte indessen ein, für die Landespolitik und im Landesinteresse wichtige strategische Beteiligungen stünden nicht zur Disposition. Es gebe keinen Ausverkauf von Landesvermögen, um damit Haushaltslöcher zu stopfen. Zur Beeinflussung durch Beschlüsse auf Bundesebene meinte Schleußer, die Landesregierung werde den Vorstellungen der Bundesregierung nicht folgen. Diese Form der Sparpolitik sei der falsche Weg zur Haushaltskonsolidierung. Wir dürfen nicht Haushaltslücken schließen und gleichzeitig Gerechtigkeitslücken aufreißen. Lasten auf Länder und Gemeinden zu verschieben, habe nichts mit Sparen zu tun. Er beklagte besonders, daß ab 1995 bei der Kokskohlebeihilfe die Zahllast vom Bund auf die Kohleländer Saarland und Nordrhein-Westfalen verlagert werden solle. Die letzte Kohlerunde liege keine zwei Jahre zurück und die Solidarpaktverhandlungen nicht einmal ein halbes Jahr. Beide Runden hätten andere Ergebnisse. Die Zukunft der Arbeit sah der Minister unter anderem unter dem Blickwinkel, daß sich bisher nach jeder Rezession der Sockel an Massenarbeitslosigkeit erhöhte. Im Mittelpunkt der Politik müsse daher die Frage nach der Zukunft der Arbeit stehen. Alle denkbaren Lösungsansätze müßten vorurteilsfrei abgewogen werden, ob das die Forderung nach einem zweiten Arbeits-

markt oder Lohnmarkt, der Vorschlag der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, Fragen nach der Lebensarbeitszeit oder der Verteilung der Jahresarbeitszeit, flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit und flexiblere Maschinenlaufzeiten, die Frage nach Lohnkostenzuschüssen oder die Ausdehnung der Kurzarbeiterregelungen seien. Die Landesregierung sei ferner bereit, zunächst unpopuläre Einsparvorschläge mitzutragen. Man sage Ja zur Bekämpfung von Mißbrauch beim Bezug staatlicher Leistung und steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten, Ja zum Abbau nicht mehr gerechtfertigter Steuer-subventionen und zur Koppelung staatlicher Leistungen an Einkommensgrenzen, aber Nein zu jedem Versuch, die öffentlichen Haushalte ausschließlich zu Lasten der Schwächsten zu sanieren, und Nein zur ständigen Verschiebung finanzieller Lasten vom Bund auf Länder und Gemeinden.

Gemeindefinanzierung

Der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1994 mache deutlich, betonte **Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) in seiner Einbringungsrede, daß sich das Land seiner Verantwortung für die Finanzausstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände bewußt sei: „Die Steigerung der Schlüsselzuweisungen um drei Prozent ist angesichts der Finanzlage des Landes eine enorme Leistung.“ Gleichwohl blieben auch für die Kommunen des Landes beträchtliche Finanzierungseingänge zu befürchten. Die Probleme seien aber in erster Linie über die Ausgabenseite anzupacken: „Wie für alle öffentlichen Haushalte gilt für die Kommunen die Verpflichtung zu einem konsequenten Konsolidierungskurs.“ Das Land werde diesen Kurs auch weiterhin unterstützen. Der Innenminister hatte zuvor die wichtigsten Grundsätze und Eckdaten des Gesetzesentwurfs vorgestellt. Der Finanzausgleich sei auf der einen Seite von Kontinuität und Verlässlichkeit gekennzeichnet, andererseits zeige er Flexibilität im Hinblick auf neue Bedarfssituationen. Alles in allem stünden den Kommunen im nächsten Jahr über 20 Milliarden Mark aus der Landeskasse bereit; nach wie vor gehe also jede vierte Mark aus dem Landeshaushalt an die Kommunen. Ihnen flössen im Rahmen der um drei Prozent steigenden Schlüsselzuweisungen knapp 10,6 Milliarden zu. Das lasse sich aber nur darstellen, wenn andere Zuweisungen, vor allem zweckgebundene, zurückgeführt würden. Die Landesregierung halte diesen Weg für vernünftig, „weil die Bevorzugung der frei verfügbaren Schlüsselzuweisungen die kommunale Finanzautonomie stärkt.“ Wie der Haushalt des Landes habe das Gemeindefinanzierungsgesetz die wirtschaftliche Rezession (Rückgang der Gewerbesteuer im ersten Halbjahr um über neun Prozent) und die Kosten für die Deutsche Einheit zu verkräften; das führe zu erheblichen Mindereinnahmen. Vor allem die im Solidar-pakt beschlossene Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit“ schlage mit 10,7 Milliarden Mark zu Buche, von denen auf das Land knapp 1,5 Milliarden entfielen. Die Kommunen seien daran nach den Solidarpaktbeschlüssen mit 44 Prozent zu beteiligen. Das stoße bei den Betroffenen zwar auf wenig Gegenliebe, sei aber in seinen Augen gerecht, weil die Beteiligung in dieser Höhe dem Finanzkraftverhältnis zwischen Land und Kommunen entspreche.

Deutliche Kritik übte Schnoor an den Sparbeschlüssen der Bundesregierung: Sie ließen eine neue Explosion der Ausgaben für Sozialleistungen durch die Kommunen absehen. Sie seien bereits im ersten Halbjahr 1993 um rund 17 Prozent gestiegen. Für ihn sei daraus zu folgern: „Der Bund konsolidiert seinen Haushalt nicht nur auf dem Rücken der sozial Schwachen, sondern auch zu Lasten der Gemeinden.“ An CDU und F.D.P. im Landtag gewandt, rief der Minister, hierzu einmal die Stimme in Bonn zu erheben, „anstatt Jahr für Jahr den Verbundsatz von 28,5 Prozent, den Nordrhein-Westfalen vor 15 Jahren einmal hatte, wie eine Monstranz vor sich herzutragen. Dann wäre Ihre Fürsorge für die Kommunen glaubwürdiger.“

Die Analyse der kommunalen Haushaltsentwicklung zeige, daß sich die Zukunft alles andere als rosig darstelle. Auf über vier Milliarden werde vermutlich schon 1994 das Finanzierungsdefizit anwachsen, „das ist das schlechteste Ergebnis, das die Kommunen je zu verkräften hatten“. Da auch im nächsten Jahr mit einer Verbesserung nicht gerechnet werden könne, müßten die Kommunen drastisch sparen; „nur Wünschenswertes ist nicht mehr zu finanzieren, die Beschränkung auf das im wahrsten Sinne Notwendige ist unausweichlich.“ Es werde Leistungseinschränkungen geben müssen. Leider hätten die Kommunen, fügte Schnoor hinzu, die guten Einnahmen der Jahre 1991 und 1992 zu wenig genutzt, um für die schwierigen Jahre vorzubeugen. Es sei ihnen auch eine Begrenzung des Ausgabenanstiegs nicht gelungen, wobei er einräumte, daß es Aufgabenbereiche gebe, in denen der Einfluß der Kommunen auf ihre eigenen Ausgaben nur begrenzt sei.

Schnoor hielt die Kritik an kostentreibenden bundes- und landesrechtlichen Vorschriften teilweise für berechtigt. Das Land habe aber diese Kritik für seinen Verantwortungsbe-reich aufgegriffen und nach der Funktionalreform in den 80er Jahren erneut eine Überprüfung aller Ausstattungsstandards veranlaßt: „Das Ergebnis muß eine spürbare Entlastung für die Kommunen bringen.“ Die Kommunen müßten aber auch selbst handeln und in den nächsten Jahren bei ihren Investitionen Zurückhaltung üben.

Unterstützung kündigte der Minister für kleine Gemeinden an, die mit Planung und Bau von Abwasserbeseitigungsanlagen überfordert seien. Wie im Vorjahr würden auch 1994 wieder zehn Millionen Mark für externe Gutachter zur Verfügung stehen, die einzelne Kommunen im Vorfeld der Planung etwa einer Kläranlage mit individueller Beratung unterstützen. Gemeinden, die ehemals militärisch genutzte Flächen einem neuen Zweck zuführen wollen, können eine einmalige Bedarfszuweisung erhalten, die für strukturpolitisch wirksame Maßnahmen einzusetzen sei. Die Kriterien würden mit dem Kommunalausschuß des Landtags abgestimmt, kündigte Schnoor an.

Fichtenholz

Im Forstwirtschaftsjahr 1992 wurden im NRW-Staatswald 591654 Kubikmeter Fichtenstammholz sowie -industrieholz eingeschlagen und auch verkauft. Dabei ergab sich ein Durchschnittserlös von 65,80 Mark m³/f „unentrindet gerückt“. Das geht aus der Antwort des Landwirtschaftsministeriums auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Karl Knipschild hervor (Drs. 11/5367).

Aktuelle Stunde

Opposition fragt nach Herkunft der Rücklage

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde hat der Landtag am 9. September auf Antrag von CDU und F.D.P. unter dem Thema „Manipulation bei der Finanzierung des Strukturprogramms in NRW“? das von der Landesregierung angekündigte und mit zwei Milliarden Mark ausgestattete Programm „Gemeinschaftsaktion Industriestandort NRW“ erörtert.

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, betonte, es gehe nicht darum, das Programm zu kritisieren oder madig zu machen; zur Debatte stehe allein die Finanzierung. Denn es solle nach dem Finanzminister ohne neue Schulden aus einer 1,3 Milliarden Mark umfassenden Rücklage dotiert werden. Der Sprecher nannte dies eine „wundersame Geldvermehrung“ in einem Land mit 110 Milliarden Mark Schulden. Es sei schlicht und einfach falsch, zu behaupten, die Finanzierung des Programms könne ohne neue Schuldenaufnahme erfolgen.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) wunderte sich über das „perfekt funktionierende Kurzzeitgedächtnis“ der CDU. Es sei doch bekannt, daß aufgrund von kräftiger sprudelnden Steuereinnahmen und massiven Minderausgaben in den Jahren 1988 und 1989 die Nettokreditaufnahme deutlich vermindert, Schulden abgebaut und die in der Landeshaushaltsordnung vorgesehene Möglichkeit genutzt werden konnte, eine Rücklage zu bilden. Der Betrag sei nicht aus dem Hut gezaubert, sondern existiere „in Mark und Pfennig im Kassenbestand des Landes“. Wer da von Manipulation spreche, habe von den Fakten keine Ahnung.

Rudolf Wickel (F.D.P.) sah den Finanzminister, dem er eine ordentliche und kluge Politik mit solider Hand bescheinigte, von den eigenen Kabinettskolleginnen und -kollegen „beschädigt“, die mit dieser Politik nicht einverstanden seien. Es sei aber abenteuerlich, daß eine so hoch verschuldete Landesregierung mehr Kredite aufnehme als nötig und das nicht ausgegebene Geld als Rücklage deklarieren. „Wer soviel Schulden hat, wie wir hier in diesem Lande, hat keine echten Rücklagen.“

Reinhold Trinius (SPD) wies den Vorwurf zurück, es sei etwas verheimlicht worden — im Gegenteil: im Plenum und in den Ausschüssen sei darüber geredet worden. Wer so etwas nicht zur Kenntnis nehme, der könne nicht daraus schließen, ihm sei etwas verheimlicht worden. Die Rücklage werde jetzt wegen der dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt aufgelöst, das habe mit Rücksicht auf Wahltermine nichts zu tun.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) fand, hier werde von der Regierung und der SPD mit „Taschenspielertricks“ am Problem vorbeigeredet. Wer die mittelfristige Finanzplanung zurückführe, die Ausgaben für die regionale Wirtschaftsförderung sowie den Etat des Wirtschaftsministers kürze, der könne nicht von zusätzlichen zwei Milliarden Mark für die Belegung des Wirtschaftsstandortes NRW sprechen. Die Rücklage sei allein über die Schuldenaufnahme entstanden.

Im Rahmen einer vielbeachteten Pressekonferenz hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe dazu aufgerufen, das ehemalige Ständehaus, fast 40 Jahre Tagungsort des Landtags Nordrhein-Westfalen, vor dem Verkauf durch die Landesregierung zu bewahren und in dem Gebäude im Rahmen einer Stiftung ein „Haus der Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens“ einzurichten. Vor den zahlreich erschienenen Vertreterinnen und Vertretern der Medien führte Frau Friebe aus, es gelte, „mitten in Düsseldorf einen architektonischen Schatz zu heben“. Es sei ihr persönlicher Wunsch, das Ständehaus 1996, wenn der Landtag auf sein 50jähriges Bestehen zurückblicken könne, „im alten Glanz er stehen zu lassen“.

Das Ständehaus mit seiner Geschichte sei ein für das Land einzigartiges identitätsstiftendes Bauwerk. Es stehe für die parlamentarischen Anfänge im preußischen Rheinland und Westfalen, es sei mit der Geschichte der Landeshauptstadt Düsseldorf eng verbunden und symbolisiere den demokratischen Neubeginn und wirtschaftlichen Aufbau Nordrhein-Westfalens nach dem Zweiten Weltkrieg. Konrad Adenauer sei hier CDU-Landtagsfraktionsvorsitzender vor seiner Wahl zum Bundeskanzler gewesen. Für drei Bundespräsidenten sei das Ständehaus politische Wirkungsstätte gewesen: Heinrich Lübke, Gustav Heinemann und Walter Scheel.

In dem Gebäude hätten die abschließenden Beratungen der Landesverfassung stattgefunden; es seien an diesem Ort Gesetze auf den Weg gebracht worden, die für den Aufbau des demokratischen Gemeinwesens Nordrhein-Westfalen innerhalb der Bundesrepublik konstitutiv gewesen seien. Hier hätten Hausherrn wie Josef Gockeln und John van Nes Ziegler, die sie stellvertretend für alle nannte, ihres Amtes gewaltet.

Gerade in einer Zeit, in der es unverhohlene Angriffe auf demokratische Institutionen gebe, gelte es die Chance zu nutzen, „zentrale Stätten unserer jungen Demokratie zu erhalten und an ihnen und in ihnen die Humanität, die Reform- und die Leistungsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie zu verdeutlichen“.

Die Nutzung als „Haus der Geschichte“ hätte den Vorteil, fuhr die Landtagspräsidentin fort, daß ein vollständiger Umbau zum gegenwärtigen Zeitpunkt unterbleiben könne. Die innere Struktur sei zu sanieren, könne aber im wesentlichen so belassen werden. Plenum und Wandelhalle seien für repräsentative Zwecke der Landesregierung zu nutzen, weitere Nutzungen seien möglich, müßten aber noch präzisiert werden. „Jedenfalls aber sollte das Ständehaus immer auch als Haus der Begegnung und der politischen Kultur seine Wirkung entfalten können.“

Sie rufe darum bedeutende Unternehmen und Verlage des Landes zu einer Stiftung auf, an der auch das Land zu beteiligen wäre. Bis zur Gründung der Stiftung, der Gewinnung von Stiftungsmitgliedern und der Gewinnung von Persönlichkeiten für den Stiftungsrat könnten noch im Herbst dieses Jahres die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet werden. Die Präsidentin: „Ein solches Haus der Geschichte, das auch die rheinischen, westfälischen und

Präsidentin: Ständehaus könnte 1996 wieder im alten Glanz erstrahlen



Auch bei der Stadt Düsseldorf, deren Rat zeitweilig im Ständehaus getagt hat, ist die Verkaufsidee auf wenig Gegenliebe gestoßen: Düsseldorfs Oberbürgermeister Klaus Bungert, der an der Pressekonferenz teilnahm und bei dieser Gelegenheit einen städtebaulichen Wettbewerb für ein „Regierungsviertel“ anregte, fand den Vorschlag der Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (Bildmitte) „ausgezeichnet“. Er sei den Interessen der Landeshauptstadt und des ganzen Landes gemäß. Rechts im Bild der Pressesprecher des Landtags, Friedhelm Geraedts. — Die Aufnahme entstand im ausgeräumten ehemaligen Plenarsaal des alten Landtags.



Auf großes Interesse bei den Medien stieß die Pressekonferenz in der ehemaligen Wandelhalle des alten Landtags. (Fotos: Schüler)

lippischen Vorläufertraditionen des Landes darstellen sollte, könnte auch in das Besucherprogramm des Landesparlaments einbezogen werden.“

Wörtlich fuhr die Landtagspräsidentin dann fort: „Ich habe den Eindruck, daß diese Initiative durchaus mit Sympathie aufgenommen wird (...). Ich bin mir bewußt, daß heute noch mehr als früher die Frage nach den Kosten eines solchen Projektes gestellt werden muß. Damit Sie sehen, daß wir uns nicht im luftleeren Raum, sondern auf der Grundlage seriöser finanzieller Berechnungen bewegen, präsentiere ich Ihnen abschließend die Kostenschätzungen des Staatlichen Bauamtes

Düsseldorf für die Instandsetzung des Ständehauses. Danach werden die Baukosten zirka 33 Millionen Mark betragen. In dieser Summe sind die Kosten für Herrichtung, Erschließung, Baukonstruktion und Bauausführung enthalten, durch die die Substanz des Ständehauses gesichert, die Teilnutzung ermöglicht und die Option für einen weiteren Ausbau aufrechterhalten werden kann. Die bisherigen Baumaßnahmen sowie die Ausführungsplanung können dabei zu einem guten Teil in die neuen Nutzungsüberlegungen integriert und für sie verwendet werden. Das Ziel ist dabei immer: Die Instandsetzung des Ständehauses zum Jubiläum des Landtags 1996.“

Schlaglichter einer Informationsreise des Wirtschaftsausschusses

„Die Menschen stehen sich von Natur nahe, trennen sich aber durch Gewohnheit.“ Vielleicht beschreibt dieser Lehrsatz des Konfuzius einen der Gründe dafür, warum die deutsche oder, ganz generell, die europäische Wirtschaft – noch – nicht mit dem Elan auf die asiatischen Märkte drängt, wie es dort erwünscht wird und unserer Wirtschaft gut täte. Denn europäische Gewohnheiten und Denkstrukturen haben so gut wie gar nichts mit der Mentalität des asiatischen Lebensraumes zu tun. Das erfuhrt die Delegation des Wirtschaftsausschusses gleich zu Beginn ihrer Informationsreise nach Südostasien, die sie unter der Leitung des Ausschlußvorsitzenden Dr. Jürgen Schwericke nach Japan, China und Singapur führte.

Dabei ist das Tempo des Wirtschaftswachstums gerade im südostasiatischen Raum so atemberaubend, daß jeder auf Jahrzehnte hinaus den Anschluß verpaßt, der nicht jetzt den Sprung ins unbekannte Wasser wagt. Hier können die Europäer von den Japanern lernen. „Der japanische Maschinenbau ist inzwischen weltweit vertreten und hatte zuletzt ein Wachstum von 17 Prozent, gegenüber minus sieben Prozent bei uns in Deutschland“, beschrieb Volker Streib, Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer in Japan, die Situation. JIS sei angesagt: „Der Japanische Industrie-Standard ist heute Weltstandard.“ Und: „Japanergerechte Produkte sind asiengerechte Produkte.“

Für Streib als ausgewiesenen Kenner der japanischen Szene ist klar, daß die Deutschen sich viel stärker in Japan engagieren und ihr Engagement professioneller als bisher koordinieren müssen. Er sprach Klartext beim Arbeitsfrühstück mit der NRW-Delegation in Tokyo: „Wer hierhin kommt, kann am Anfang kein Geld verdienen. Aber man muß hier sein, um das eigene Überleben zu sichern.“ 90 Prozent der Welthersteller seien in Japan vertreten. Nur wer sich im Technologieland Japan behauptet, könne zukünftig auch auf dem Weltmarkt bestehen.

Volksrepublik im Wandel

Eine Variante aus japanischer Sicht erfuhrt die Delegation in der Bank of Tokyo. Deren ehemaliger General Manager in Düsseldorf und heutiges Vorstandsmitglied in der Tokyoer Zentrale, Hebiguchi, empfahl eine Arbeitsteilung: Die Westeuropäer betreuen die Märkte in Osteuropa, die Japaner kümmern sich um China und die anderen asiatischen Märkte. „Vollkommene Tugend umfaßt Höflichkeit“, erinnerte sich die deutsche Delegation an den eingangs zitierten Philosophen und schwieg.

Vollkommen offen zeigten sich die Gesprächspartner in den chinesischen Metropolen Beijing und Nanjing. „A more open China awaits 2000 Olympics“, warb die sich wandelnde Volksrepublik an den Verkehrsknotenpunkten ihrer aus allen Nähten platzenden Hauptstadt Beijing. Wie weit sich die fernöstliche Hegemonie bereits der westlich geprägten Marktwirtschaft geöffnet hat, ver-

In Südostasien boomt die Wirtschaft Aber den Deutschen fehlt vielfach eine Strategie zur Erschließung der Märkte

Von
Hans-Peter Thelen



Die Skyline von Singapur. Der Stadtstaat hat sich innerhalb weniger Jahre vom Entwicklungsland zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort entwickelt.

blüfte die Delegation des Wirtschaftsausschusses an allen Stationen ihres Aufenthaltes. Wirtschaftliche Wachstumsraten, die in den südöstlichen Provinzen Chinas im vergangenen Jahr zwischen 23 und 43 Prozent lagen, unterstrichen eindrucksvoll den überall mit Nachdruck geäußerten Wunsch nach wirtschaftlicher Kooperation. Kein Empfang, kein privates Gespräch ohne Hinweis auf die Aktivitäten des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums im asiatischen Raum. Und überall das enorme Interesse am Ausbau der Kooperation mit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW), mit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und mit NRW-Forschungseinrichtungen.

Wo es hakt, beschrieb der Chef einer Textilfabrik in Nanjing, die derzeit einen Teil ihrer Produktion vom Süden in den Norden der Provinz Jiangsu verlegt, weil dort niedrigere Löhne gezahlt werden. „Eure Maschinen sind hervorragend“, lobte der Fabrikchef. Aber jede Maschine gehe einmal kaputt. Wenn dann der deutsche Techniker nicht am Ort sei, sondern erst einmal zwölf Stunden von Deutschland nach Nanjing fliegen müsse, werde auch die beste Maschine unrentabel. Fast entschuldigend fügte er hinzu, daß er auf größtmögliche Maschinenlaufzeiten angewiesen sei: „Unsere Geschäftspartner in Deutschland und Kanada kaufen unsere Waren nur, wenn sie besonders preiswert sind; und wir wollen die Aufträge behalten.“

Den Repräsentanten der deutschen Kaufmannschaft Beijing war dieses Problem bekannt. Deshalb werde ausgelotet, wie deutsche Firmen auf dem asiatischen Markt besser kooperieren könnten. Allerdings stehe man in China erst am Anfang der Entwicklung. Nach jahrelangem Rückgang mit Tief-

punkt in 1991, habe es erstmals im vergangenen Jahr wieder eine starke Zunahme deutscher Exporte gegeben, berichtete die Botschaft. Eine bereits funktionierende deutsche Infrastruktur gibt es in Japan und Singapur, mit wesentlicher Prägung durch GfW-Repräsentanten, WestLB oder in der Wirtschaftsförderung sehr aktive Botschaften. Und so, wie Direktor Masao Oda die NRW Japan K.K. in Tokyo bereits zu einer guten Adresse gemacht hat, hinterließ in Singapur das German-Singapore Institute (GSI) einen hervorragenden Eindruck bei den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses.

„Hier wird eine weit in die Zukunft wirkende Arbeit geleistet, die dem deutschen Maschinenbau in Singapur, vor allem aber der gesamten Region nutzt und das Ansehen der deutschen Kultur und Wirtschaft fördert“, lobt der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau, als er dem GSI 1991 den Preis des deutschen Maschinenbaus verlieh. Gemeinsam von der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Singapur 1982 gegründet, ist das Institut an der Science Centre Road heute ein Modell für innovative Qualifizierung von Fach- und Führungskräften in Entwicklungs- und Schwellenländern. Diplom-Ingenieur Klaus Krüger, engagierter Direktor des Instituts, versteht das GSI als Instrument zur Marktentwicklung. „Nur wer unsere Technologie kennt, versteht und fachgerecht einsetzen kann, wird sie auch kaufen“, lautet seine einleuchtende Botschaft.

Krügers Devise „Pack an oder pack ein“ scheint bei seinen Auszubildenden anzukommen. Mitten in den Sommerferien besuchte die NRW-Delegation Krügers „Lern-

Fortsetzung Seite 7

Bis nach Schweden zu der 16jährigen Ewa Börjesson (2. v.r.) aus Varberg ist der Luftballon geflogen, den Markus Potyka (r.) aus Remscheid auf dem Kindertag 1992 des Landtags NRW losgeschickt hat. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (2. v.l.) hatte die beiden Gewinner des Luftballonwettbewerbs im August nach Düsseldorf eingeladen. Die Schwedin ging mit Markus Potyka an zwei Tagen auf NRW-Tour: Bergisches Land, Wuppertaler Schwebbahn und Starlight-Express, Kö-Bummel, Düsseldorfer Altstadt und Empfang im Landtag standen auf dem Programm. Im Landesparlament zogen die beiden jungen Leute die ersten 20 Teilnehmer der diesjährigen Landtagsveranstaltung „Kinder im Parlament“ aus über 300 Einsendungen. Die Veranstaltung findet aus Anlaß des Weltkindertages unter dem Motto „Zusammenleben, einander verstehen“ am 20. September statt. Links im Bild eine Reporterin von Radio NRW, hinten Heike Reinecke und Dietmar Stark von der Landtagsverwaltung. Foto: Schüler



Südostasien ...

Fortsetzung von Seite 6

fabrik“. Aber kein Labor, keine Werkstatt, wo nicht gebüffelt, getestet oder in Teamwork eine computergestützte Steuerung entwickelt wurde. Und zwar mit offensichtlicher Freude am Lernen. Die Botschaft von Goh Chok Tong, dem Premierminister von Singapur, scheint auf fruchtbaren Boden zu fallen: „Die Regierung allein kann Singapur nicht wohlhabender und die Schulen und die Universitäten lebendiger und interessanter machen. Erfolgreich können wir nur sein, wenn jeder Singapurer sein Bestes gibt und wir gemeinsam anstreben, was der einzelne nicht erreichen kann.“ Verglichen mit so mancher aktuellen Diskussion bei uns zu Hause, kann diese Philosophie nachdenklich stimmen.

In Singapur schloß sich der Kreis für die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses. Denn hier, in der „Schweiz Asiens“, wurde noch einmal alles das unterstrichen, was die Delegation auf allen Stationen vorher schon erfahren hatte: „Es ist die höchste Zeit, daß die Deutschen im asiatischen Raum aktiver werden.“ Es sei absolut falsch, wenn viele Unternehmer nach dem Motto resignieren: „Gegen die Japaner kommen wir sowieso nicht an“, warb Klaus Krüger vehement für mehr Engagement. In vielen Produktionsbereichen seien die bundesdeutschen Anbieter qualitativ überlegen. Der Preis sei naturgemäß höher, aber: „Der technisch gut orientierte Kunde wird für bessere Qualität auch einen höheren Preis bezahlen.“ Krügers Anklage: „Allein die Strategie zur Erschließung der Märkte ist der Hemmschuh für den Erfolg.“ Oft gebe es überhaupt keine Strategie; man biete einfach aus dem Katalog an. „Schauen Sie nur, wie wenig bundesdeutsche Ingenieure und Kaufleute in Asien sind.“

Bereits nach einer Woche Asienaufenthalt fand die NRW-Delegation dafür keine hinreichende Begründung mehr. Man müsse mit offenen Augen und Ohren durch diese Region reisen, um sehr schnell zu erkennen, welcher Markt sich hier für unsere Wirtschaft auftue, waren sich alle Teilnehmer einig. Was dem Europäer auf den ersten Blick am Fernen Osten so fremd erscheine, hänge auch mit der bunten Vielfalt dieses Teiles der Welt zusammen; mit der Vielfalt an Lebens-

formen, an kulturellen, religiösen und politischen Traditionen auf engstem Raum. Deutlich erkennbar, so stellte die Delegation fest, werde aber auch der Wettbewerb zwischen China und Japan, der in zunehmendem Maße jetzt auch auf wirtschaftspolitischen Terrain stattzufinden scheint. Die chinesischen Gesprächspartner selber machten daraus keinen Hehl. Sollte die deutsche Wirtschaft die sich aus dieser Konkurrenzsituation auch für sie entwickelnde Chance wirklich nicht erkennen?

Im Garten der Botschaft

„Wir haben jahrelang geglaubt, der große Wirtschaftsboom passiere in Südamerika, und dabei Asien etwas aus den Blick verloren“, resümierte Klaus Richter, ZDF-Korrespondent für Südostasien beim abendlichen Abschiedsempfang für die NRW-Delegation im Garten der Deutschen Botschaft in Singapur. Der Journalist fügte ein Beispiel dafür an, wie Chancen am Markt verpaßt werden können: „Was hier gebraucht wird, sind kleine, geländegängige Autos. Die Japaner bedienen den asiatischen Markt damit, ver-

dienen und sichern Arbeitsplätze; aber wo bleiben die Deutschen mit einem adäquaten Angebot?“ Der Kreis war geschlossen.

Kurz vor Mitternacht startete die Delegation des Wirtschaftsausschusses an Bord einer Boeing 747-400 der Lufthansa von Singapur in Richtung Frankfurt. In der frischen Erinnerung ein ebenso informativer wie stimmungsvoller Abschiedsabend in der deutschen Botschaft, erstklassig arrangiert von Botschaftsrat Gruber und dessen Gattin; im „Reisegepäck“ eine Fülle von Impressionen und Informationen. An erster Stelle stand die Erfahrung, daß zum weiteren Ausbau einer erfolgreichen Außenwirtschaftspolitik nicht unbedingt mehr Geld benötigt wird. Gefragt sind in erster Linie mehr Manpower, mehr Koordination und Kooperation zwischen Land, Unternehmen, Beratern und Instituten. Und dann gab es da noch eine Bemerkung von Folker Streib, dem bereits zitierten Präsidenten der Deutschen Industrie- und Handelskammer in Japan, General Manager der Commerzbank AG, Tokyo Branch: „Das Festhalten an den ordoliberalen Grundsätzen der reinen Marktwirtschaft hat bisher verhindert, daß die grundlegenden Veränderungen der weltweiten internationalen Wirtschaftsbeziehungen akzeptiert werden.“



Das Fahrrad, millionenfaches Wahrzeichen im Stadtbild von Beijing, ist Transportvehikel und Nahverkehrsmittel zugleich.

Landschaftsgesetz

Harmonisierung von Naturschutz und Baurecht wird angestrebt

Eine Harmonisierung von Landschaftsschutz und Baurecht strebt die SPD-Fraktion mit ihrem Entwurf zur Änderung des Landschaftsgesetzes (Drs. 11/5485) an. Der Entwurf sieht unter anderem, um dem Mangel an Wohnungen, Arbeitsplätzen und Infrastrukturmaßnahmen abzuwehren, vor, den Außenbereich mit dem baulichen Innenbereich gleichzusetzen und Eingriffe in die Natur durch standardisierte Geldleistung anstelle von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen abzugelten. — Zu dem Entwurf führte der Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz unter dem Vorsitz von Heinrich Kruse (CDU) am 31. August eine öffentliche Anhörung durch. Es folgen Auszüge aus den Stellungnahmen der Sachverständigen.

Dr. Gerd Landsberg vom nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebund sprach sich gegen die Gleichbehandlung von Außenbereich und unbeplantem Innenbereich aus: Die Bebauung des Innenbereichs sei aus städtebaulichen und oft auch ökologischen Gründen sinnvoll — das sollte nicht durch die Anwendung der Eingriffsregelung erschwert werden. Früher und von der Gemeinde sozusagen auf Vorrat durchgeführte freiwillige Ausgleichsmaßnahmen sollten zumindest für eine Übergangszeit angerechnet werden, verlangte Landsberg; auch sollte die gesetzliche Möglichkeit geschaffen werden, „daß nach den Bedürfnissen und dem Willen der kommunalen Entscheidungsträger vor Ort Ausnahmen zugelassen werden“. Im Hinblick auf die dramatisch enger werdenden finanziellen Spielräume, die Zunahme der Einwohnerzahl in Nordrhein-Westfalen, die innerhalb eines Jahrzehnts um rund eine Million Mitbürger gestiegen sei, sowie in bezug auf den Bedarf an Wohnungen, Arbeitsplätzen und Infrastrukturmaßnahmen müßten auch naturschutzrechtliche Standards „im Rahmen des ökologisch Vertretbaren“ in Frage gestellt und gegebenenfalls reduziert werden. Der im Entwurf enthaltene Gedanke von „Natur auf Zeit“ werde begrüßt, weil er sicherstelle, daß sich der Umfang der Kompensation für eine Baumaßnahme nach dem Zustand in dem Zeitpunkt richte, der beim Inkrafttreten des Bebauungsplans oder der Satzung vorgefunden worden sei; das verhindere, daß höherwertiger Ersatz oder Ausgleich vorgenommen werden müsse.

Als wesentlich änderungsbedürftig stufte der Sprecher des Rheinisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes, Hans-Jürgen Kleimann, den Entwurf ein. Grund: Er trage nur unzureichend dem Grundsatz des gleichrangigen Miteinanders von Landwirtschaft und Naturschutz Rechnung. So werde die vorgesehene Enteignungsmöglichkeit zur Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen als zusätzliche Einschränkung der verfassungsrechtlich verbrieften Eigentumsrechte der Grundeigentü-



Mit Interesse verfolgt wurden die Stellungnahmen der Sachverständigen zur Novelle des Landschaftsgesetzes. Auf dem Bild vorn zweiter von links der Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses, Heinrich Kruse (CDU).
Foto: Schüler

mer „kategorisch“ abgelehnt. Enteignungen kämen nur als letztes Mittel in Betracht; vorzuziehen seien bei der Durchführung von solchen Maßnahmen und bei der Verwendung des Ersatzgeldes kooperative Vertragsregelungen. Wenn es bei der vorgesehenen Regelung dabei bleibe, daß die Landschaftsbehörden Maßnahmen im Außenbereich gänzlich verweigern können, dann führe das im Extremfall dazu, „daß die Untere Landschaftsbehörde darüber entscheidet, ob ein landwirtschaftlicher Betrieb eine dringend erforderliche, weil existenznotwendige Baumaßnahme durchführen darf“. Gegen eine solch weitreichende Kompetenzerweiterung spreche sich seine berufsständische Vertretung mit Nachdruck aus. Für die bisher unzureichende Ausweisung von Bauland für Wohnungen seien zum Teil überzogene Natur- und Umweltauflagen, Fehleinschätzungen des Bedarfs an Wohnraum und die lange Dauer von Planungen, nicht aber die Landwirtschaft verantwortlich.

Kein „Buhmann“

Der Bund für Umwelt und Naturschutz vertrat mit seinem Sprecher Dr. Michael Harengerd auch die Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz und Umwelt und wies den „Buhmann“ zurück, der Naturschutz stelle das Hemmnis für die ausreichende Bereitstellung von Flächen dar. Der wahre Grund liege in den fehlenden steuerrechtlichen Maßnahmen gegen Baulandspekulanten: So lange dieser Hebel nicht gegeben sei, könne Wohnland nicht in ausreichendem Maß beschafft werden. Der Gesetzentwurf werde an der weiteren Flächenversiegelung nichts ändern, sondern eher einen „neuen Schub bewirken“. Es sei festzuhalten, daß nur eine ganz geringe Zahl von Bebauungsplänen, etwa ein Prozent, dem Natur- und Umweltschutz zum Opfer fielen, betonte Harengerd und kritisierte am Entwurf die Unterordnung des Naturschutzes unter das Baurecht und die geringe Höhe des Ersatzgeldes, das im Vergleich zur Bausumme kein ernstzunehmendes Hindernis darstelle. Der Sprecher prophezeite „verheerende“ Auswirkungen auf die Landwirtschaft; der Druck auf die Gemeinden sinke, sich mit der Bebauung von

Baulücken intensiver zu befassen. Damit werde das Ziel des sparsamen Umgangs mit dem nicht vermehrbaren Gut Boden verfehlt. Nichts hielt der Sprecher von der, wie er sagte, Vermischung von Ersatzregelung mit der Landschaftsplanung. Das Ergebnis sei, daß die Pflichtaufgabe Landschaftsplanung nur noch „im Umfang der Landschaftsvernichtung“ erfolge.

Dr. Alexander Schink vom Landkreistag Nordrhein-Westfalen war dagegen, aus dem Gesetz den Passus zu streichen, daß Wohngebäude aufgrund eines Bebauungsplans nicht als Eingriff in Natur und Landschaft zu gelten hätten. In diese Regelung sollten vielmehr auch öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser, Kindergärten und Schulen einbezogen werden. Hier sollten die vorhandenen Finanzierungsschwierigkeiten nicht noch durch Ersatzgelder verschärft werden, warnte er. Im übrigen seien Ersatzgelder sinnvoll, um Landschaftspläne zu finanzieren; würden sie nur als „letztes Mittel“ angesehen, dann gelangten weniger Mittel in die Kassen der Unteren Landschaftsbehörden, um Maßnahmen durchzuführen. Sein Votum: Es sollte bei der bisherigen Regelung, wonach der Verursacher statt Ersatzmaßnahmen durchzuführen ein Ersatzgeld zahlen kann, bleiben; das habe sich außerordentlich bewährt, betonte Schink und sprach sich im weiteren dafür aus, von der Absicht abzurücken, für Bauten im unbeplanten Innenbereich stets Ersatzgeldzahlungen vorzusehen. Es dürfe nicht dazu kommen, daß Bauvorhaben in Bebauungsplangebieten gegenüber Vorhaben im unbeplanten Innenbereich privilegiert sein könnten, wenn nämlich im Bebauungsplan Festsetzungen zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nicht erfolgt seien. Ersatzgelder im Innenbereich verteuerten die Baukosten und erschwerten so die zur Deckung des Wohnbedarfs unbedingt erforderliche Schließung von Baulücken.

Das Zitat

„Die Dinge stehen alle hart im Raume.“
Die Grüne-Abgeordnete Brigitte Schumann bei der Debatte über die Gesetzentwürfe zur Änderung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes.

Experten-Appell: Keine Kürzung beim Sport in der Schule!

Liesel Westermann: „Leistung strengt an und macht Spaß“

Die NRW-Richtlinien für den Schulsport bezeichnete Professor Dietrich Kurz (Sportwissenschaft Universität Bielefeld) als vorbildlich und als bisher einziges Modell für einen Lehrplan für alle Schulformen. In den Bänden 2 bis 4 schlage jedoch zuviel Leistungssport durch. Eine Landesinitiative solle dazu ein notwendiges und wichtiges Korrektiv sein. Im Sportunterricht werde auch Rücksichtnahme auf Schwächere geübt, die durch Familie oder Vereine nicht gefördert würden. Die Ausbildung von Hunderten von Sportlehrern unter besten Bedingungen in den letzten Jahren sei eine gigantische Verschwendung von Talenten, wenn nur wenige eingestellt würden. An den Schulen fehle eine ganze Generation.

„Über den tatsächlichen Gesundheitszustand unserer Schuljugend wissen wir zu wenig“, stellte Professor Roland Naul (Universität Essen) fest und trat für eine breit angelegte Untersuchung wenigstens in einem Bundesland ein. Schulsport dürfe nicht auf das sportmotorisch Mach- und Überprüfbar und auf vielfältige Bewegungsformen zur „Selbstverwirklichung aller Sinne“ reduziert werden. Im Rahmen von „Allgemeinbildung“ sollten Schüler Sport mit einer sozialen Vernetzung zur eigenen Person und zur Lebenswelt kennenlernen.

Als Einstieg gegen Überalterung von Sportlehrern forderte Rolf Gessmann (Deutsche Sporthochschule Köln) mindestens einen jungen Kollegen pro Schule, der auf Fachkonferenzebene oder bei schulinterner Fortbildung als Multiplikator für neue Inhalte wirke. Das Sportangebot sei heute ebenso vielfältig wie die Erscheinungsformen von Jugend. Dem traditionellen Sport verbunden zu sein, werde der „integrierten“ Jugend zugeschrieben. Der sonnengebräunte Yuppie-Typ wende sich sozialselektiven, elitären Sportarten zu. Alternativ-Progressive bevorzugten Spaß und Geselligkeit. Körpererfahrung durch Tanz, Yoga, Meditation, Tai Chi würden von religiösen Jugendlichen gesucht. Angesichts unterschiedlicher Interessen müsse das Lehrplanwerk möglichst bald erneuert werden.

Den Medizinern, führte Professor Wildor Hoffmann (Deutsche Sporthochschule Köln) aus, sei daran gelegen, junge Menschen mit optimaler Organausstattung ins Leben zu entlassen. In günstigem Lebensalter unterbliebene Reize könnten nie wieder volle Funktionen auslösen. Bei einer Untersuchung der inneren Organe sowie des Haltungs- und Bewegungsapparats von 6- bis 14jährigen, die mit dem Schulbus, zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule kamen, hätten letztere die beste Organentwicklung aufgewiesen. Zur Bewegungsarmut im Unterricht komme passiver freiwilliger Sitzzwang vor dem Fernseher oder dem Computer. In unserer hochtechnisierten und automatisierten Gesellschaft solle tägliches körperliches Training zur Alltagshygiene gehören wie das Zähneputzen, forderte Hollmann.

Außerschulische Bewegungsdefizite zu kompensieren, sah Doris Küpper (Bergische Universität Wuppertal) als neue Aufgabe des Schulsports an. Immer seltener komme geschickte, gut koordinierte, sichere Bewegung im kindlichen Spiel vor. Eltern sollten

Gegen Kürzungen beim Sportunterricht in der Schule sprachen sich in der ganztägigen, von Hans Rohe (SPD) geleiteten öffentlichen Anhörung des Sportausschusses am 6. September Experten der Pädagogik, der Medizin und des Sports sowie Sprecher der Eltern- und Lehrervertretungen aus.

das eigenständige pädagogische Profil von Schulsport einfordern, der auch die Vermittlung von sozialem Verhalten, gesundheitsgerechten Aktivitäten und sinnerfüllter Freizeit beinhalte. Kraft und Ausdauer, Bewegung, Spiel und Sport, Wahrnehmungsfähigkeit, kreativer Umgang mit Bewegung, Spielfähigkeit würden geschult. Eine tägliche Bewegungszeit begründe sich aus dem Gesamtanspruch, die Entwicklung der Kinder zu fördern. Außer drei Wochenstunden Sportunterricht solle es bewegungsreiche Pausengestaltung und Auflockerung des Unterrichts durch Bewegungsaktivitäten geben.

Liesel Westermann-Krieg, Olympiamedailengewinnerin im Diskuswerfen und erste Frau mit dem Titel „bedeutendste Sportlerin

die konsequente Nutzung des Sportunterrichts für soziales Lernen spreche. Der massive körperliche und psychische Verschleiß sowie die Überalterung von Sportlehrern könnten nicht durch Fortbildung, sondern nur durch Neueinstellungen beseitigt werden.

In der ersten Fragerunde erkundigte sich Dr. Hans Kraft (SPD) nach dem Menschenbild und der Bedeutung, die die Experten der Körperentwicklung gegenüber Geist und Seele einräumten. Außerdem wollte er wissen, wie die angebliche Zunahme von postmaterialistischen Hedonisten im Bündnis mit Narzißten und Egoisten mit dem wachsenden Trend zu Mannschaftssportarten vereinbar seien. Leonhard Kuckart (CDU) hielt drei Wochenstunden à 45 Minuten und einen



Tägliche Bewegungszeit in der Schule und körperliches Training zur Alltagshygiene wie Zähneputzen als Mittel gegen Bewegungsarmut und Schäden durch zuviel Sitzen forderten Mediziner und Pädagogen bei der Anhörung des Sportausschusses zum Thema Schulsport unter Leitung von Hans Rohe (SPD, v.). Foto: Schüler

des Jahres“, stellte sich selbst als „Opfer“ sowie ihre vier Kinder als „Empfänger“ von Leistungen des Sportunterrichts vor. Sport diene auch dem Selbstbewußtsein. Zwischen körperlicher und kognitiv-emotionaler Entwicklung bestehe ein starker Zusammenhang. „Learning by doing“ sei für jeden nachvollziehbar. Durch Sport werde gelernt: Leistung hängt mit Anstrengung zusammen, bringt Anerkennung; Leistung verpflichtet, macht stark und macht Spaß. Regeln seien notwendig, die gemeinsam verändert werden könnten. Kein anderer Inhalt sei so einsichtig wie Sport und besonders integrativ. Die Anforderungen an das Sportabitur seien zu hoch. Vom Kultusministerium sei landesweit gleiche Mangelverteilung einzuklagen. Bei räumlicher Ausstattung müsse mehr auf Bewegungs- als auf Wettkampfeignung geachtet werden.

Maria Spiegelhoff (Mönchengladbach) zählte als Fachleiterin die Zunahme von Haltungs- sowie Herz- und Kreislaufschwächen bei Kindern, größere Gewaltbereitschaft sowie egozentrischeres Verhalten auf, was für

jungen Sportlehrer pro Schule für zu bescheidene Forderungen. Heidemarie Berger (SPD) fragte nach Inhalten der Hochschul-Sportdidaktik. Gerd Mai (GRÜNE) verlangte konkrete Auskunft, wie bewegungsunwillige und nicht leistungsbereite Kinder an die Vielfalt des Sports herangeführt und wie Schule an die Bewegungskultur des Alltags herangeführt werden könne. Michael Ruppert (F.D.P.) vermißte Aussagen über die „neue Sinnmitte“ und betonte den Anspruch von Leistungsfähigen auf Förderung. Bodo Champignon sprach Langeweile im koedukativen Sportunterricht an. Uwe Herder (SPD) vermutete massive Fehler der Eltern-erziehung, wenn Kinder nicht mehr rückwärts gehen, Seilhüpfen oder auf einem Bein stehen könnten.

(wird fortgesetzt)

★

Dr. Ulrich Morgenstern, seit 1989 Richter am Obergerverwaltungsgericht in Münster, ist seit dem 1. Juni Präsident des Verwaltungsgerichts Arnsberg.

Hauptausschuß informierte sich in Berlin über neue Techniken im Medienbereich

Auf der alle zwei Jahre stattfindenden Internationalen Funkausstellung in Berlin versuchte sich der Hauptausschuß am 2. und 3. September 1993 über technische Neuentwicklungen im Medienbereich zu informieren. Bei den kurzen Besuchen bei verschiedenen Ausstellern nahmen diese gerne die Gelegenheit wahr, ihre Audio-, Video- oder Fernsehinnovationen zu präsentieren, zukunftsorientierte Technik anzubieten und auf Trends im Konsumbereich hinzuweisen. Gemeinsam war allen, daß durch die Entwicklung leistungsstarker Speicher- und Prozessorchips die Digitaltechnik immer mehr die heute verwendeten Techniken ersetzt.

Alle Kommunikations- und Informationstechnologien befinden sich in einem Übergangsstadium von Analog zu Digital und lassen dem Zuschauer immer mehr Möglichkeiten zur individuellen Gestaltung, insbesondere im Bereich der Fernsehunterhaltung, wo sich die Zahl der Programme vervielfacht hat. Die Mitglieder, unter Leitung des Ausschlußvorsitzenden Reinhard Grätz, wurden informiert über komfortable und bequeme Programmieretechniken beim Fernsehen, über neue Systeme zum Programmieren von Videorecordern („Showview“ und „Voice-Commander“) sowie über die digitale Kompaktkassette (DCC) und die Minidisc (MD), zwei neue digitale Aufzeichnungssysteme. Vorgeführt wurden die neuen Flachbildschirme sowie die sonstigen Neuheiten, die die Funkausstellung für das Videohobby bereithielt. Ein wichtiges Augenmerk gilt dabei nach dem Vortrag der Aussteller der Umweltverträglichkeit der einzelnen Produkte (Rücknahmegarantie, Recyclingfähigkeit des Produkts und umweltschonende Fertigungsprozesse sowie ökologisch sinnvolle Verpackungen). Ein Besuch galt schließlich auch dem ersten privaten Satellitenunternehmen in Europa (ASTRA), dessen Generaldirektor über Entwicklung des Satellitenfernsehens sowie Zukunftsperspektiven und Marktentwicklung informierte.

Zusammen mit Mitgliedern des Rundfunk- und Verwaltungsrates beim WDR stattete der Hauptausschuß dem Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg (ORB) einen Besuch ab, um dort Entstehungsgeschichte und Entwicklung mit dem Intendanten und Vertretern der Gremien zu erörtern und zu diskutieren.

Am 25. September 1991 verabschiedete der Landtag Brandenburg das Gesetz über den Rundfunk Brandenburg mit dem Auftrag „in dem neugebildeten Land ein Landesbewußtsein zu wecken und zu stärken“. Intendant Hans-Jürgen Rosenbauer und die Gremienvorsitzenden Borgmann und Vette berichteten über die Entstehungsgeschichte eines eigenen Hörfunk- und Fernsehsenders für Brandenburg, über die Schwierigkeiten, einen Standort für den Sender zu finden und die kurzfristige Neuschaffung neuer



Ministerpräsident Johannes Rau (r.) hat am 3. September das vom Bundespräsidenten verliehene Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an den Ersten Vizepräsidenten des nordrhein-westfälischen Landtages, Dr. Hans-Ulrich Klose (l.) überreicht. Klose ist seit 1966 Mitglied des Landtages und seit 1982 Vizepräsident. In den langen Jahren seiner Parlamentszugehörigkeit hat er sich in zahlreichen Ausschüssen und Gremien wie der Arbeitsgruppe des Ältestenrates zur Novellierung der Geschäftsordnung und verschiedenen parlamentarischen Untersuchungsausschüssen engagiert. Seit mehreren Wahlperioden ist Klose außerdem justizpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Klose setzte sich weiter als langjähriger Angehöriger des Kreistages des Kreises Neuss vor allem für soziale Belange ein und hat wesentlich daran mitgewirkt, die beiden bis zur kommunalen Neugliederung selbständigen Kreise Neuss und Grevenbroich zu einer Einheit zusammenzuführen. In seiner Partei wurde Klose in verschiedene verantwortungsvolle Ämter gewählt, unter anderem auch in das Präsidium der CDU Nordrhein-Westfalens.

Foto: Boes/Landespresseamt

Studioeinrichtungen und Produktionsmittel. Mitte Oktober 1991, zehn Wochen vor dem Start, wurde auf dem Gelände der DEFA mit dem Aufbau der Sende- und Produktionsanlagen begonnen. Der ORB ist heute in der Lage, die Grundversorgung im Hörfunk und Fernsehen mit Informationen, Unterhaltung, Bildung und Kultur sicherzustellen, so der Intendant. Mit 618 Mitarbeitern werden ein Fernsehprogramm und drei Hörfunkprogramme (Antenne Brandenburg, Fritz und Radio Brandenburg) im Land Brandenburg ausgestrahlt. Der Sender trägt damit zur Bildung eines Landesbewußtseins bei, aber auch zur Integration zwischen Ost und West. Diskutiert wurden auch Fragen der Entwicklung des Standortes Brandenburg zu einem neuen Medienzentrum, mögliche Kooperationen des ORB mit dem SFB in Berlin sowie Möglichkeiten der Aufarbeitung der Fernsehgeschichte der DDR.

Der Standort Babelsberg, verwaltet von einer gleichnamigen Gesellschaft mit Geschäftsführer Volker Schlöndorff, will noch in diesem Jahr beginnen, die wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen für eine Medienanstalt zu schaffen. In Abstimmung

mit den zuständigen Behörden und unter Berücksichtigung der Vorstellung und Forderungen der zukünftigen Nutzer soll bereits im Dezember mit dem Bau von Hotels, Service, Einzelhandels-, Büro- und komfortablen Wohnflächen begonnen werden. Dabei werden die Anfang der 30er Jahre errichteten Gebäude erhalten und unter Berücksichtigung der verschiedenen Aspekte, wie Verkehrserschließung oder Stadtbildentwicklung, um neue Baulichkeiten erweitert.

(wird fortgesetzt)

★

Gesetz verabschiedet

Der Landtag hat in zweiter Lesung bei zwei Stimmenthaltungen ohne Debatte das Gesetz zur Neufassung des Landesumzugskostengesetzes, zur Änderung des Ausschlußmitglieder-Entsündigungsgesetzes sowie zur Änderung anderer dienstrechtlicher Vorschriften verabschiedet. Das Parlament folgte damit einer Empfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses, den Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen.

Ministerpräsident begeht Jubiläen — Würdigung durch einen Wegbegleiter und Freund

Johannes Rau hat über Nordrhein-Westfalen hinaus auch als Bundespolitiker richtungweisende Zeichen gesetzt

Von
Diether Posser

Johannes Rau kann in diesem Jahr mehrere herausragende Jubiläen begehen: 35 Jahre Zugehörigkeit zum Landtag, eine 23jährige Amtszeit als Kabinettsmitglied, davon 15 Jahre als Ministerpräsident, die zugleich die ebenso lange Mitgliedschaft im Bundesrat einschließt, einem der beiden Gesetzgebungsorgane der Bundesrepublik Deutschland. Alle Daten stellen Rekorde dar: In der nunmehr 47jährigen Geschichte Nordrhein-Westfalens gibt es niemanden, der so lange dem Landesparlament angehört. Seit 1958 — damals jüngstes Mitglied — hat Rau in verschiedenen Ausschüssen, als Vorsitzender des Jugendausschusses und als Fraktionsvorsitzender die Parlamentsgeschichte unseres Landes mitgestaltet. Ich kann aus eigenem Miterleben über einen Zeitraum von fast einem Vierteljahrhundert bestätigen, daß Rau sich auch als Minister immer als Parlamentarier gefühlt hat, seine Landtagsreden beweisen es. Kein nordrhein-westfälischer Politiker hat wie er bis heute über 23 Jahre der Landesregierung angehört. Im Bundesrat gab es außer ihm nur ein Mitglied, das ebenfalls 23 Jahre ununterbrochen tätig war, die Bremer Senatorin Annemarie Mevissen (1952—1975). Von den jetzigen Bundesratsmitgliedern kann — mit Unterbrechung — Bernhard Vogel auf eine ähnlich lange Zugehörigkeit zurückblicken. Neben den staatlichen Funktionen sind Jubiläen in der Führung der SPD erwähnenswert: 25 Jahre Mitglied des Parteivorstandes, davon 15 Jahre im Präsidium und elf Jahre als stellvertretender Parteivorsitzender.

Ich traf Johannes Rau zum erstenmal in Essen am 2. Dezember 1952, als der Einundzwanzigjährige in die „Gesamtdeutsche Volkspartei“ (GVP) eintrat, die wenige Tage vorher in Frankfurt gegründet worden war. Ihre bekanntesten Vertreter waren Gustav Heinemann, Helene Wessel und Robert Scholl. Besonders die Begegnung mit Heinemann hatte Rau bewogen, in der GVP mitzuarbeiten; wie alle Mitglieder ehrenamtlich. Das „Parteibüro“ war Heinemanns Anwaltspraxis, in der ich tätig war. Im Laufe der Zeit sah ich Rau öfter bei politischen Veranstaltungen und seit 1955 auch in der Redaktionsgemeinschaft der von der GVP herausgegebenen Wochenzeitung „Gesamtdeutsche Rundschau“. Bald lernten Heinemann und ich den brillanten Schreibstil Raus kennen, der seine Artikel gelegentlich Heinemanns Sekretärin direkt in die Maschine diktierte. Von Erlebnissen mit Rau in vierzig Jahren können in einer kurzen Würdigung nur einige wichtige geschildert werden:

Am 8. Dezember 1966 war der SPD-Fraktionsvorsitzende Heinz Kühn vom Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Um seine Nachfolge im Vorsitz der Fraktion bewarben sich Rau und Walter Kliemt, der Favorit der westfälischen Fraktionsmitglieder war. Diese wünschten, daß der Landesteil Westfalen in einer Spitzenposition vertreten sei, nachdem mit John van Nes-Ziegler als Landtagspräsident und Kühn als Regierungschef die obersten staatlichen Ämter

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) begeht in diesem Jahr eine ganze Reihe von Jubiläen. Aus diesem Anlaß ist der ehemalige Finanzminister des Landes und langjährige politische Wegbegleiter des Regierungschefs, Dr. Diether Posser (SPD), einer Bitte von „Landtag intern“ nachgekommen und hat mit journalistischer Feder ein Bild vom Werdegang des Spitzenpolitikers aus Wuppertal gezeichnet. Posser's Aufsatz spiegelt gleichzeitig die Entwicklung des Landes NRW in den letzten Jahrzehnten wider, die eng mit dem Namen Rau verbunden ist.

Der Autor, Dr. Diether Posser, war von 1966 bis 1990 über 24 Jahre Mitglied des Düsseldorfer Landtages. Rund 20 Jahre, von 1968 bis 1988, gehörte er der Landesregierung an. Von 1968 bis 1972 bekleidete er das Amt des Ministers für Bundesangelegenheiten und von 1972 bis 1978 das des Justizministers. Von 1978 bis 1988 war er Finanzminister und von 1980 bis 1988 Stellvertreter des Ministerpräsidenten. Posser ist in Essen zu Hause.

als Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion in Wuppertal seit 1964 gezeigt, daß er eine vergleichbare Funktion gut ausfüllte. Der entscheidende Punkt für mich war: Würde es — trotz besten Willens und höchsten Einsatzes — möglich sein, so arbeitsintensive Aufgaben wie das Amt des Verwaltungschefs einer Großstadt und des Vorsitzenden einer Landtagsfraktion gleichzeitig auszufüllen? Kliemts Angebot, von den fünf Werktagen zwei in Düsseldorf und drei in Dortmund zu sein, war zwar gut gemeint, aber praktisch nicht durchführbar. Bei der Wahl entfielen auf Rau 52, auf Kliemt 41 Stimmen.

Der Unterlegene hat sich später bei mir bedankt. Er wußte, daß mein Votum sachlich begründet und nicht gegen ihn persönlich gerichtet war. Wie jeder andere, wäre er durch beide Ämter überfordert gewesen, und unvermeidbar wäre es sowohl bei Rat und Verwaltung in Dortmund als auch bei der Fraktion in Düsseldorf zu Terminüberschneidungen und Mißhelligkeiten gekommen. Das Verhältnis zwischen Rau und Kliemt blieb ungetrübt. Es zeigte sich für die Öffentlichkeit zum ersten Mal, wie psychologisch geschickt der Sieger mit unterlegenen Mitbewerbern umging. Für Johannes Rau war die Entscheidung der Fraktion der Be-



Im Plenarsaal des alten Landtags Mitte der 80er Jahre: Johannes Rau (r.) und Dr. Diether Posser.

Foto: Schüler

des Landes Rheinländern übertragen worden waren. Zudem war Kliemt, damals Oberstadtdirektor von Dortmund, nach Charakter, Können und Erfahrung auch ein sehr geeigneter Kandidat. Am Montag, 9. Januar 1967, war die Wahl des Vorsitzenden das beherrschende Thema der um 14 Uhr beginnenden Fraktionssitzung. In der Diskussion meldete ich mich sofort zu Wort. Für mich waren beide uneingeschränkt für das angestrebte Amt qualifiziert; Rau hatte überdies

ginn seiner großen politischen Karriere. Mit dem Gewicht des Fraktionsvorsitzes im bevölkerungsreichsten Bundesland war die Wahl in den SPD-Vorstand durch den Parteitag in Nürnberg 1968 vorbestimmt. Dasselbe galt für die Mitsprache bei der Besetzung politischer Ämter.

Nach der Landtagswahl 1970 berief Kühn Rau in sein Kabinett. Schon in der vorausgegangenen Wahlperiode hatte sich gezeigt, daß eine Teilung des Kultusministeriums un-

umgänglich war. Kultusminister Holthoff hatte sich bei Reformvorhaben im Schulbereich bis zur gesundheitlichen Erschöpfung verausgabt, so daß bereits ab 1. Juli 1969 der Geschäftsbereich Hochschulwesen aus dem Kultusressort ausgegliedert und dem Ministerpräsidenten unterstellt werden mußte. Die Bildung eines neuen Ministeriums drängte sich auf. Die Berufung von Johannes Rau gerade für dieses neue Ressort „Wissenschaft und Bildung“ überraschte viele. War es nicht ein Wagnis, einen Mann mit dieser Aufgabe zu betrauen, der nicht studiert, ja nicht einmal das Abitur hatte? Dies zudem in einer Zeit, in der nach dem Willen aller Parteien die Ausstattung des Landes mit Universitäten und wissenschaftlichen Instituten dringend gewünscht war, da nach jahrzehntelanger Vernachlässigung der ehemaligen preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen ein großer Nachholbedarf bestand? Bald mußten auch die größten Zweifler erkennen, daß Rau seine Aufgabe vorzüglich meisterte.

Es zeigte sich rasch, daß er vermutete Defizite wie fehlenden Schulabschluß längst ausgeglichen hatte. Nun lernte auch die breite Öffentlichkeit Raus Stärken kennen: Rasche Auffassungsgabe, durch intensives Selbststudium erworbenes Allgemeinwissen, ungewöhnlich gutes Gedächtnis, Blick für das Wesentliche, Verhandlungsgeschick, herausragende rhetorische Begabung, eine glückliche Hand bei der Auswahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die er zu motivieren verstand. Zu erwähnen ist vor allem Herbert Schnoor, der 1970 Raus Staatssekretär, dann 1975 Chef der Staatskanzlei wurde und seit 1980 Innenminister ist. Raus Lebensweg ist ein überzeugender Beweis dafür, daß das praktizierte Prinzip des lebenslangen Lernens mindestens so wichtig ist wie der Erwerb von Diplomen und akademischen Titeln.

Das von Rau acht Jahre geleitete Ressort wies im Gesamthaushalt des Landes die größten Steigerungsraten auf. Es waren nicht nur die in den sechziger Jahren gegründeten Universitäten Bochum, Bielefeld und Dortmund zu finanzieren, sondern auch die fünf neuen Gesamthochschulen in Duisburg, Essen, Paderborn, Siegen und Wuppertal. Als besonders glückliche Entscheidung erwies sich die Gründung der Fernuniversität in Hagen. Während das Land 1970 für den Hochschulsektor 1,075 Milliarden Mark aufwendete, waren es 1978 schon 5,481 Milliarden Mark. Für wissenschaftliche Fragen und Entwicklungen hatte Rau schon früh ein hohes Interesse entwickelt. So hatte er neben dem Amt des Fraktionsvorsitzenden auch den Vorsitz des interfraktionellen Arbeitskreises für die Kernforschungsanlage Jülich übernommen. Nach dem Ausscheiden aus dem Wissenschaftsressort blieb er bis heute Vorsitzender des Kuratoriums der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften. Ich weiß aus Gesprächen mit Wissenschaftlern, wie groß ihre Wertschätzung für den Autodidakten Rau ist, der sicher den meisten Akademikern an Erkenntnisvermögen und Urteilskraft ebenbürtig ist.

Nachdem Rau am 25. Juni 1977 im zweiten Wahlgang mit 158 : 155 Stimmen gegen Friedhelm Farthmann, den damaligen Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, den Wettbewerb um die Nachfolge des ausscheidenden SPD-Landesvorsitzenden Werner Figgen gewonnen hatte, stand im folgenden Jahr die Nachfolge des Minister-



Nach Raus Wahl zum Ministerpräsidenten im Jahre 1985 gehörte Diether Posser (r.) zu den ersten Gratulanten. Foto: Schüler

präsidenten Heinz Kühn an, der sich aus Gesundheitsgründen aus der aktiven Politik zurückziehen mußte; Rau und ich traten gegeneinander an. Entgegen einer sich hartnäckig haltenden Legende hat mich Heinz Kühn nicht zur Kandidatur aufgefordert; er stellte seine Nachfolge richtigerweise in die Entscheidung des Landtagsparteitages und des Landtags.

Wettbewerb über Monate

Ich hatte mich zur Kandidatur entschlossen, weil ich mir nach den Erfahrungen in drei Kabinettsressorts und im Bundesrat das Amt des Ministerpräsidenten auch zutraute. Es wurde ein bemerkenswerter innerparteilicher „Wahlkampf“, bei dem jeder über seinen Mitbewerber meinte, es sei auch eine gute Wahl getroffen, wenn der andere gewänne. Im ganzen Wettbewerb, der über Monate ging, gab es nicht das geringste offene oder versteckte Foul. Keine Überraschung, wenn man wußte, daß wir beide in Gustav Heinemann unser menschliches und politisches Vorbild sahen. Seit Johannes Rau vom außerordentlichen Landtagsparteitag in Duisburg am 17. September 1978 mit 161 zu 150 Stimmen als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten nominiert worden war, gab es für mich nur eine Sorge: Würden drei Tage später alle 104 Abgeordneten der Koalition aus SPD und F.D.P. bei der geheimen Wahl im Landtag für ihn stimmen? Als das erhoffte Ergebnis von Landtagspräsident Wilhelm Lenz verkündet wurde, war auch ich erleichtert und glücklich. Bei Nein-Stimmen oder Enthaltungen hätten Außenstehende, die unser persönliches Verhältnis nicht kannten, leicht schließen können, ich hätte Rau aus Enttäuschung über meine Niederlage meine Stimme verweigert. Einige Fraktionsmitglieder, die meine fröhliche Entspannung miterlebten, meinten, ich würde mich so freuen, als ob ich selbst gewählt worden sei. Das traf genau meine Gefühlslage an diesem Tage, zumal Wunden nicht gepflegt zu werden brauchten, weil keine geschlagen waren.

Die schwierige finanzielle Situation des Lan-

des erforderte für das nächste Jahrzehnt eine ständige enge Abstimmung zwischen dem Regierungschef und mir als Finanzminister. Es gab dramatische Auseinandersetzungen mit der Bundesregierung, und zwar unabhängig davon, welche Partei den Bundeskanzler stellte. Viele Zeitbeobachter erlebten den angeblichen „Schönwetterpolitiker“ Rau als entschlossenen Kämpfer für Nordrhein-Westfalen, der den von der Sache her aufgezwungenen harten Kurs im Kabinett und im Landtag voll unterstützte. Wir hatten keine einzige Meinungsverschiedenheit beim Durchsetzen unseres Konsolidierungskurses, der den oft bitteren Verzicht auf wichtige, nicht nur wünschenswerte Verbesserungen der Infrastruktur des Landes und der Lebensqualität unserer Menschen verlangte. In Partei und Fraktion wurden wir vor allem von den finanzpolitischen Sprechern Karl Josef Denzer und Heinz Schleußer, sowie den Fraktionsvorsitzenden Denzer (1980/85) und Friedhelm Farthmann (ab 1985) tatkräftig unterstützt. Es gelang, die SPD-Fraktion für den Konsolidierungskurs zu gewinnen: Die jährliche Nettokreditaufnahme des Landes konnte seit 1981 kontinuierlich von 10,1 Milliarden Mark auf 2,3 Milliarden Mark im Jahre 1989 gesenkt werden; im gleichen Zeitraum ging die Kreditfinanzierungsquote des Landeshaushaltes von 18,7 auf 3,6 Prozent zurück. Mit einer Steigerungsrate der Ausgaben von jahresdurchschnittlich nur 2,1 Prozent – noch deutlich unter den Empfehlungen des Finanzplanungsrates – erreichte NRW das beste Ergebnis aller Bundesländer und übertraf darin auch den Bund, der in diesen Jahren immerhin einen Bundesbankgewinn von über 78 Milliarden Mark vereinnahmen konnte. Durch die Politik des Bundes wurde unser Land zusätzlich grob benachteiligt.

Schließlich mußte die Landesregierung am 27. Juni 1983 beim Bundesverfassungsgericht klagen, das am 24. Juni 1986 die von NRW angegriffenen Regeln beim Länderfinanzausgleich und bei den Bundesergänzungszuweisungen für verfassungswidrig erklärte. Verhängnisvoll wirkte sich für unser Land auch die Abschaffung der Lohnsummensteuer ab 1980 aus. Diese Form der Ge-

werbsteuer wurde schon in der Weimarer Republik, vor allem in Preußen erhoben; in den süddeutschen Ländern dagegen nicht. In NRW nahmen die Gemeinden jährlich fast zwei Milliarden Mark ein. Als teilweisen Ausgleich für den Ausfall beschloß der Bund eine Anhebung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von 14 auf 15 Prozent sowie eine Senkung um ein Drittel der von den Gemeinden an Bund und Land zu zahlenden Gewerbesteuerumlage, aber für alle Gemeinden im Bundesgebiet, also auch für diejenigen, die keine Ausfälle hatten.

Groteske Folge: Die süddeutschen Gemeinden konnten wegen der unerwarteten jährlichen Mehreinnahmen in Milliardenhöhe ihre Hebesätze bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital senken oder Schulden tilgen, während die nordrhein-westfälischen Gemeinden, deren Einnahme aus der Lohnsummensteuer vom Bund gestrichen wurde, ihre Hebesätze zwangsläufig stark erhöhen mußten. Dafür wurden unsere Gemeinden wegen angeblich wirtschaftsfeindlichen Verhaltens angeprangert, die süddeutschen Gemeinden wegen ihres Verständnisses für die Wirtschaft gelobt. Unter Hinweis auf ihre niedrigen Hebesätze warben sie erfolgreich um Industrieansiedlung, während Nordrhein-Westfalen als Wirtschaftsstandort unverdient in Verruf geriet. Landesregierung und betroffene Gemeinden brauchten Jahre, um den Schaden zu begrenzen.

Noch schlimmer in den finanziellen Auswirkungen war die unserem Land vom Bund aufgebürdete „Kohlelast“ seit 1965. In jenem Jahr war dem Ministerpräsidenten Franz Meyers von der Bundesregierung die Zusage abgezwungen worden, sich mit einem Drittel an den Kosten für die heimische Steinkohle zu beteiligen. Es ging damals um einen Landesanteil von etwa 50 Millionen Mark im Jahr. Meyers' Hinweis, der Bund erhalte doch das Aufkommen aus der 1960 eingeführten Heizölsteuer, wurde mit der Bemerkung abgetan, diese Steuer sei doch befristet und laufe in zwei Jahren aus. Kaum hatte der Bund das Zugeständnis erreicht, verlängerte er die Heizölsteuer immer wieder, bis die ursprüngliche Befristung mit Wir-



Trotz einstiger Konkurrenz um den Landesvorsitz der SPD fand Johannes Rau bei ihm immer Unterstützung: Professor Dr. Friedhelm Farthmann (l.), früheres Kabinettsmitglied, heute Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Foto: Schüler

kung vom 1. Januar 1982 ganz aufgehoben wurde. Diese Steuer war 1960 mit einer einzigen Zweckbindung eingeführt worden: Für „Maßnahmen zur Anpassung des Steinkohleabbaus an die veränderte Lage auf dem Energiemarkt“. Anstatt Nordrhein-Westfalen, das ein Drittel der Kohlelasten seit 1965 trägt, mit einem Drittel am Aufkommen der Heizölsteuer zu beteiligen, benutzte der Bund diese Steuer zur allgemeinen Haushaltsdeckung. Sie brachte schon bald mehr ein, als der Bund für die Steinkohle ausgab. So betrug die Überdeckung 1969 bereits mehr als 200 Prozent. 1970 fast 300 und 1971 fast 400 Prozent (275 Millionen Mark Bundesausgaben für die Steinkohle gegenüber 1,04 Milliarden Einnahme aus der Heizölsteuer). Auch für diese groteske Entwicklung fand der Bund schnell einen Ausweg: Er erweiterte ab 1971 die Zweckbindung der Heizölsteuer für allgemeine „energiewirtschaftliche Maßnahmen“, allerdings mit dem Zusatz: „Im Vordergrund stehen dabei die Maßnahmen zugunsten des Steinkohlebergbaus“. Insgesamt zahlte NRW bis

einschließlich 1992 aus der Landeskasse — und zwar als einziges Land — 22 Milliarden sechshundertsiebenundsechzig Millionen Mark für die deutsche Steinkohle.

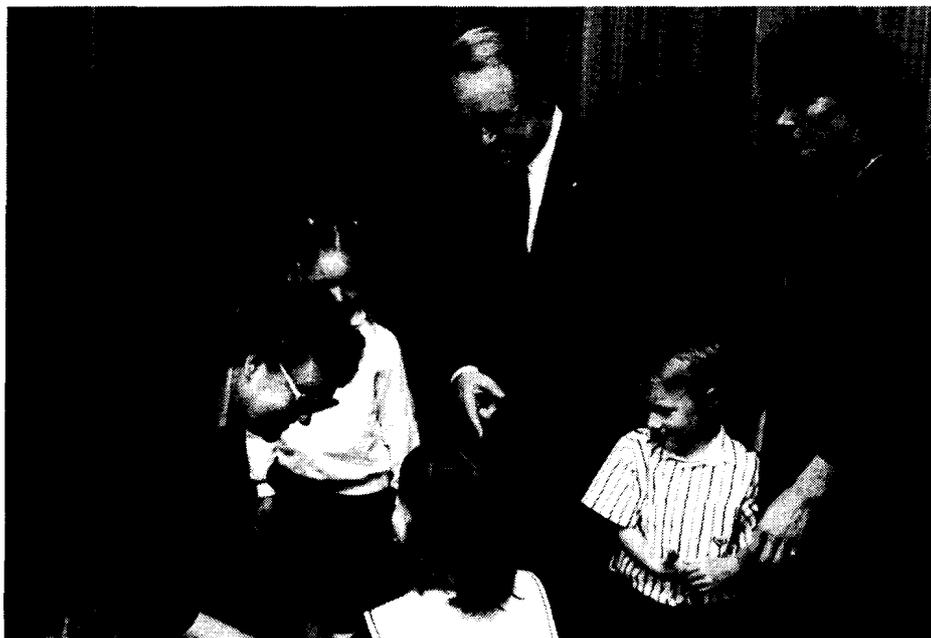
Selbstverständlich haben Ministerpräsident und Finanzminister immer wieder auf die „Sonderlast“ hingewiesen, die im bundesstaatlichen Finanzausgleich berücksichtigt werden müsse. Wir schienen auch auf Einsehen hoffen zu können. Am 12. Januar 1981 schrieb der damalige Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff auf unseren Appell, Nordrhein-Westfalen zu entlasten, er verstehe unser Bemühen, „die besonderen finanziellen Lasten aus der heimischen Steinkohle auf mehr Schultern zu verteilen“. Er verwies nur an die anderen Bundesländer, „an eine Entlastung im Rahmen des Länderfinanzausgleichs“. Wußte Graf Lambsdorff wirklich nicht, daß der Länderfinanzausgleich sich nur auf die Einnahme- und nicht auf die Ausgabeseite der Länder bezieht? 1987 schien der Durchbruch erreicht. Aufgrund einer Empfehlung seines Finanzausschusses hat der Bundesrat am 10. Juli 1987 ohne Gegenstimme durch Beschluß die Bundesregierung aufgefordert, Nordrhein-Westfalen bei der Steinkohle zu entlasten. Der Bund aber lehnte weiter ab. Ohne diese gewaltige Kohlelast von mehr als 24 Milliarden Mark — wenn man den Haushaltsansatz für das laufende Jahr hinzurechnet — stünde unser Land finanziell wesentlich günstiger da, zumal bei nur durchschnittlichen Einnahmen diese Sonderlast durch Kreditaufnahme finanziert werden mußte. Die angeblich „maßlose Verschuldung“ Nordrhein-Westfalens stellt sich bei Kenntnis der Zusammenhänge als ein unberechtigter Vorwurf dar.

Kein Ministerpräsident hätte die Interessen Nordrhein-Westfalens besser vertreten können als Rau, wie ich aus langer Tätigkeit als Finanzminister des Landes und als Vorsitzender des Finanzausschusses des Bundesrates in mehr als zehn Jahren bestätigen kann.

Verständlicherweise standen bei meiner Würdigung finanzpolitische Vorgänge im Mittelpunkt. Ich bin sicher, daß aus anderen Ressorts über die gute und enge Zusammenarbeit mit dem Ministerpräsidenten ähnlich positiv berichtet werden kann.

Kein Zweifel: Johannes Rau ist mit seinen Ämtern gewachsen und hat längst über

Fortsetzung Seite 14



Johannes Rau als überzeugter Familienvater läßt Frau und Kinder auch schon einmal am politischen Geschäft teilhaben. Bei der Verleihung des Landesordens an Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (l.) im Landtag im Juni 1990 durften auch Anna Christina (links neben ihrem Vater), Laura Helene (vorne) und Philipp Immanuel an der Hand seiner Mutter Christina Rau dabei sein. Foto: Schüler

Das „Kulturland Nordrhein-Westfalen“ hat sich in Portugal vorgestellt

Künstlerinnen und Künstler aus allen Kunstsparten und aus vielen Städten Nordrhein-Westfalens konnten während des erfolgreich verlaufenen Festivals „Kulturland NRW“ im Juni/Juli in Lissabon Interesse und Neugierde an ihrer künstlerischen Arbeit bei den Portugiesen wecken. Vom Tanz über die bildende Kunst, den Film, das Theater, die Literatur und die Musik wurde die Vielfalt und Qualität unserer Kulturlandschaft in Portugal gezeigt. Durch die in der Veranstaltungsreihe „Kulturland NRW“ durchgeführten Auführungen, Workshops, Seminare und Vorträge konnten bestehende Kontakte gestärkt und neue Möglichkeiten für Dialog und Kooperation gesucht werden, um längerfristige künstlerische Beziehungen zu fördern. Die Landtagsdelegation unterstrich bei ihrem Aufenthalt in Portugal auch das Interesse, durch mehr internationale Zusammenarbeit auch ein Mehr an Attraktivität und ein Mehr an Konkurrenzfähigkeit in einem zusammenwachsenden, offenen Europa zu erreichen.

Die Landesparlamentarier nutzten das kulturelle Ereignis vor allem dazu, die kulturellen Beziehungen zu Portugal auf der parlamentarischen Ebene zu intensivieren und Kontakte zu Parlament, Politik und bedeutenden Kulturinstitutionen und -stiftungen aufzunehmen. Anders als in Deutschland sind Träger kultureller Veranstaltungen in Portugal nicht so sehr die Bundes-, Landes- oder Kommunalinstitutionen, sondern im wesentlichen die Einrichtungen der privaten Calouste-Gulbenkian-Stiftung, die internationale Niveaue hat. Die Gulbenkian-Stiftung, die mit ihrem für künstlerisches Schaffen und Kunsterziehung zuständigen Institut ACARTE am Zustandekommen des NRW-Festivals mitgewirkt hat, hat ihren Hauptsitz in Lissabon, das 1994 „Kulturhauptstadt Europas“ wird. Diese Stiftung zählt zu einem der leistungsfähigsten Kulturförderer in Europa. Neben ACARTE unterhält die Stiftung das bedeutende Gulbenkian-Museum, das Zentrum für Moderne Kunst sowie das insbesondere im Bereich der Biologie tätige Forschungsinstitut in Oeiras.

Von den Repräsentanten dieser Einrichtungen wurden die nordrhein-westfälischen Abgeordneten ausführlich über deren Arbeit informiert. Die Stiftung verfügt im übrigen über ein eigenes Orchester, einen Chor und ein Ballett. Eine ähnliche Bedeutung wie die Gulbenkian-Stiftung in Lissabon hat die ebenfalls private Stiftung António-Almeida,

Beide Seiten haben hohes Interesse an stärkerem Austausch

Das im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit in einem Europa der Regionen in diesem Jahr in Portugal vom Kultusminister ausgerichtete Präsentationsprogramm „Kulturland Nordrhein-Westfalen in Portugal“ wurde von einer Kommission des Kulturausschusses unter Leitung der Kultur-Ausschußvorsitzenden Hildegard Matthäus (CDU) einige Tage parlamentarisch begleitet.

deren kulturelle Aktivitäten sich vornehmlich auf Porto und Nordportugal konzentrieren. Almeida-Präsident Dr. Branco, der der Stiftung im Gegensatz zu der von einem Führungsgremium gelenkten Gulbenkian-Stiftung allein vorsteht, unterstrich bei der Unterredung mit den Abgeordneten großes Interesse an einem äquivalenten, kulturellen Austausch mit Nordrhein-Westfalen auf allen Gebieten der Kunst und Kultur. Seiner Überzeugung nach sei es richtig, daß die Kulturförderung in Portugal vorwiegend privaten Organisationen überlassen sei. Kulturelle Initiativen sollten weniger vom Staat als von der Gesellschaft ausgehen.

Bei der Begegnung im portugiesischen Nationalparlament „Assembleia da Republica“ nahm das Thema Denkmalschutz in der Diskussion mit Abgeordneten das Ausschusses für Kultur, Wissenschaft und Erziehung einen breiten Raum ein. Vor dem Hintergrund des in Portugal allerorten erkennbaren starken wirtschaftlichen Aufschwungs einerseits und dem oftmals zu beobachtenden Verfall ehrwürdiger historischer Gebäude andererseits, zeigen sich die nordrhein-westfälischen Gäste besonders in der Frage der Behandlung von Denkmälern interessiert. Hierzu erwiderte die Vizepräsidentin des nationalen Kulturausschusses, Julietta Sampaio, daß etwa die Stadtregierung Lissabons viele Initiativen eingebracht habe, um den Erhalt alter Gebäude zu sichern. Man sei zunehmend bemüht, einzelne Gebäude, Ensemble und Stadtteile unter Schutz zu stellen. Auch gebe es für Privateigentum staatliche Denkmalförderung. Von seiten der übrigen portugiesischen Abgeordneten wurde darauf verwiesen, daß in Portugal erst ziemlich spät eine

Entwicklung zum Schutz von Denkmälern eingetreten sei. Insbesondere dadurch, daß sich inzwischen die Jugend sehr für den Denkmalschutz engagiere, sei zu erwarten, daß im Laufe der Zeit Fortschritte gemacht werden. Die Veränderung der Mentalität sei überhaupt ein langfristig zu lösendes Problem im gesamten Bereich der Kulturpolitik. Der portugiesische Staatsaufbau unterscheide sich schon dadurch völlig vom deutschen, daß keine regionale Verwaltungsstruktur existiere. Im Bereich der Kulturverwaltung gebe es einerseits die nationale Politik, die von dem dem Ministerrat unterstehenden Staatssekretariat für Kultur (ein eigenes Kultusministerium existiert nicht) vorgegeben werden und andererseits die Zuständigkeit der Gemeinden, die in den letzten Jahren zugenommen habe.

Die Kulturpolitik auf Gemeindeebene sei sehr unterschiedlich und vom örtlichen Engagement abhängig und beschränke sich häufig in erster Linie auf die Unterhaltung ihrer Bürger, während es auch vereinzelt Kommunen gebe, die sich auf Anreize echter Kulturförderung verstünden. Der in Nordrhein-Westfalen als unbestritten geltende Zusammenhang zwischen Kultur und Wirtschaft (Kultur als Wirtschaftsfaktor) sei von der nationalen Politik noch nicht als Aufgabe aufgegriffen worden.

Um sich auch ein Bild über die Vermittlungstätigkeit und Probleme in der Bildungs- und Kulturarbeit in Portugal von deutscher Seite verschaffen zu können, besuchte der Ausschuß auch die Deutsche Schule in Lissabon, das Goethe-Institut in Coimbra und die Deutsche Schule in Porto. Diese Einrichtungen genießen in Portugal einen guten Ruf, haben aber mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Über die Arbeit politischer Stiftungen konnten sich die Politiker am Beispiel der Internationalen Akademie für Entwicklung in Freiheit (IAEF), einer Institution der internationalen Erwachsenenbildung für Entwicklungsländer, in Sintra bei Lissabon unterrichten. Sie ist eine partnerschaftliche Gründung der deutschen Friedrich-Naumann-Stiftung und der liberalen portugiesischen Partei „Partido Social Democrata“ PSD, die seit zwei Legislaturperioden mit absoluter Mehrheit regiert.

Ministerpräsident...

Fortsetzung von Seite 13

Nordrhein-Westfalen hinaus wegweisende Zeichen gesetzt, zumal er als Mitglied des Bundesrates seit über zwanzig Jahren auch Bundespolitiker ist. Seine Reden zu einer Vielzahl von drängenden Fragen unseres Gemeinschaftslebens lassen wegen ihres inhaltlichen Tiefgangs aufhorchen. Es entspricht seinem menschenfreundlichen Motto „Versöhnen statt spalten“, daß er verletzende Attacken gegen Andersdenkende vermeidet. Seine Rede im Deutschen Bundestag am 16. Juni dieses Jahres zu den Ursachen der Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft, zu Fremdenangst und Ausländerfeindlichkeit, fand zu Recht den Beifall bei allen Fraktionen des Parlamentes. Ich weiß aus zahlreichen Gesprächen: Um diesen Ministerpräsidenten beneidet man uns in Nordrhein-Westfalen. Ihm und seiner Familie gelten die herzlichen Wünsche für noch viele gute Jahre.



Die Abgeordneten des Kulturausschusses im Gespräch mit dem Präsidenten der Kommission „Lissabon – Kulturhauptstadt Europas 1994“, Dr. Vitor Constância (an der Kopfseite des Tisches).

Bei Gemeindefinanzen fehlen 120 Millionen wegen anderer Gewerbesteuerumlage

Haushalts- und Kommunalpolitiker schichten im Nachtragshaushalt 1993 um

Zur Schlußberatung und Abstimmung über den Nachtragshaushalt 1993 waren in der von Leo Dautzenberg (CDU) geleiteten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 2. September außer den Abgeordneten auch zahlreiche Beamte aus mehreren Ressorts anwesend. Besonderes Interesse bekundete der Ausschuß an der strikten Einhaltung des Sparens bei der Besetzung von Stellen im Personalhaushalt. Zwischen der zweiten und der dritten Lesung des Nachtragshaushalts 1993 muß der Ausschuß erneut zusammentreten, um über die Veranschlagung von 120 Millionen Mark als zusätzliche Leistungen der Gemeinden im Rahmen des Solidarpakts gemäß einer Ergänzungsvorlage des Innenministers zu befinden.

Zunächst stimmte der Haushaltsausschuß jedoch der durch Erziehungsurlaub verursachten Einrichtung von mehreren Leerstellen für Beamtinnen zu, wie vom Unterausschuß „Personal“ empfohlen. Um diese Zustimmung zu erhalten, müssen die Ressorts ausführlich begründen, warum sie den Arbeitsausfall nicht durch Vertretung ausgleichen können. Der Unterausschuß „Personal“ (Leitung: Peter Bensmann, CDU) überzeugt sich in jedem einzelnen Fall davon, daß „die Wiederbesetzung der Stelle unabweisbar“ ist. Wird im Unterausschuß keine Einigkeit erzielt, dann befaßt sich der gesamte Ausschuß mit der Angelegenheit.

Anschließend ging es um das von der SPD-Abgeordneten Heidi Berger aufgegriffene Ärgernis hoher Kosten, die Gemeinden für die Unterbringung ausländischer Flüchtlinge zahlen. Das Finanzministerium hat dem Wunsch des Ausschusses entsprechend zusammen mit dem Sozialministerium Daten erhoben und Vergleiche angestellt. „Ein unwirtschaftliches Verhalten der Kommunen wird von den Regierungspräsidenten in allen Fällen verneint“, heißt es in seinem Bericht, in dem allerdings „Ausreißer“ bei den Abweichungen von der ortsüblichen Miete festgestellt werden. CDU-Sprecher Hartmut Schauerte nahm sich einen solchen Fall aus dem heimatischen Sauerland vor, wo für die Unterbringung in Wohncontainern rund 30 Mark pro Quadratmeter mehr als ortsüblich bezahlt werden mußte. Wieso auch die Abweichung von rund 21 Mark in einer Ruhrgebietsstadt vom Finanzminister hingenommen werde, wollte er wissen und bemängelte „halbherzige Information“. Nach weiteren Fragen aus dem Ausschuß räumte Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) Regelungsbedarf ein: Aus der Praxis der Vergangenheit seien vernünftige Schlüsse zu ziehen, sie spreche für eine Pauschalierung der Erstattungen durch das Land, nachdem sich eine 50prozentige Selbstbeteiligung der Kommunen ab Mai 1993 als nicht ausreichender Anreiz für niedrigere Kosten erwiesen habe. Für die SPD-Abgeordneten im Ausschuß warb stellvertretender Vorsitzender Robert Schumacher um Verständnis für die Kommunen, die im Vertrauen auf die Landesleistungen und um des sozialen Friedens vor Ort willen solche Verträge abgeschlossen hätten. Dem Vorschlag ihres Sprechers Reinhold Trinius, der Haushaltsausschuß solle in einer weiteren Sitzung über das künftige Verfahren befinden, stimmten die anderen Fraktionen zu.

Im Bericht über den Schuldenstand des Landes NRW wollte der CDU-Sprecher die Rücklagen des Finanzministers berücksichtigt wissen. Der Minister bestätigte, die Summen seien im Schuldenstand enthalten, „schwarze Kassen“ gebe es nicht. Bei der Kreditaufnahme sei die wirtschaftlichste Form gewählt worden. Im Vierteljahresbericht wurden zum Stichtag 30. Juni 1993 111,2 Milliarden Mark Schulden ausgewiesen.

Zur abschließenden Beratung des Nachtragshaushalts erläuterte Ausschußvorsitzender Dautzenberg (CDU) das vom Ausschußbüro vorbereitete Beratungs- und Abstimmungsverfahren und neu eingegangene Unterlagen wie die von SPD und CDU geleiteten Änderungsanträge. Zunächst befaßte sich der Ausschuß, wie auch schon der Unterausschuß „Personal“, ausführlich mit den „kw-Stellen“. Im Anschluß an die Zustimmung zum künftigen Wegfall von 176 Stellen bei der Vorprüfungsstelle wurde ein CDU-Antrag zur beschleunigten Realisierung von kw-Vermerken diskutiert. Ernst

sation der Landtagsverwaltung durch einen externen Gutachter, was F.D.P.-Sprecher Rudolf Wickel unterstützte. Das wurde jedoch von Reinhold Trinius namens der SPD abgelehnt. Gisela Meyer-Schiffer (SPD) begründete, bevor 700 000 Mark (einschließlich Verpflichtungsermächtigungen) ausgegeben würden, solle die Landtagsverwaltung erst einmal selbst prüfen und ein Optimierungskonzept vorlegen. Die Abgeordnete wies auch auf heikle Themen bei der Überprüfung von Wirtschaftlichkeit im Landtag durch politische Vorgaben hin, etwa die Wahrnehmung der Geschäftsordnung oder der landespolitische Bezug von Kleinen Anfragen. Das Selbstverständnis des Parlaments werde berührt. Hartmut Schauerte (CDU) wandte ein, kein anderer Bereich der Landesverwaltung sei so deutlich gewachsen wie der Einzelplan des Landtags. Bei dessen Beratung seien die Abgeordneten selbst befangen. Eine externe Untersuchung sei unverzichtbar. Nach öffentlicher Kritik an der Finanzierung der Fraktionen müßten die eigenen Kosten zum



Anforderungen des Europäischen Binnenmarkts an die Steuer- und Finanzsysteme Spaniens und der Bundesrepublik Deutschland erörterten Mitglieder des Haushaltsausschusses des NRW-Landtags mit dem Finanzminister der Region Madrid, Ramon Espinar Gallego (l.), und Finanzexperten des Parlaments der Autonomen Region Madrid unter Leitung von dessen Präsident Diez Olazábal (2. v.l.), des Vorsitzenden des NRW-Haushaltsausschusses, Leo Dautzenberg (CDU, 2. v.r.), und seines Stellvertreters Robert Schumacher (SPD, r.). Außerdem standen das Börsenwesen und der Finanzplatz NRW aus der Sicht europäischer Länder und der europäischen Banken auf dem Programm der Informationsreise, die mit Gesprächen zu den genannten Themen in Mailand begann. Besuche der Börsen von Mailand und Madrid und Gespräche mit Finanzexperten rundeten das Programm ab.

Walsken stimmte für die SPD grundsätzlich zu, im Haushaltsgesetz festzuschreiben, daß freiwerdende Stellen „bei Vorliegen der Voraussetzungen“ mit einem Inhaber einer kw-Stelle zu besetzen sind. Die Prüfung dieser Möglichkeit solle durch Ausschreibung erfolgen. Hartmut Schauerte antwortete für die CDU: „Wir wollen es schärfer haben“ und trat für „Eignungsvoraussetzungen“ und das Formulieren als Muß-Vorschrift gegenüber dem Unterausschuß angenommenen Soll-Vorschrift ein. Minister Schleußer sagte die schnelle Umsetzung zu, wies aber auf die Bindung an Gesetze hin. Dr. Manfred Busch (GRÜNE) machte auf den Widerstreit zwischen haushalts- und personalpolitischen Anliegen aufmerksam. Eine Kompromißformulierung des CDU-Antrages wurde schließlich angenommen. Beim Einzelplan 01 — Landtag — beantragte die CDU einen Mehransatz von 250 000 Mark 1993 bei den Kosten für Sachverständige für die Überprüfung der Organi-

zentralen Anliegen gemacht werden. Dr. Manfred Busch (GRÜNE) wies auf die diffusen Aufgaben der Landtagsverwaltung hin und hielt es für reizvoll, diese selbst zu beauftragen, herauszufinden, was gespart werden könne und welche Kosten durch die Umsetzung des Wählerwillens entstünden. Reinhold Trinius (SPD) führte Beispiele politischer Vorgaben an. Abteilungsleiter Wolfgang Welz wies auf die im Vergleich zu anderen Landtagsverwaltungen deutlich niedrigere Stellenausstattung beim NRW-Landtag und auf unterschiedliche Dienstleistungswünsche von Funktionsträgern und „normalen“ Abgeordneten hin. Mit der Mehrheit von SPD und GRÜNE wurde der CDU-Antrag abgelehnt. Der von der SPD beantragten vollständigen Ist-Aufnahme des Aufgabenbestandes durch die Landtagsverwaltung, sowohl dem Präsidium als auch dem Haushaltsausschuß vorzulegen, wurde allseits zugestimmt (weiterer Bericht in der nächsten Ausgabe).

Intercity-Bahnhof für Flughafen Düsseldorf:

„DB-Direktion Köln rechnet Kosten hoch“

Mit den Stimmen der SPD, CDU und F.D.P. gegen die Grünen forderte der Verkehrsausschuß in der von Hans Jaax (SPD) geleiteten Sitzung am 2. September die Landesregierung auf, die Anbindung des Flughafens Düsseldorf an den Schienenverkehr und den Bau eines Bahnhofs durchzusetzen. Nach der Vorstellung des Projekts „Bahnmobil“ durch eine Arbeitsgruppe des Technologie-Zentrums in Dortmund befaßte sich der Ausschuß nach Berichten von Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) mit dem aktuellen Stand beim Verkauf der Regionalbusgesellschaften, mit dem Landesstraßenausbau und mit der Beschleunigung der Verkehrsplanung in NRW. Die mit Blick auf die Bundessitzung am 25. September formulierte Entschließung von SPD, CDU und F.D.P. hat folgenden Wortlaut:

Der Verkehrsausschuß des Landtags NRW fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einzusetzen, daß

- ★ die Anbindung des internationalen Verkehrsflughafens Düsseldorf an den Nah-, Regional- und Fernverkehr der Deutschen Bundesbahn durch den Bau eines entsprechenden Bahnhofs am Flughafen verwirklicht wird;
- ★ die Flughafen Düsseldorf GmbH durch das Herbeiführen einer entsprechenden Entscheidung in die Lage versetzt wird, die ihrerseits erforderlichen Planungen und Maßnahmen (Check-In, Passagiertransport etc.) einleiten zu können;
- ★ im Rahmen des Beratungsverfahrens über das Bundesschieneausbaugesetz der sechsgleisige Ausbau der Schienenstrecke zwischen Duisburg und Düsseldorf Aufnahme in dieses Gesetz findet.

Die Vertreterin der GRÜNE-Fraktion stimmte gegen die Entschließung und sprach sich für die Beschränkung des Flugverkehrs auf das Nötigste aus.

Zur Begründung führen die Verkehrspolitiker der drei Fraktionen aus: Über die Notwendigkeit integrierter Gesamtverkehrskonzepte zur Bewältigung des Verkehrswachstums besteht ein allgemeiner Konsens bei Staat(-organen), Gesellschaft, Industrie und Interessensvertretungen.

Ebenso besteht Konsens bezüglich der Notwendigkeit der Verknüpfung/Vernetzung der Verkehrssysteme, hier des Luft- und des Schienenverkehrs. Die Mehrzahl der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und Gruppierungen hat in Beschlüssen und Entschließungen zum Ausdruck gebracht, daß die Zukunftsperspektiven der Zusammenarbeit von Schienen- und Luftverkehr wesentlich vom Aufbau eines attraktiven und

hochwertigen Schienenschnellverkehrs mit entsprechender Anbindung an die Großflughäfen abhängig sind.

Bereits im Frühjahr 1992 haben der Verkehrsminister des Landes NRW, Franz-Josef Kniola, und der Vorstandsvorsitzer der Deutschen Bundesbahn, Heinz Dürr, gemeinsam die Planungen für einen Fernbahnhof am Flughafen Düsseldorf der Öffentlichkeit vorgestellt.

Während die wichtigen Institutionen und Personen des öffentlichen Lebens die Notwendigkeit eines solchen Fernbahnhofs weiterhin bejahen und die Hauptverwaltung der DB/DR Werbung für die Verknüpfung und Kooperation von Luftverkehr und Schienen(fern-)verkehr macht („BahnAkzente 4/93“), blockiert die regional befaßte Bundesbahndirektion Köln die Verwirklichung der Pläne dadurch, daß sie die Kosten für einen fünf- oder sechsgleisigen Ausbau der

Schieneverbindung von Duisburg nach Düsseldorf in die Wirtschaftlichkeitsberechnung für den Flughafenbahnhof einbezieht, dadurch möglicherweise zu einem negativen betriebswirtschaftlichen Ergebnis der Maßnahme kommt und diese ablehnt.

Der Verkehrsausschuß des Landtags ist bereits bei der Beratung des Bundesverkehrswegeplans zu dem Ergebnis gekommen, daß ein Ausbau der durch Nah-, Regional- und Fernverkehr überlasteten Schienenstrecke von Duisburg nach Düsseldorf dringend erforderlich ist, und hat (wie auch das Plenum des Landtags) die Landesregierung NRW bei der entsprechenden Anmeldung der Maßnahme zum Bundesverkehrswegeplan unterstützt.

Eine Einrechnung der Kosten dieses Gleisbaus in die Kosten- bzw. Wirtschaftlichkeitsberechnung für einen Fernbahnhof am Flughafen Düsseldorf muß aus der Sicht des Verkehrsausschusses unterbleiben.

Gerade in Düsseldorf bestehen durch die Nähe von Flughafen und dichtbefahrener Bahnstrecke ideale Voraussetzungen, eine beispielhafte Verknüpfung der Verkehrssysteme zu schaffen. Ohne zusätzliche Zugleistungen kann hier ein Angebot an sehr häufigen Direktverbindungen in nahezu alle Zentren der Region, des Bundesgebietes und des benachbarten Auslands geschaffen werden. Dies wird die Verkehrsmittelwahl für die An- und Abreise von Fluggästen entscheidend zugunsten der Bahn beeinflussen.

Die vorliegenden Gutachten für das Projekt zeigen, daß die Fernbahnanbindung

- technisch ohne Probleme realisierbar ist,
- durch die Verlagerung des An- und Abreiseverkehrs von der Straße auf die Schiene zwischen 41 und 66 Millionen Pkw-km pro Jahr einspart,
- dem Flughafen Düsseldorf ein zusätzliches Fluggastaufkommen von 650 000 Fluggästen pro Jahr zuführt.

Die Zusatzträge der DB durch den neuen Bahnhof werden mit 13 bis 18 Millionen Mark pro Jahr ermittelt. Die betrieblichen Mehraufwendungen der DB liegen dem Land noch nicht vor. Es kann davon ausgegangen werden, daß bei Anrechnung lediglich der Investitionskosten für die Bahnhofsanlagen das betriebswirtschaftliche Ergebnis der DB ausgeglichen ist.

Anläßlich des Straßenbauberichts 1991 (Information Nr. 11/465) forderte Heinz Hunger (SPD) Minister Kniola auf, den Landtag über die gravierenden Einschnitte und den vom Bundesverkehrsminister angeordneten Stopp beim Neubau von Bundesfernstraßen genauer zu informieren. Vor Ort müßten Politiker aufhören, große Vorhaben anzukündigen oder zu feiern. Der Minister bestätigte die „dramatische Situation“ mit tiefgreifenden Folgen für NRW und für die Beschäftigung. Die jährlichen Bundesmittel für den Neubau würden bis 1996 von 700 auf 400 Millionen Mark abgesenkt.

Beim Tagesordnungspunkt „Neue Vorhaben des Straßenbauförderungsprogramms 1993“ wandte sich Karl-Ernst Strothmann (CDU) gegen zu „pompösen Rückbau“ im Rahmen von Verkehrsberuhigung. Angehts knapper Mittel sei „alles vom Feinsten“ nicht mehr nachvollziehbar: „Etwas mehr Sparsamkeit wäre angebracht.“

Zum Bericht der Arbeitsgruppe „Verkehr und Umwelt“ zur Beschleunigung der Verkehrswegeplanung in NRW wurde ein dem Bundesrecht folgendes Landesgesetz gegen Jahresende angekündigt.



Wie durch den Einsatz von „Fuzzy“-Technik der Schienenverkehr verbessert werden könnte, demonstrierten Mitarbeiter des Technologie-Zentrums Dortmund dem Verkehrsausschuß in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause anhand eines Modells: „Für Zugposition x , geschätzte Zuggeschwindigkeit v und Stellgröße (Motorspannung) u wurden jeweils fünf linguistische Terme (Fuzzy-Mengen) definiert ... Fuzzy-Controller eignen sich besonders für komplexe Systeme ... Man gelangt bereits mit wenigen Meßgrößen, an die zudem keine hohen Genauigkeitsansprüche gestellt werden müssen, zum Erfolg: exakter Stopp an einem vorgegebenen Haltepunkt, möglichst hoher Fahrkomfort im Sinne eines gleichmäßigen Abbrems- und Anfahrvorgangs, Robustheit gegenüber Parametervariationen, wie Beschaffenheit der Fahrstrecke und Masse des Fahrzeugs (unterschiedliche Lastfälle).“ (4. u. 5. v. r.: Marianne Thomann-Stahl, F.D.P., stellvertretende Vorsitzende, Hans Jaax, SPD, Vorsitzender.)

Foto: Schüler

Vorschlag der CDU: Verfassungsschutz in der „Vorfeldbeobachtung“ einsetzen

Dagegen wandten sich der Direktor des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen, Helmut Brandt, Staatssekretär Wolfgang Riotte (Innenministerium) sowie der Sprecher der Fraktion GRÜNE, Roland Appel. Brandt nannte Beispiele, die klarmachen, daß es sich verbietet, den Verfassungsschutz in die kriminalpolizeiliche Tätigkeit bei der Vorfeldbeobachtung einzubeziehen. Riotte meinte, es könne sinnvoller sein, das Polizeigesetz um weitere Möglichkeiten der Vorfeldbeobachtung zu ergänzen. Heinz Paus (CDU) hielt die Einbeziehung des Verfassungsschutzes angesichts der „Entwicklung der organisierten Kriminalität bis hin zur Korruption im öffentlichen Dienst“ für geboten. Er verwies auch auf entsprechende Bestrebungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Dem schloß sich der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, Ministerialdirigent Dr. Baumann, an. Er verwies auf die Zuständigkeit in Tätigkeitsfeldern, in denen es sich um politisch motivierte Vorbereitungen von Straftaten handelt, wie beispielsweise bei der Spionageabwehr oder der Bekämpfung des Terrorismus. Er wandte sich dabei gegen das Argument, der Verfassungsschutz suche neue Betätigungsfelder. Die klassische Aufgabentrennung beider Institutionen — Verfassungsschutz einerseits, Polizei andererseits — werde nicht in Frage gestellt. Brandt ergänzte, auch im Bereich der organisierten Kriminalität könne die Polizei unterhalb der Schwelle des „Verdachts“ tätig werden, es bestehe daher keine Notwendigkeit zur Einbeziehung des Verfassungsschutzes.

Eine kontroverse Diskussion ergab sich sodann um den sogenannten großen Lauschangriff. Während Stefan Frechen (SPD), Roland Appel (GRÜNE) und Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) verfassungsrechtliche Bedenken gegen die pauschale Formulierung im Gesetzentwurf der Landesregierung äußerten, wiesen der Staatssekretär Riotte und Dr. Baumann darauf hin, daß sich die Formulierung exakt an denjenigen des Grundgesetzes (Artikel 13 Absatz 3) orientiere. Die sonstigen Erörterungen um die Datenerhebung, deren Verarbeitung, Speicherung und Weitergabe waren sodann Anlaß für die Ankündigung zahlreicher Änderungsanträge der Fraktionen. In Teilen ließ die Landesregierung Kompromißbereitschaft erkennen. Der Ausschuß für Innere Verwaltung, der bei beiden Gesetzentwürfen lediglich mitberatend tätig ist, möchte das Ergebnis seiner Erörterungen möglichst bis Ende November dem federführenden Ausschuß übermitteln.

Erörtert wurde ein Antrag der CDU-Fraktion, straffällig gewordene Ausländer konsequent abzuschicken. Da das Innenministerium eigene Organisationsmaßnahmen angekündigt hätte, wollte die antragstellende Fraktion hierzu noch einmal einen schriftlichen Bericht. Für Roland Appel (GRÜNE) war nicht ersichtlich, wo das eigentliche Problem von der CDU-Fraktion gesehen wird. Die Zahl der tatverdächtigen Asylbewerber sei nicht größer geworden. Ein Blick in die Statistiken zeige zudem, daß es sich bei den von Asylbewerbern begangenen Straftaten überwiegend um Diebstähle und Bagatelldelicten handelt, wobei die Zahl der Diebstähle stets dann zunehme, wenn in den Gemeinden Barleistungen an die Asylbewerber durch die Ausgabe von Gutscheinen ersetzt würden. Hier sei in erster Linie also nach den

Neue Wege im Kampf gegen organisierte Kriminalität sind in der Kontroverse

Verfassungsschutz und ausländerrechtliche Themen standen im Vordergrund eines umfangreichen Beratungsprogramms des Ausschusses für Innere Verwaltung unter Leitung des Vorsitzenden Egbert Reinhard (SPD). Nach Erörterung des Verfassungsschutzberichts des Landes Nordrhein-Westfalen 1992 und Diskussion der Entwicklung insbesondere der rechtsextremistischen Aktivitäten seit Beginn des Jahres befaßte sich der Ausschuß mit einem Gesetzentwurf der Landesregierung über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen und einem ergänzenden Gesetzentwurf der Fraktion der CDU. Während es im Gesetzentwurf der Landesregierung vornehmlich um datenschutzrechtliche Regelungen und die Anpassung an Bundesrecht geht, möchte der CDU-Gesetzentwurf den Verfassungsschutz in die Vorfeldbeobachtung der organisierten Kriminalität einbeziehen.

Ursachen der asylbewerbertypischen Straftaten zu fragen.

Für Stefan Frechen (SPD) hat sich der Antrag der CDU-Fraktion inzwischen erledigt. Die Möglichkeiten des Ausländergesetzes und der Strafprozeßordnung zur Abschiebung straffällig gewordener Ausländer würden in Nordrhein-Westfalen voll ausgeschöpft. Die geforderte Kooperation zwischen Strafverfolgungs- und Ausländerbehörden bestehe bereits, um die Abschiebungsmöglichkeiten auszunutzen. Ferner zeigten sich auch auf kommunaler Ebene keinerlei Defizite infolge von Personalmängeln. Der Antrag sei in der Sache erledigt. Er wurde auf Antrag der SPD-Fraktion mit den Stimmen auch der Fraktionen der F.D.P. und GRÜNE gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Um Möglichkeiten einer wirkungsvollen Bekämpfung des Handelns mit ausländischen Mädchen und Frauen will sich eine vom Ausschuß eingesetzte Arbeitsgruppe, bestehend aus Brigitta Heermann (SPD), Maria Theresia Opladen (CDU), Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) und Roland Appel (GRÜNE) bemühen. Die Arbeitsgruppe will externen Sachverstand bemühen und mit Vertretern der beteiligten Ressorts Fachgespräche führen. Über das Ergebnis der Bemühungen soll dann im Ausschuß für Innere Verwaltung berichtet werden.

Mehrheitlich abgelehnt wurden im Ausschuß schließlich zwei Anträge der Fraktion

GRÜNE. In einem Fall geht es darum, die Initiative zur Erlangung der doppelten Staatsangehörigkeit zu unterstützen und durch eine Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts für bestimmte Gruppen den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu erleichtern. Vorsitzender Egbert Reinhard (SPD) war der Auffassung, dieser Antrag habe seine Erledigung gefunden, nachdem der Landtag bereits am 23. Juni einen entsprechenden SPD-Antrag angenommen habe. Danach sollen die Bemühungen um eine erleichterte Einbürgerung und Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft sowie diejenigen der gemeinsamen Verfassungskommission unterstützt werden. Heinz Paus (CDU) bezeichnete das Anliegen der antragstellenden grünen Fraktion als zu weitgehend.

Der zweite Antrag zielt auf die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für länger in der Bundesrepublik Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer. Roland Appel forderte die Umsetzung des von Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) nach den Ereignissen von Solingen verfaßten Aufrufes gegen die Bildung einer Zweiklassengesellschaft „Deutsche: Ausländer“. Heinz Paus wies darauf hin, das Begehren der grünen Fraktion verstoße gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Er signalisierte erneut, seine Fraktion könne sich nur mit der Einführung des Wahlrechts auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft bei Gegenseitigkeit einverstanden erklären.



Eine Delegation des Verkehrsausschusses der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments hat den nordrhein-westfälischen Landtag besucht und ist von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (M.) empfangen worden. Die Delegation aus dem Nachbarland wurde vom Vorsitzenden des Verkehrsausschusses, Mijnheer P. J. Biesheuvel, geleitet. An der Zusammenkunft nahmen auch die Landtagsabgeordneten Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.), Karl Böse (SPD) und Heinrich Dreyer (CDU) teil.

Foto: Schüller

Lehrerversorgung, Integration, Borgholzhausen

Antrag auf sofortige Konsequenzen in Sachen Landesinstitut ohne Mehrheit

Mit einer Aktuellen Viertelstunde nahm der Ausschuß für Schule und Weiterbildung unter Vorsitz von Hans Frey (SPD) seine Beratungen nach der parlamentarischen Sommerpause wieder auf. Auf Antrag der F.D.P. berichtete der Kultusminister zum Thema „Konsequenzen aus der Fehleinschätzung des Lehrerberarfs an Grundschulen“. Hintergrund der Anfrage waren Pressemitteilungen über die Nichtbesetzung von Lehrerstellen an der Grundschule.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) bestätigte, daß zum Schuljahresbeginn 1993/94 trotz eines Bewerberüberhangs 121 Stellen nicht besetzt werden konnten. Die freien Stellen könnten zum 1. Februar 1994 mit qualifiziertem Nachwuchs besetzt werden. Da es sich nur um eine kurze Zeitspanne handle, habe man von Sondermaßnahmen zur Besetzung abgesehen.

Andreas Reichel (F.D.P.) wies auf das Verhältnis zwischen Lehrerberarf und Lehrerangebot hin und fragte, wie die Landesregierung eine dauerhafte Transparenz der Einstellungschancen für den Personenkreis schaffen will, der sich für die Lehrerausbildung entscheide.

Der Lehrerberarf werde aufgrund aktueller Bedingungen errechnet, erläuterte Schwier. Eine längerfristige Voraussage sei wegen der weiteren zukünftig entstehenden Veränderungen allerdings unsicher.

Zur Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung bezog sich der Kultusminister auf die Berichtsvorlage 11/2341 und stellte deren Kernpunkte heraus. Bemerkenswert sei die zahlenmäßige Verdoppelung des gemeinsamen Unterrichts in der Grundschule aufgrund zusätzlicher 85 Stellen. Inzwischen würden ca. 1300 behinderte Kinder in ca. 210 Grundschulen im Rahmen des Schulversuchs integrativ unterrichtet.

Integration

Bezüglich der Schaffung rechtlicher Voraussetzungen für den gemeinsamen Unterricht verwies Schwier auf einen Vorentwurf für ein Änderungsgesetz zum Schulpflichtgesetz und zum Schulverwaltungsgesetz. Bei den „Kommunalen Förderzentren“ sei beabsichtigt, die damit angesprochene verstärkte Kooperation kommunaler Dienste mit den Schulen an einzelnen Standorten zu erproben. Zu konkreten Vorstellungen sei es bisher nur in Bielefeld gekommen.

Für eine generelle Regelung zum gemeinsamen Unterricht müßten noch Rechtsvorschriften geändert werden. Sie beziehen sich auf Fragen der Versetzung, der Zeugnisgebung und der Mitwirkung. Für das zentrale Entwicklungsmodell des gemeinsamen Unterrichts, dem Schulversuch in der Grundschule, stünden allein 154 der insgesamt 200 zusätzlichen Stellen zur Verfügung. 30 Stellen würden für den Schulversuch in den fünf Gesamtschulen und 16 Stellen für die integrative Beschulung der Blinden und hochgradig Sehbehinderten verwendet.

Brigitte Schumann (GRÜNE) kritisierte, der Kultusminister würde die Abgeordneten erst zeitlich nach den Verbänden mit Informationen versorgen. Das Konzept, das als Vorentwurf gehandelt werde, bleibe hinter den Erkenntnissen der Aussonderung und strukturellen Gewalt gegenüber Behinderten zurück. Beatrix Philipp (CDU) vermißte in der

Vorlage Hinweise auf die Lehrerausbildung. Mehrfachbehinderungen nähmen in starkem Maße zu. Der Kultusminister müsse deshalb die Lehrerausbildung mit einer entsprechenden Vorlaufzeit konkret regeln. Bärbel Wischermann (CDU) hielt der Landesregierung vor, das vorgelegte Konzept stelle keine Weiterentwicklung, sondern einen Rückschritt dar. Haushaltsmäßige Vorgaben entschieden darüber, ob Sonderpädagogik betrieben werden solle oder nicht.

Andreas Reichel (F.D.P.) bezeichnete den vorgestellten Entwurf als sehr abgewogen und zugleich als gute Diskussionsgrundlage. Herbert Heidtmann (SPD) pflichtete dieser Einschätzung bei. Es gelte nunmehr, Sonderschullehrer/innen und Grundschullehrer/innen für dieses Konzept zu gewinnen und es verstärkt in die Lehrerausbildung einzubinden.

Bereits in seiner Stellungnahme vor dem Plenum habe er deutlich gemacht, daß der Antrag der grünen Fraktion „Grünes Licht für eine Gesamtschule in Borgholzhausen und die Sicherung eines wohnortnahen und vollständigen Bildungsangebots der Sekundarstufe I in ländlichen Gemeinden“ nicht zu einer Lösung der Probleme im Altkreis Halle führe, berichtete Schwier zum nächsten Tagesordnungspunkt. Sowohl die für die Schulentwicklungsplanung erstellten Gutachten, aber auch das Anmeldeverfahren für eine Gesamtschule in Borgholzhausen hätten deutlich gemacht, daß ein Bedürfnis für die Errichtung einer Gesamtschule in der gesetzlichen Regelform mit einem Standort Borgholzhausen bestehe. Deutlich sei aber auch geworden, daß die Stadt aufgrund der Anmeldezahlen gesetzlich nicht verpflichtet sei, eine Gesamtschule zu errichten.

Brigitte Schumann (GRÜNE) hielt dem Kultusminister inflexible Anwendung des geltenden Schulrechts vor. Über Jahre werde sich deshalb keine Lösung für das Gesamtschulbedürfnis in dieser Region finden. Beatrix Philipp (CDU) warnte, der Antrag käme einer Aufforderung zum Rechtsbruch nahe, wenn eine Lösung unterhalb der Legalitätsgrenze gefordert würde. Dr. Manfred Dammeyer (SPD) stellte fest, es handle sich um kommunalpolitische Entscheidungen, die nicht im Ausschuß für Schule und Weiterbildung des Landtags zu treffen seien. Das Bedürfnis zur Errichtung einer Gesamtschule liege vor. Kommune, Kreis und Regierungspräsident seien aufgerufen, das Problem gemeinsam zu lösen. Andreas Reichel (F.D.P.) merkte an, der vorliegende Antrag zeige einmal mehr, daß die Schulstrukturdebatte überfällig sei.

Die Beratung des F.D.P.-Antrags „Sofortige Konsequenzen im Fall Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest“ (Drs. 11/5513) führte zu einer heftigen Debatte und zu dem Mehrheitsbeschluß, in dieser Sitzung nicht über den Antrag abzustimmen. Kultusminister Schwier hielt es für in der Sa-

che angemessen, zu der im Antrag vorgenommenen Darstellung und Bewertung des Prüfungsverfahrens sowie zu den geforderten Konsequenzen im einzelnen erst dann Stellung zu nehmen, wenn dem Ausschuß der angekündigte ergänzende Schriftwechsel zwischen Landesrechnungshof (LRH), Landesinstitut und Kultusministerium (KM) vorliege.

Andreas Reichel (F.D.P.) machte deutlich, der LRH habe in seinem Jahresbericht eine „Reihe von Verstößen gegen haushaltsrechtliche Vorschriften sowie organisatorische Mängel festgestellt“. Damit sei der Kern des Antrags bestätigt, sofortige Konsequenzen fällig. Er beantrage die Abstimmung. Brigitte Schumann (GRÜNE) erklärte, Mängelfeststellungen würden im Bericht bekräftigt und zum Teil ausgeweitet. Wegen des noch nicht abgeschlossenen Verfahrens könne die F.D.P. die im Antrag geforderten Konsequenzen noch nicht einfordern. Beatrix Philipp (CDU) forderte den KM unter Hinweis auf den vorliegenden Abschlußbericht auf, jetzt Konsequenzen aus den Fehlern, Versäumnissen zu ziehen und umgehend zu berichten.

Leitender Ministerialrat Riethmacher (LRH) bestätigte, der Bericht des KM zum Sachstand treffe zu. Der KM habe die Feststellungen des LRH in keinem Fall entkräften können. Derzeit dauere der Meinungsaustausch zwischen LRH und KM weiter an. Darüber hinaus sei das Fehlen von über 100 Geräten im Institut noch ungeklärt.

„Büttenrede“

Scharf kritisiert wurde die Äußerung von Staatssekretär Dr. Friedrich Besch, der den Vortrag als „Büttenrede“ bezeichnete. Der Kultusminister sicherte zu, die LRH-Vorhaltungen würden sehr sorgfältig geprüft. Karl-Heinz Brülle (SPD) erklärte, der Hauptvorwurf des überzogenen Stellenrahmens sei in sich zusammengebrochen. Zunächst müsse der Haushaltskontrollausschuß beraten; erst dann sei das Prüfungsverfahren abgeschlossen. Dr. Manfred Dammeyer (SPD) meinte, es hätten zu keiner Zeit Zweifel daran bestanden, daß sich das Landesinstitut an die geltenden Bestimmungen zu halten habe. Der F.D.P.-Antrag aber wimmele von „Vorverurteilungen, Unterstellungen und Nicht-ganz-Richtigkeiten“. Viele Beanstandungen seien bereits Gegenstand des Schriftverkehrs zwischen LRH und KM und zum Teil abgestellt. Gerade deshalb könne dem Antrag nicht zugestimmt werden.

★

Anpassung des Systems

Informations- und kommunikationstechnologische Medien würden immer benutzerfreundlicher. Die Notwendigkeit einer aufwendigen technischen Betreuung von Hard- und Softwaresystemen trete in den allgemein- und berufsbildenden Schulen in den Hintergrund. Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer sei die Anpassung des Systems an die didaktischen und methodischen Erfordernisse des jeweiligen Unterrichts. Die technische Betreuung des Systems sei keine Aufgabe des Lehrkörpers. Sie könne in der Regel im Rahmen eines Wartungsvertrages zwischen Anbieter und Schulträger geregelt werden. Das teilt das Kultusministerium in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Paul Mohr mit (Drs. 11/4932).

Geändertes Dienstrecht soll Einstieg in Polizeiberuf attraktiver machen

Beamte sollen über Pensionsalter hinaus künftig ihre Arbeit fortsetzen können

In der letzten Sitzung vor der Sommerpause ist unter dem Vorsitz von Egbert Reinhard (SPD) im Ausschuß für Innere Verwaltung das Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften (Entwurf der Landesregierung Drs. 11/5042) verabschiedet worden. Daraufhin konnte das Gesetz in zweiter Lesung am 23. Juni vom Landtag mit der Mehrheit von SPD und F.D.P. angenommen werden; CDU und GRÜNE enthielten sich aus unterschiedlichen Gründen. Während die CDU ihre Haltung mit der Ablehnung ihrer Vorstellungen über eine Regelung möglicher weiterer Beschäftigung über das Pensionsalter hinaus begründete, verwies die Fraktion GRÜNE auf ihre unterschiedliche Auffassung zum Beihilfeanspruch.

In der Ausschußsitzung am 17. Juni beantragte die SPD-Fraktion neben einigen redaktionellen Änderungen, im Landesbeamtenengesetz die rechtlichen Voraussetzungen für eine unmittelbare Einstellung von Bewerbern in den gehobenen und den höheren Polizeivollzugsdienst zu schaffen. Damit will sie die Attraktivität des Polizeidienstes für Bewerber mit Abitur und Fachhochschulreife erhalten und mit dem DirektEinstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst bei Schutz- und Kriminalpolizei alle laufbahnrechtlichen Optionen eröffnen. Gleichzeitig verzichtet sie auf die bisher geregelte unmittelbare Einstellung von Bewerbern in den mittleren Dienst der Kriminalpolizei, da hiervon seit langem nicht mehr Gebrauch gemacht wird.

Ferner sieht der Gesetzentwurf vor, den Eintritt eines Beamten in den Ruhestand für eine bestimmte Dauer hinauszuschieben, wenn dringende dienstliche Gründe im Einzelfall die Fortführung der Dienstgeschäfte erfordern. Die Fraktion der CDU beantragte,

dies von einem Antrag des Beamten abhängig zu machen. Dieser Antrag wurde jedoch von den Fraktionen der SPD und GRÜNE abgelehnt. Auch Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) war dafür eingetreten, das im Gesetzentwurf der Landesregierung vorgesehene Initiativrecht des Dienstherrn zu bestätigen.

Während der Ausschuß in gleicher Sitzung eine ganze Reihe von Anträgen der Fraktionen im Zusammenhang mit der Asylpolitik unter Hinweis auf den Asylkompromiß und die im Juli 1993 in Kraft tretenden Regelungen für erledigt erklärten, befaßte er sich auf Antrag der Fraktion der CDU mit Problemen im Zusammenhang mit der Abschiebung von Personen aus den Zentralen Aufnahmestellen für Asylbewerber. Die antragstellende Fraktion wollte unter anderem wissen, wie die Landesregierung den Abschiebevollzug zu regeln gedenkt, ob Anschlußunterkünfte vorgesehen sind für diejenigen Asylbewerber, die bereits drei Monate in einer Sammelunterkunft verbracht haben, und ob eine Regelung für per Flugzeug eingereiste Asylbewerber — insbesondere für den Flughafen Düsseldorf — vorgesehen ist. Das Innenministerium erteilte die Auskunft, eine besondere Kategorie von Anschlußunterkünften sei nicht vorgesehen, die in Nordrhein-Westfalen vorgehaltenen Kapazitäten müßten für nicht auf die Kommunen zu verteilende Asylbewerber ausreichen. Im übrigen bereite der Ministerpräsident eine Organisationsänderung vor, wonach der Innenminister — anstelle des Sozialministers — für vorübergehend sich hier aufhaltende Asylbewerber zuständig sein soll. Insofern bestreite der Bundesminister des Inneren die eigentlich bei ihm liegende Zuständigkeit. Zu den dem Ausschuß vorliegenden verschiedenen Gesetzen zur Änderung des

Landespersonalvertretungsgesetzes soll Ende September eine öffentliche Anhörung stattfinden. Hierzu sollen nach dem Willen des Ausschusses neben den Spitzengewerkschaften die Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände, der Bund der Steuerzahler, der Deutsche Richterbund, der Verband der Hauptverwaltungsbeamten Nordrhein-Westfalens sowie einige Wissenschaftler eingeladen werden.

Da der Nachtragshaushalt 1993 nicht die von der SPD-Fraktion erhoffte Nachschlüsselung im Bereich des mittleren Dienstes der Polizei enthält, kündigte diese einen Änderungsantrag an, der zunächst eine Schlüsselung im Bereich von A7/A8 vorsieht, die ausreicht, die bisherige Wartezeit für eine Beförderung auf sechs Jahre zu verkürzen.

Schrittweise Verbesserung

In den Spitzenämtern des mittleren Dienstes der Schutzpolizei soll die Nachschlüsselung im Haushalt 1994 erfolgen. Während Heinz Paus (CDU) die Nachschlüsselung in allen Bereichen in einem Zuge verlangte und insofern einen Antrag seiner Fraktion zur 2. Lesung des Nachtragshaushalts ankündigte, erinnerte Stefan Frechen (SPD) an die Entschließung seiner Fraktion, womit die vorgesehenen Verbesserungen in mehreren Schritten erreicht werden sollen. Auch die Sprecherin der F.D.P.-Fraktion und der Vertreter der Fraktion GRÜNE mahnten an die finanziellen Folgen zu großer Schritte. Unter Hinweis auf die vorgesehenen strukturellen und besoldungsmäßigen Verbesserungen im Bereich der Polizei wurde dann auch mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion GRÜNE bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. der Antrag der CDU-Fraktion auf Erstellung einer ausgewogenen Gesamtkonzeption zur Verwirklichung einer leistungsgerechten Besoldung der Polizei in Nordrhein-Westfalen abgelehnt.



Eine Delegation des steiermärkischen Landtages (Bild links) unter der Leitung von Landtagspräsident Franz Wegart (4.v.r.) hat den nordrhein-westfälischen Landtag besucht und ist von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (4.v.l.) empfangen worden. Die Delegation aus dem österreichischen Bundesland Steiermark erwiderte damit einen Besuch des Präsidiums des Düsseldorfer Parlaments im Jahr 1987 in Graz. — Eine fünfköpfige Parlamentsdelegation aus Kap Verde ist vom Vorsitzenden des haushalts- und Finanzausschusses im Landtag, Leo Dautzenberg (im Bild rechts, 2.v.r.), empfangen worden. Die Delegation mit der Politikerin Deolinda Monteiro sowie den Politikern Aristides Lima, Bemvindo Oliveira, Gualberto do Rosario und Felisberto Vieira hielt sich auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Bundesrepublik auf. An dem Gespräch im Landtag nahmen auch die Abgeordneten Robert Schumacher (SPD, r.) und Reinhold Trinius (SPD, 5.v.r.) teil.

Fotos: Schüller

Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform faßte Gutachterergebnisse zusammen

Optimierung der Verwaltung heißt, mit weniger Personal das gleiche Ziel erreichen

„Optimierung der Verwaltung heißt, mit weniger Personal das gleiche erreichen – oder mit demselben Personal mehr leisten.“ Mit diesem Satz schloß der Vertreter des Arbeitsstabes „Aufgabenkritik“, Ministerialdirigent Kalenberg (Finanzministerium) seine Zusammenfassung der Gutachterergebnisse zur Untersuchung verschiedener Bereiche der Landesverwaltung nach vom Ausschuß vorgegebenen Kriterien. Dieser Satz ist zugleich Leitlinie der Beratungen des Ausschusses, der unter Vorsitz von Ulrich Schmidt (SPD) noch einmal Dr. Koetz von der Firma Kienbaum GmbH zu seiner Einschätzung der Erfordernisse und Grenzen der Reorganisation der grünen Umweltverwaltung anhörte.

Koetz begrenzte seine Darlegung in Anlehnung an den Teilbereich seiner Organisationsuntersuchung auf die Struktur der Verwaltung für Agrarordnung und der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung (LÖLF). Als Zielsetzungen nannte er

- die Kapazitätsanpassung im Bereich der Agrarordnung
- die Schärfung des umweltpolitischen Instrumentariums bei gleichzeitiger Entlastung von Verwaltungsaufgaben sowie
- die Trennung der Gemengelage zwischen Schützern und Nutzern.

Fachbündelung sinnvoll

Soweit eine Landesamtsfunktion für Aufgaben der Flurbereinigung erhalten bleiben müsse, plädiere er für die Integration der Aufgaben in den Bereich der Regierungspräsidenten (Dezernat 51), wobei eine Spruchstelle bei einem der Regierungspräsidenten angesiedelt werden sollte. Diese Maßnahme führe zur Personalreduktion. Die

Ämter für Agrarordnung seien derzeit personell überbesetzt. Ein Drittel des Personals würde zwar genügen, dann fielen die Ämter allerdings sehr klein aus. Daher habe er eine Reduktion auf sechs Ämter vorgeschlagen. Demgegenüber sei eine Reduktion auf acht Ämter, wie sie von der Landesregierung jetzt vorgeschlagen würde, noch akzeptabel und mit dem Gutachten verträglich. Eine Ansiedlung der Aufgaben des Landesamtes bei den Regierungspräsidenten genüge der Logik und der Funktionalreform. Ferner plädiere er für eine sehr schlanke LÖLF, der Rest wäre in den Bereich des technischen Umweltschutzes zu übernehmen. Die Aufgaben im Forstbereich könnten vom Landesamt für Forsten, die der landwirtschaftlichen Versuche von den Landwirtschaftskammern wahrgenommen werden. Daneben sollten Einzelfallaufgaben im Bereich des grünen Umweltschutzes nicht bei der LÖLF, sondern bei den Ämtern für Agrarordnung in einem eigenen Dezernat erledigt werden, welches als unterstützende Institution für die Regierungspräsidenten, Kreise und kreisfreien Städte fungieren sollte. Zu der Organisation der Bereiche Forsten, Jagd

und Fischerei enthalte sein Gutachten keine Aussage.

Die Aufgaben der Ämter für Agrarordnung sollten vor allem wegen des Bezugs zu den Dezernaten 33, 35, 51 und 61 von den Regierungspräsidenten wahrgenommen werden, dort wäre eine Fachbündelung mit entsprechenden Kompetenzen sinnvoll. Er erwähnte die Effizienz des Ressourceneinsatzes bei gleichzeitiger Leitfunktion des Dezernats 51 und die Möglichkeit, daneben Personal freizusetzen. Abschließend distanzierte er sich von der von Professor Dr. Ellwein vorgeschlagenen Lösung, die Aufgaben der Agrarordnung und des Umweltschutzes auf die Kreise und kreisfreien Städte zu verlagern. Gegen dieses Modell spricht nach seiner Auffassung, daß

- es sich dabei weitgehend um kreisübergreifende Themen handelt und durch
- ein Vorhalten der nötigen Expertise und Verwaltungskraft unterausgelastete Strukturen, also kostenverursachende, zu große, oder zu kleine Verwaltungseinheiten entstünden.

Anhörung zum Binnenmarkt

Am Mittwoch, 29. September 1993, findet ab 10 Uhr im Plenarsaal des Landtags auf Einladung der Präsidentin des Landtags eine Anhörung des Unterausschusses des Hauptausschusses „Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit“ zum Thema „Binnenmarkt“ statt. Dabei geht es den Europapolitikern des Landtags darum, von Experten zu erfahren, welche Konsequenzen der Europäische Binnenmarkt bereits auf NRW gehabt hat und mit welchen weiteren Effekten zu rechnen ist. Von besonderem Interesse sind auch die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Grenzregionen in NRW. Da die Anhörung öffentlich ist, wird die Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern der Medien als auch von Bürgerinnen und Bürgern begrüßt.

Auf Befragen von Johannes Pflug (SPD) räumte er ein, daß die richtige Dimensionierung schwierig sei, wenn man die Größe der Organisationseinheiten zuschneiden und dabei jeweils die notwendige Expertise vorhalten wolle. Es müsse bei den Kreisen und kreisfreien Städten in diesen Bereichen dann auch mit Aufgabenrückgang gerechnet werden, dann beginne die Aufgabensuche und damit ein tendenzieller Aufgabenzuwachs. Deshalb präferiere er die Bündelung der Möglichkeiten des Belastungsausgleichs. Außerdem ließen sich kreisübergreifende Aufgaben (z. B. der Bau von Autobahnen oder IC-Strecken) besser innerhalb einer Behörde abwickeln. Auf die weitere Frage von Heinz Paus (CDU) nach dem Einsparpotential bei Wegfall des Landesamtes für Agrarordnung verwies Koetz auf die dann überflüssig werdenden Stellen der Inneren Verwaltung und die Synergieeffekte mit den genannten Dezernaten. Nach seiner Einschätzung könnten 119 Stellen wegfallen. Der weitere Effekt wäre, daß die notwendigen Abstimmungsverfahren mit weniger großem Aufwand erledigt werden könnten.

(wird fortgesetzt)



Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaftsentwicklung des Parlaments von Simbabwe, Tiri Mudariki (M.), hat auf Vermittlung des developmentpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion, Reinhold Hemker (r.) den Landtag besucht und an einer Arbeitsbesprechung teilgenommen. Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt (l.) begrüßte den Parlamentskollegen aus Simbabwe. Über developmentpolitische Aktionsgruppen aus Nordrhein-Westfalen werden zahlreiche Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in Simbabwe gefördert.

Foto: Schüler



Austauschschüler aus Kiew, der Hauptstadt der Ukraine, die im rheinischen Monheim in Familien untergebracht waren, haben einen Abstecher zum Landtag in Düsseldorf gemacht (Bild links). Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (4. v.l.) begrüßte die jungen Gäste aus Osteuropa. — Der Förderverein der Fachschule für Drucktechnik der Albrecht-Dürer-Schule in Düsseldorf hat ein Bild mit Ansicht des Landtagsgebäudes aus der Vogelperspektive im Landesparlament an Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (rechtes Bild, Mitte) übergeben. Das Bild war aus Anlaß des Projektes „Imprinta 92“ der Abteilung Drucktechnik der Albrecht-Dürer-Schule entstanden. Konkret hergestellt wurde das Bildwerk von einer Schülerin der Schule in der Landeshauptstadt und einer Klasse der Fachschule für Drucktechnik in Dortmund als Gemeinschaftsaufgabe in Siebdrucktechnik. An der Übergabe nahm auch Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (3. v.l.) teil. Fotos: Schüler

Einheitlicher Plan zur Entwicklung des Landes ist in Vorbereitung

Gegen den Stillstand in der nordrhein-westfälischen Landesplanung hat sich die CDU in einem Antrag (Drs. 11/5630) ausgesprochen, den der Landtag am 23. Juni erörterte und danach an den Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung überwies. Die CDU in ihrem Antrag: Die Landesregierung konzentriere sich auf den Freiraumschutz und riskiere, für das Land Zukunftschancen zu verpassen.

Werner Stump (CDU) mahnte den immer wieder versprochenen einheitlichen Landesplan an; sonst laufe man Gefahr, daß der Freiraumplanung zu viel Gewicht gegenüber anderen Zielen in der raumbedeutsamen Planung eingeräumt werde. Nicht zuletzt der zentralen Lage des Landes schulde man die „einheitliche Schau“, damit NRW „ein Wirtschaftsstandort mit hoher Qualität und mit Zukunftschancen“ sei. Gerade die Landesplanung sei immer ein Thema gewesen, „das über die Parteigrenzen hinweg zu einem großen Konsens beigetragen hat“, schloß der Sprecher.

Klaus Strehl (SPD) stufte den Antrag als überflüssig und unverständlich ein, weil sich alle Fraktionen seit zwei Jahren darin einig seien, daß anstelle der bisherigen sechs Landesentwicklungspläne in Zukunft ein einheitlicher Landesentwicklungsplan erarbeitet werden müsse. Der solle von unnötigem Ballast befreit, von unnötiger Bürokratie freigehalten und auf die beiden Schwerpunkte räumliche Struktur des Landes und auf „wenige, aber entwicklungsorientierte qualitative Zielbereiche zur Erfüllung von Zukunftsaufgaben“ ausgerichtet werden. Mit der Vorlage des Gesamtplans rechne man im September. Er sei sicher, daß die Landesregierung dieser Zeitvorgabe entsprechen werde, betonte der Redner.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) äußerte Zustimmung zum CDU-Antrag: Er mache Sinn, weil die Landesregierung die parteiübergreifende Gemeinsamkeit unterlaufen habe, indem sie die Novellierung des Landesentwicklungsplans III in Angriff genommen habe: So würden durch die Nichtabstimmung mit anderen Entwicklungsplänen Fakten geschaffen und die ganzheitliche Betrachtung außer acht gelassen, die allein zu einem ausgewogenen Ergebnis führe. Tschoeltsch kritisierte die zersplitterte Zuständigkeit für Fragen der Raumordnung in NRW: In anderen Ländern sei die Kompetenz dazu beim Ministerpräsidenten oder der Staatskanzlei angesiedelt. Nur so seien die unterschiedlichen Interessen zu bündeln und in ein bestimmtes Konzept zu bringen.

Gerd Mai (GRÜNE) lehnte den „Larifari-Antrag“ ab: Die Einbringung des Entwurfs des Raumordnungsministers stehe bevor, und der Antrag weise keine Zielperspektiven und keine anderen Instrumente

auf. Zudem sei Widersprüchliches zu kritisieren: Einerseits verlange die CDU eine verbindliche Abwägung der Ziele durch den einheitlichen Plan, andererseits wolle sie eine dynamische Entwicklung sicherstellen. Jetzt solle man sich dem konkreten Entwurf zuwenden und darüber inhaltlich diskutieren, fand Mai.

Raumordnungsminister Klaus Matthiesen (SPD) machte auf die Schwierigkeiten bei der Erarbeitung des einheitlichen Plans aufmerksam: Zum einen werde man durch die Deutsche Einheit „auch raumplanerisch vor völlig neue Probleme gestellt, zum anderen gelte es die von der EG gesetzten Rahmenbedingungen umzusetzen. Darum sei der Septembertermin problematisch, fand der Minister: „Lassen wir uns lieber etwas mehr Zeit.“ Wenn man etwas präsentiere, „muß es in den neuen deutschen und in den neuen europäischen Dimensionen Hand und Fuß haben“, betonte er und unterstrich, man sei wirklich intensiv bei der Arbeit.

Sperrstunde

Eine völlige Abschaffung der Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften in Anpassung an ein gewandeltes Konsum- und Freizeitverhalten der Bürger verlangt die F.D.P. in ihrem Antrag (Drs. 11/5636), der vom Landtag Ende Juni an den Wirtschaftsausschuß überwiesen wurde. **Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) bezeichnete die Sperrzeit als „Relikt des Obrigkeitsstaates“; das Leben in den Städten setze erst in den Abendstunden ein. **Hans Vorpeil** (SPD) wandte sich mit Blick auf die Interessen der Bürger in den betroffenen Wohngebieten gegen eine völlige Freigabe. **Franz Skorzak** (CDU) wollte ebenfalls das Schutzrecht von Nachbarn auf Nachtruhe gewahrt wissen. **Dr. Michael Vesper** (GRÜNE) wies auf die programmatische Lücke hin, die seine Fraktion in dieser Frage aufzuweisen habe. **Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) kündigte eine Umfrage darüber an, wie weit die Kommunen von den inzwischen geschaffenen Liberalisierungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht hätten.

Abwasserbeseitigung

Im Hinblick auf die hohen Kosten für die Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum hat die CDU einen Antrag eingebracht (Drs. 11/5543), in dem sie die Zulassung von Kleinkläranlagen auf dem Land fordert, wo der Anschluß an eine Sammelkläranlage zu unverhältnismäßig hohem Aufwand führen würde. **Eckhard Uhlenberg** (CDU) verlangte von der Landesregierung, daß endlich auch unkonventionelle Lösungen umgesetzt werden dürften. **Johannes Gorlas** (SPD) monierte, der Antrag ignoriere geltendes Wasserrecht und mache Vorschläge, die schon umgesetzt würden. Es müsse bei der Verantwortung der Gemeinden für die Abwasserbeseitigung bleiben. **Friedel Meyer** (F.D.P.) stimmte dem Antrag zu und warnte davor, daß die Gebühnenbelastung weiter angehoben wird. **Dr. Katrin Grüber** (GRÜNE) wünschte für die Kleinkläranlagen eine wirkliche Chance. **Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) meinte, mit ihrem Antrag laufe die CDU bei der Landesregierung „offene Türen“ ein.



Der albanische Parlamentspräsident Pjeter Arbnori (l.), der sich auf Einladung von Bundestagspräsidentin Professor Dr. Rita Süßmuth in der Bundesrepublik aufhielt, hat auch den nordrhein-westfälischen Landtag besucht und ist von Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (M.) empfangen worden. An dem politischen Gespräch nahm von Regierungsseite Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (r.) teil. Arbnori, 1935 geboren, hat wegen Gründung einer sozialdemokratischen Partei und der Veröffentlichung eines Romans unter den Kommunisten in seinem Land insgesamt 28 Jahre im Gefängnis gesessen. Im August 1989 wurde er freigelassen, im Januar 1990 beteiligte er sich an der ersten antikommunistischen Demonstration in Shkoder sowie an Demonstrationen in Tirana. Arbnori wurde dann Vorstandsmitglied der Demokratischen Partei und im Frühjahr 1992 zum Parlamentspräsidenten gewählt. Als Schriftsteller hat er inzwischen sieben Romane und rund 100 Kurzgeschichten verfaßt sowie in der Haft ein geheimes Tagebuch geführt.

Foto: Schüler

Weiterbildung soll Wirtschaft nicht mit neuen Kosten belasten Dennoch Sorge um Arbeitsplätze

Der Landtag hat die Gesetzentwürfe der Fraktion DIE GRÜNEN und der Landesregierung zur Änderung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes nach erster Lesung an die Ausschüsse überwiesen (Drs. 11/5597 und 5614). Die Grünen kritisierten in der Debatte „Verschlechterungen“ im Papier der Landesregierung, die nach ihrer Ansicht auf die Einflußnahme der Arbeitgeberseite zurückzuführen seien. Kultusminister Hans Schwier (SPD) verwies auf den „Vorteil“ des Entwurfs der Landesregierung, der gegenüber dem geltenden Gesetz – anders als der Entwurf der Grünen – für Wirtschaft und öffentliche Haushalte keine zusätzlichen Kosten verursache.

Brigitte Schumann (GRÜNE) bezeichnete das von der Landesregierung vorgelegte Ergebnis als beschämend. Sie scheue jeden Konflikt mit den Arbeitgebern und Arbeitgeberinnen. Die Verschlechterungen, die man jetzt im Regierungsentwurf vorfinde, seien der Einflußnahme der Arbeitgeberverbände zu verdanken. Die Arbeitgeber seien „aus unserer Sicht“ nicht wirklich am Konsens interessiert. Für die Grünen sei der Beirat ein Essential. „Aber allein der erweiterte Beirat interessiert uns.“ Man wolle die versammelte Fachkompetenz der Vertreter und Vertreterinnen der Weiterbildungsverbände paritätisch dort vorfinden. Außerdem solle der Beirat zusätzlich zu einem Informationsrecht auch ein Einspruchsrecht haben. Ferner vermisse man die gesetzliche Normierung der Freistellung und Lohnfortzahlung durch die Arbeitgeber

ausdrücklich auch im Falle einer gerichtlichen Auseinandersetzung. Ganz gewichtig sei die Integrationsformel. Inhalte aus allen Bereichen der Weiterbildung sollten einbezogen werden können. Man verfolge auch das Ziel, den Kreis der Anspruchsberechtigten auszuweiten. Warum die Auszubildenden draußen bleiben müßten, „ist uns wirklich schleierhaft“, schloß Frau Schumann.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) erklärte, der Landtag habe am 24. Oktober 1984 das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz beschlossen. Die löbliche Intention des Gesetzes, ein einfach zu handhabendes Freistellungsverfahren zu schaffen und dies dann in die Hände der Beteiligten zu geben, also in die Verantwortung der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Bildungseinrichtungen, habe leider nicht zur erwarteten konflikt-

freien Handhabung geführt. Auch nachdem das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsmäßigkeit des NRW-Gesetzes festgestellt habe und auch nach der sogenannten „Farthmann-Vereinbarung“ seien die Konflikte im betrieblichen Freistellungsverfahren nicht geringer geworden. Der DGB habe die Vereinbarung Ende 1991 gekündigt. Danach habe die Landesregierung abgeklärt, ob es nach der Kündigung der Vereinbarung andere Möglichkeiten gebe, eine einheitliche und recht sichere Handhabung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes zu gewährleisten. Eine solche Möglichkeit habe sich leider nicht ergeben. „Die Landesregierung hat sich deshalb entschlossen, die konfliktfreie Inanspruchnahme des Rechtes auf Arbeitnehmerweiterbildung durch den jetzt vorgelegten Novellierungsentwurf zu sichern. Der Gesetzentwurf lasse den bisher bestehenden Freistellungsantrag unverändert. Insofern entstünden gegenüber dem geltenden Gesetz für Wirtschaft und öffentliche Haushalte keine zusätzlichen Kosten.“

Manfred Degen (SPD) betonte, Anlaß zur Novellierung des 1984 beschlossenen Gesetzes sei die Vielzahl von juristischen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Anwendung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes. Es sei immer wieder zu Urteilen der verschiedenen Instanzen gekommen, die nicht nur im Urteilsspruch, sondern auch in ihren Begründungen oft Verwunderung hervorrufen hätten. Ziel der Novellierung müsse es in erster Linie sein, mehr Rechtssicherheit zu erreichen und damit die Akzeptanz sowohl bei den Arbeitgebern und vor allem bei den Nutzern der Weiterbildungsangebote, den Arbeitnehmern, wieder zu erhöhen.

Zu Lasten Dritter

Herbert Reul (CDU) erinnerte daran, die CDU habe bereits damals darauf hingewiesen, daß das Gesetz eine Menge Mängel habe, daß es ein Gesetz zu Lasten Dritter sei. Heute stelle sich allerdings die simple Frage, was die Landesregierung mit ihrem Vorschlag eigentlich verbessern wolle, was sich wirklich verändere. „Sie tragen das wie eine Monstranz vor sich her und sagen: Wir wollen, daß die Arbeitnehmer mehr Sicherheit bekommen.“ Das sei ein starkes und wichtiges Argument, „das wir auch ernst nehmen“. Aber es könne doch nicht sein, daß das Kultusministerium abschließend entscheiden könne, sondern es bleibe den Arbeitgebern nach wie vor unbenommen, die Entscheidung von den Gerichten überprüfen zu lassen. Wenn das so sei, frage er, Reul, was dieser Weg, über das Kultusministerium eine Entscheidung zu suchen, solle, warum man nicht den Weg einer gemeinsamen Abstimmung, einer Konsenssuche der beteiligten Gruppen, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Lande, gehe.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) vertrat die Auffassung, die grundsätzliche Zielrichtung des Gesetzentwurfs der Landesregierung, und das gelte natürlich um so mehr für den noch wirklichkeitsfremderen Entwurf der Fraktion DIE GRÜNEN, sei tatsächlich wirtschafts- und vor allem mittelstandsfeindlich. „Wenn ich ‚wirtschafts- und mittelstandsfeindlich‘ sage, dann meine ich automatisch arbeits-

Fortsetzung Seite 23

Der CDU-Abgeordnete Georg Gregull ist mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet worden. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (l.) überreichte den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden in einer Feierstunde im Landtag, an der auch Frau Gregull (r.) teilnahm. In ihrer Laudatio sagte die Präsidentin, nachdem Georg Gregull bereits 1983 mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden sei, werde jetzt sein jahrzehntelanger Einsatz für die Menschen im Land in besonderer Weise gewürdigt. Er habe es sich nämlich zur Aufgabe gemacht, sich insbesondere um die Schwächeren in der Gesellschaft zu kümmern. Als Geschäftsführer des Caritas-Verbandes in Remscheid werde er fast täglich mit den Problemen der sozial Schwachen, Behinderten, Älteren und kinderreichen Familien konfrontiert. Frau Friebe betonte ferner, Gregull sei 1962 Mitglied der CDU geworden. Bis heute gehöre er dem Rat der Stadt Remscheid als Fraktionsvorsitzender an. Seit 1985 sei er Mitglied des Landtags. Er gehöre seitdem dem Arbeits- und Sozialausschuß sowie dem Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie an.

Foto: Schüler



Ausländerkriminalität

Nicht die Statistik, die Interpretation ist das Problem

Einstimmig ist der Antrag der GRÜNEN „Merkmal ‚Ausländer‘ aus der Kriminalstatistik entfernen“ (Drs. 11/5628) an den Innen- sowie den Rechtsausschuß überwiesen worden.

Roland Appel (GRÜNE) sagte, folge man der polizeilichen Kriminal- und Verurteilungsstatistik, so könne der falsche Eindruck entstehen, als begingen Ausländer häufiger Straftaten als Deutsche und stellten eine besondere Bedrohung für die Bevölkerung dar. Dies nutzten politisch daran interessierte Kreise regelmäßig, um damit fremdenfeindliche Ressentiments zu schüren oder auch, um ungewollt diejenigen, die das „in unserer Gesellschaft tun“, die ideologische Munition und die Begründung zu liefern.

Edgar Moron (SPD) meinte, die Fraktion GRÜNE habe einen Antrag eingebracht, in dem sie sage: Weil eine falsche Interpretation einer bestimmten Aussage bei uns um sich greife, sollte man die Statistik dahingehend ändern, nichtdeutsche Tatverdächtige aus der Statistik komplett zu entfernen. Das sei genauso falsch wie das Vorurteil, aus dem heraus sich der Antrag hier abgeleitet

Fortsetzung Seite 27

Weiterbildung...

Fortsetzung von Seite 22

platzfeindlich“, sagte der Abgeordnete. In einer Situation, in der die Rezession bereits die Ertragslage der deutschen Wirtschaft massiv beeinträchtigt und die Wettbewerbsfähigkeit — und das heiße der Bestand und die Sicherheit der Arbeitsplätze — sehr gefährdet sei, wolle die Landesregierung den Weg gehen, das schon zu hohe Lohnkostenniveau durch erweiterte Freistellungsmöglichkeiten noch weiter zu heben.

Ausländerbeauftragter: Regierung will Gesamtkonzept vorlegen

Der Landtag hat einen Antrag der F.D.P.-Fraktion zur Einsetzung eines Ausländerbeauftragten an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen (Drs. 11/5632).

Heinz Lanfermann (F.D.P.) erklärte, zur Einsetzung eines Ausländerbeauftragten, der Wunsch der F.D.P. sei gewesen, daß der Landtag ein öffentliches Zeichen setzen würde. „Denn wir brauchen auch Zeichen in dieser Zeit.“ Seit 19 Monaten beschäftige sich das Parlament mit der Frage, ob es in einer solch einfachen klaren Frage der Regierung den Auftrag geben solle oder nicht. Er wisse, daß die Mehrheit schon längst „unserer Auffassung“ sei, aber daß sie wegen interner Probleme nicht wage, ihrem Ministerpräsidenten zu sagen, was er denn nun tun solle.

Funktion schaffen

Dr. Wilhelm Vollmann (SPD) berichtete, Absicht der SPD sei es, mit den gewählten Vertretungen und den offiziellen Vertretern der Ausländer im Land selber die Frage zu prüfen, wo denn gegebenenfalls ein Ausländerbeauftragter im Rahmen der Exekutive tätig werden könnte. Die Konferenz der Ausländerbeiräte solle in der Tat eine richtige Institution sein, in der die offiziellen Vertreter der Ausländer, die auch ein Votum ihrer Landsleute hätten, nämlich gewählt seien, mit-sprächen. Diese Einrichtung werde zu einem wichtigen Faktor werden.

Wilhelm Riebinger (CDU) sagte mit Hinweis auf den Ministerpräsidenten, wenn man vom November 1991 bis heute brauche, um erst einmal eine Reife herzustellen, dann sei das mehr als erstaunlich. Es habe durchaus Ansätze gegeben, bei denen man habe glau-

ben können, die SPD würde etwas früher die Kurve kriegen und diesem sinnvollen Antrag der F.D.P. zustimmen. Es habe sogar einmal Initiativen der SPD gegeben. Der Abgeordnete äußerte die Hoffnung, die SPD werde alle Punkte des Für und Wider eines Ausländerbeauftragten so bedenken, daß man im Herbst zu einem gemeinsamen guten Ergebnis komme.

Daniel Kreutz (GRÜNE) erinnerte daran, daß die GRÜNEN-Fraktion in ihrem Gesetzentwurf einen Vorschlag dafür gemacht habe, wie das Amt eines Ausländerbeauftragten im einzelnen ausgestaltet sein sollte. Es sollte nicht um eine bloße Symbolhandlung gehen, vielmehr werde damit eine Funktion geschaffen, die mit weitgehenden Eingriffsrechten ausgestattet sei. Sie sei unabhängig von der Exekutive, von der Landesregierung, habe weitgehende Kontrollmöglichkeiten und könne gegenüber der Öffentlichkeit und dem Parlament aus einer unabhängigen Position heraus kritisch die Interessen und Belange der Einwanderinnen und Einwanderer in diesem Land artikulieren.

Sozialminister Franz Müntefering (SPD) machte deutlich: „Wir werden ein Gesamtkonzept auf den Tisch legen, wie das, was Ausländer von uns erwarten können, in Nordrhein-Westfalen zukünftig organisiert wird. Dazu haben wir getan, was der Landtag uns aufgegeben hat.“ Er erinnerte daran, das Parlament habe der Landesregierung Ende letzten Jahres aufgegeben, darüber zu diskutieren und 1993 zu einem Ergebnis zu kommen. Man werde im Herbst einen Bericht auf den Tisch legen, der dann auch mit den Vertretern der ausländischen Organisationen im Land besprochen worden sei. „Wir kommen zu einer guten Entscheidung“, folgerte der Minister.

Streit um die richtige Werteerziehung von Kindern und Jugendlichen

Eine Rückbesinnung auf Werteerziehung und Werteverantwortung in Familie, Schule, Jugendarbeit, Medien und Staat hat die CDU in ihrem Antrag (Drs. 11/5631) gefordert, über den der Landtag am 24. Juni debattierte. Vor dem Hintergrund rechtsextremistischer Aktionen von Jugendlichen sei es nötig, die für das Zusammenleben nötigen Werte wieder verstärkt zu vermitteln.

Beatrix Philipp (CDU) machte unter Rückgriff auf Tendenzen in der 68er-Generation deutlich, daß Erziehungsrecht auch Erziehungspflicht bedeute und daß es nicht ausreiche, Werte zu beschreiben, „sondern daß sie vorgelebt werden müssen“. Es sei nötig, aus den Fehlern der Vergangenheit, in der Werte abgelehnt und Wertefreiheit propagiert wurde, zu lernen und sich zurückzubewahren; darüber müsse man sich verständigen und vielen Eltern helfen, ihren Kindern die Beständigkeit, Kontinuität, Ordnung und Regelmäßigkeit zu vermitteln, die sie brauchen. Wertewandel dürfe nicht zum Werteverlust führen; der Konsens über die zukunftsbestimmenden Ideale und ihre Rangfolge sei herzustellen.

Herbert Heidtmann (SPD) sah wenig Chancen, „daß Bemühungen um gemeinsame

Grundpositionen und um gemeinsam zu ziehende Schlußfolgerungen erfolgreich sein können“. Der ständige Hinweis auf die 68er-Bewegung trage nicht zur Klärung der Probleme bei. Es sei verantwortungslos, wenn aus politischem Kalkül Emanzipation, Selbstverwirklichung, antiautoritäres Verhalten und gesellschaftskritische Einstellung in Mißkredit gebracht und die Richtlinien für Politik und Gesellschaftslehre diskreditiert würden. „Denn diese erzieherischen Werte gehören zu den Grundpfeilern einer freiheitlich-demokratischen Erziehung“, betonte Heidtmann.

Andreas Reichel (F.D.P.) konnte dem Begriff „Rückbesinnung“ nichts abgewinnen. Erziehung allein reiche nicht, wenn die Maßstäbe nicht vorgelebt würden, die der jungen Generation zu vermitteln seien. Reichel: „Als Liberaler möchte ich deshalb bewußt hier sagen: Werben wir für ein neues Verständnis von Freiheit, das eigentlich unser altes Verständnis“ ist und mehr als nur hemmungslose Verwirklichung sei. Gesellschaft müsse von Gemeinsinn geprägt sein; bei der Wertevermittlung helfe ein Blick in die Verfassung.

Beate Scheffler (GRÜNE) meinte angesichts der gesellschaftlichen Situation, in der heute Kinder groß werden, gehe es darum,

für die Zukunft Perspektiven zu entwickeln und nicht die „Rolle rückwärts im Bildungsbereich“ zu vollziehen. Die vielen Kinder arbeitsloser Eltern seien bei den Kürzungen im Sozialbereich nicht in der Lage zu begreifen, was Solidarität sei und Achtung der Menschenwürde bedeute. Die CDU sage nicht, wie allgemein gültige Werte zu formulieren und durchzusetzen seien.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) machte darauf aufmerksam, daß „Gewalt, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit kein jugendspezifisches Problem sind, sondern eine Entwicklung, die bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht“. Darum müsse man nach den wirklichen Ursachen suchen und dürfe den Sachverhalt nicht auf das Versagen der Erziehung und den Verfall von Werten verkürzen. Im übrigen müsse er darauf hinweisen, daß man das „ganz einheitliche und für alle in gleicher Weise verbindliche Wertekorsett nur in Diktaturen und diktaturähnlichen Einrichtungen“ hat. Die staatlich organisierte Erziehung dürfe nicht überschätzt werden; es sei viel wichtiger, in den Schulen zu lernen, „wie man anständig miteinander umgeht“.

Antonius Rösenberg (CDU) machte deutlich, gerade in einer Phase des Umbruchs müsse man sich auf Bewährtes besinnen. Es gelte, die Ursachen gesellschaftspolitischer Fehlentwicklungen zu erkennen und zu korrigieren.

Dr. Wilhelm Vollmann (SPD) hielt der CDU vor, sie bediene sich bedenkenlos bestimmter Floskeln und Begriffe, die in der Politik und in der Gesellschaft „hoffnungslos desavouiert“ seien. Dieser sprachliche Umgang trage zum Vollzug von Entwicklungen bei, die man sicher nicht wolle.

Brigitte Schumann (GRÜNE) sah den Antrag als Teil einer „politisch ausgeklügelten ideologischen Kampagne“ zwischen Bonn und Düsseldorf, die von der Politik der Union ablenken solle und darauf angelegt sei, Werte zu bekämpfen, mit deren Hilfe in der Nachkriegsgesellschaft demokratische Kultur entwickelt worden sei.



Bei aller Kontroverse bestand Einigkeit darüber, daß Werte nicht nur definiert, sondern vor allem den Heranwachsenden vorgelebt werden müssen (v.l.): Beatrix Philipp (CDU), Herbert Heidtmann (SPD), Andreas Reichel (F.D.P.), Beate Scheffler (GRÜNE) und Kultusminister Hans Schwier (SPD). Fotos: Schüler

Entwurf einer „Differenzierten Mittelschule“

Einstimmig hat der Landtag am 24. Juni nach erster Lesung den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion „Gesetz zur Einführung der Differenzierten Mittelschule“ (Drs. 11/5629 neu) an den Schulausschuß überwiesen. Mit ihrem Entwurf will die Fraktion ein wohnortnahes Schulangebot ermöglichen, das vor allem die Probleme im ländlichen Raum beiseitigen helfen soll.

Beatrix Philipp (CDU) betonte, der Entwurf mache die dringend notwendige Schulstrukturdebatte nicht überflüssig. Es gehe vielmehr darum, „einem begrenzten Kreis von kleinen Städten und Gemeinden eine pädagogisch vertretbare, wohnortnahe und differenzierte Alternative zu der im übrigen für viele Gemeinden mittlerweile kaum noch bezahlbare Gesamtschule zu ermöglichen“. Es werde keine neue Schulform vorgeschlagen, betonte sie.

Hans Frey (SPD) sah kein überzeugendes Konzept; faktisch wolle die CDU eine weitere Schulform neben den bestehenden einführen, wenn sie das auch bestreite. Diese Mittelschule solle nichts ersetzen, sondern dann zum Zuge kommen, wenn eine Hauptschule zu klein wird. Da müsse man die Frage nach der Zukunft eines solchen „Konstrukts“ stellen. Im übrigen sei die Schule nicht differenziert, wie ihre Benennung nahelege. Der CDU gehe es allein um die Aufrechterhaltung der Dreigliedrigkeit im Schulwesen und der Exklusivität des Gymnasiums.

Andreas Reichel (F.D.P.) meinte, man könne sich auf Dauer den Wettbewerb von vier in NRW nebeneinander stehenden Schulformen nicht mehr leisten. Darum führe an der Reform der Schulstruktur kein Weg vorbei, die aber in eine andere als jetzt von der CDU vorgeschlagene Richtung gehen müsse. Es sei „abenteuerlich“, diesen vier Schulen, die ohnehin schon eine Menge Geld kosteten, noch eine fünfte zur Seite zu stellen. Ein schlankeres Schulwesen müsse sich auf zwei Grundformen konzentrieren — Reichel erinnerte in diesem Zusammenhang an das F.D.P.-Modell.

Brigitte Schumann (GRÜNE) bezeichnete es als „Anachronismus“, an der zur „Restschule“ verkümmerten Hauptschule als einer von der Landesverfassung besonders geschützten Schulform festzuhalten. Sie sollte aus der Verfassung herausgenommen werden, „damit die zwanghafte Verpflichtung zu ihrer Fortführung um fast jeden Preis entfällt“. Da auch die SPD sich in der Frage der Gesamtschule nicht bewege, kündigte sie eine schulpolitische Initiative ihrer Fraktion an.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) wandte sich gegen den Eindruck, daß in erster Linie die Anzahl der Schulformen im Lande finanzielle Schwierigkeiten bringt: „Die Kosten eines Schulsystems hängen nicht von der Anzahl der Sorten ab, sondern von den Kosten des einzelnen Lehrers, von der Zahl der Stunden, die er gibt und von der Zahl der Stunden, die Schüler brauchen.“ Die Regierung sei zu neuen Wegen im ländlichen Raum bereit, ob aber auf dem von der CDU vorgeschlagenen Weg für die einzelne Gemeinde etwas zu erreichen sei, wage er zu bezweifeln.

Schwier: Auch Kirchen sehen das Problem „ausländerfreier“ Konfessionsschulen

Umwandlung nicht im Einklang mit Landesverfassung

Der Landtag hat den Antrag der Fraktion GRÜNE, alle öffentlichen Grundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen umzuwandeln und Konfessionsschulen nur in freier Trägerschaft zuzulassen, einstimmig an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung sowie an den Kommunal-ausschuß überwiesen (Drs. 11/5626). Bei den Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. fand der Antrag nur in Abstrichen ein zustimmendes Echo. Den Grünen wurde vor allem vorgehalten, das Elternrecht zu negieren, auf das sie sich sonst häufig beriefen.

Brigitte Schumann (GRÜNE) erklärte, das Nebeneinander von Gemeinschaftsgrundschulen und Konfessionsschulen, insbesondere auf engem Raum, habe zu mehr als problematischen Entwicklungen geführt. „Sie rufen die Politik auf, eine Lösung zu finden.“ Die Konfessionsschule schließe insbesondere Kinder aus, die nicht dem christlichen Kulturkreis angehörten. Frau Schumann nannte islamische Kinder von türkischen Eltern. Jede Abweisung eines türkischen Schülers oder einer türkischen Schülerin sei heute ein fatales oder gefährliches Signal an Menschen mit rassistischer Gesinnung.

Manfred Degen (SPD) nannte es erschwerend, daß viele Eltern ihr Kind auf eine Bekenntnisschule schickten, weil diese „frei von der Integrationsaufgabe ist“. Die Tatsache, daß in manchen katholischen Bekenntnisschulen bis zu 40 Prozent evangelische Schülerinnen und Schüler säßen, zeige, daß nicht der Wunsch der Eltern nach einer konfessionellen Erziehung für die Schulwahl ausschlaggebend gewesen sein könne.

Diese Entwicklung, die die Grundschulen genommen hätten, könne nicht im Interesse des Landes, sie könne aber auch nicht im Interesse der Kirchen sein. Daß der derzeitige Zustand an den meisten Grundschulen geändert werden müsse, sei zumindest in der SPD-Fraktion unstrittig.

Das Elternrecht

Dr. Hans Horn (CDU) sagte, der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, allen öffentlichen Grundschulen den Charakter von Gemeinschaftsgrundschulen zu verleihen, greife tief in die Landesverfassung ein. Artikel 12 Absatz 3 der Landesverfassung erkläre eindeutig, Grundschulen seien Gemeinschaftsschulen, Bekenntnisschulen oder Weltanschauungsschulen. Eine Novellierung dieses Artikels bedeute, daß damit eine Diskussion wieder aufgenommen werde, die vor einem Vierteljahrhundert ihren Abschluß gefunden und viel zu dem beigetragen habe, was man als den Schulfrieden bezeichnen könne. Wenn deutsche Eltern es vorzögen, ihre Kinder eine Bekenntnisschule besuchen zu lassen, handele es sich hierbei um die freie Ausübung eines Elternrechts, das es zu respektieren gelte, und auf das sich auch alle Fraktionen immer wieder beriefen. Die öffentliche Bekenntnisschule müsse neben der bekenntnisbestimmten privaten Ersatzschule weiterhin ihren Platz haben.

Andreas Reichel (F.D.P.) äußerte die Hoffnung, daß man anhand des Grünen-Antrages darüber reden könne, wie man vielleicht unterhalb der Ebene eine Verfassungsänderung die Mißstände abbauen könne. Er denke beispielsweise an das Umwandlungsverfahren in Bekenntnisschulen und umge-

kehrt. Da lägen die Hürden gegenwärtig außerordentlich hoch. „Die Frage ist: Muß das sein, kann das nicht weniger sein?“ Das gelte für das Anmeldeverfahren: Könne nicht grundsätzlich ein Kind bei der nächsten Grundschule seines Schulbezirks angemeldet werden? Vielleicht baue damit auch der eine oder andere Elternteil Vorurteile gegen eine Gemeinschaftsgrundschule ab.

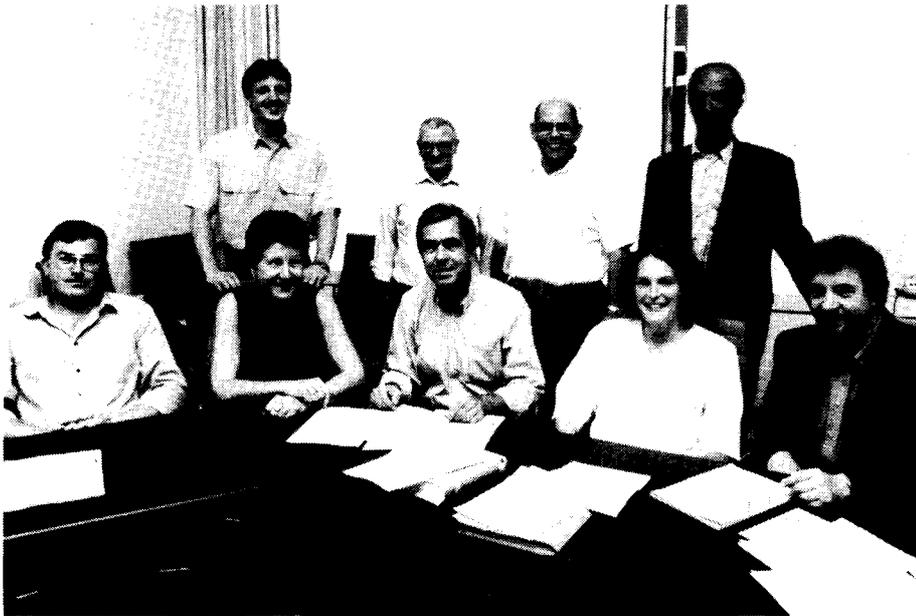
Kultusminister Hans Schwier (SPD) berichtete, der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler betrage landesweit in den Gemeinschaftsschulen 16,1, in den evangelischen Grundschulen 13,2 und in den katholischen Grundschulen 11,5 Prozent. Das zeige auch, es seien nicht nur die Gemeinschaftsschulen, in denen ausländische Schülerinnen und Schüler unterrichtet würden. Der Minister merkte ferner an, alle diejenigen, die im 68er Schulkompromiß für den Erhalt der öffentlichen Konfessionsschule gekämpft hätten, hätten damit weder ahnen können, auch nur im entferntesten wollen können, daß diese Konfessionsschule nun zu einer ausländerfreien, mit weniger schwierigen Kindern versehenen Schule werden könne. Dazu zählten auch die beiden großen Kirchen ganz eindeutig. Er kenne Aufrufe von Männern und Frauen der Kirchen, genau dies nicht eintreten zu lassen. Schwier empfahl, die dargestellten Probleme mit allen Beteiligten und in behutsamer Sondierung anzugehen.

Johannes Fröhlings ist zum dritten Mal zum Präsidenten des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (RSGV) gewählt worden. Die Wahl des Diplom-Kaufmanns erfolgte im Rahmen der 52. Verbandsversammlung der 53 rheinischen Sparkassen in Krefeld.



Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe hat mit einer kleinen Gruppe von Parlamentariern, wie in der letzten Ausgabe von „Landtag intern“ berichtet, am Richtfest des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerkes (IBB) in der weißrussischen Metropole Minsk teilgenommen. Das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk gem.GmbH mit Sitz in Dortmund errichtet in Minsk eine Stätte des Kennenlernens. Wenn sie einmal fertiggestellt ist, sollen sich in dem Gebäude vor allem junge Menschen aus Deutschland und Rußland kennenlernen und dauerhafte Kontakte knüpfen. Das Bildungswerk und die frühere sowjetische Jugendreiseorganisation Sputnik wirken zusammen. Finanziell wird das Unternehmen vom Land Nordrhein-Westfalen, der Evangelischen Kirche in Westfalen sowie der Volkswagen AG unterstützt. Im Entwurf des Haushalts des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei für das Jahr 1993 sind dafür Mittel in Höhe von 1,73 Millionen Mark ausgewiesen. Die Bildleiste zeigt im Bild links das IBB in der Totale mit der Stadt Minsk im Hintergrund, im Bild rechts Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe am Mikrophon bei ihrer Ansprache aus Anlaß des Richtfestes.

Fotos: Flamisch



Der Personalrat bei der Verwaltung des Landtags ist neu gewählt worden. Zum Vorsitzenden wählte das Gremium Peter Geelen (hinten, rechts). Erster stellvertretender Vorsitzender wurde Matthias Hamacher (hinten, 2. v. r.). Die Wahl des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden fiel auf Frank Dulies (hinten, links). Weiterhin setzt sich der neunköpfige Personalrat aus den Mitgliedern Wolfgang Lewandowski (r.), Eivira Brosig (2. v. r.), Ralf Kleine-Tebbe (3. v. r.), Margret Sterz (2. v. l.), Hans Lennertz (l.) und Günter Klause (nicht im Bild) zusammen. Fritz Bree (hinten, 3. v. r.) ist Vertreter des Vertrauensmannes der Schwerbehinderten, Georg Hoffmann.

Foto: Schüler

Minderheitenvotum beläßt dem WDR Frequenzen für Regionalprogramm

Über eine Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses zu einem Verfassungsgerichtlichen Verfahren mußte der Landtag abstimmen. Es ging bei diesem Verfahren um eine Verfassungsbeschwerde des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR) gegen Teile des 5. Rundfunkänderungsgesetzes. Zu dieser Beschlußempfehlung (Drs. 11/5647) hatte die Fraktion der GRÜNEN einen Änderungsantrag vorgelegt, mehr ein „Ergänzungsantrag“, wie Fraktionssprecherin Bärbel Höhn sagte. Sie erläuterte, in der Beschlußvorlage sei die Mehrheitsmeinung sehr detailliert festgelegt worden, die Position der Minderheitsfraktion, hier der GRÜNEN, aber nicht. Es sei aber nur recht und billig, daß auch die Position der Minderheitenmeinung dargestellt werde.

Bärbel Höhn (GRÜNE) erinnerte daran, daß es bei dieser Beschlußempfehlung ja darum gehe, daß dem WDR Frequenzen weggenommen worden seien, um VOX bzw. SAT 1 Möglichkeiten zur Sendung zu geben. „Wir haben damals gegen diesen Frequenzentzug gestimmt.“ Frau Höhn erläuterte, es gehe den Grünen darum, daß zu der Grundversorgung der öffentlich rechtlichen Anstalten auch gehöre, daß es ein Regionalprogramm geben müsse. Man habe mehrere Regionen in NRW. Eine dieser Regionen sei zweifellos das Ruhrgebiet, das wirtschaftlich und auch vom Lebensraum zusammengehöre. Das sei auch die Intention des Landtags gewesen, als er für das Ruhrgebiet ein Regionalprogramm installiert habe, um für die Menschen auch einen zusammenfassenden Überblick zu gewähren. Dieses Regionalprogramm sei dadurch gefährdet, daß die Frequenzen dem WDR, speziell dem Sender Wesel, entzogen worden seien. Ein Teil der Menschen im Ruhrgebiet könne dieses Regionalprogramm jetzt nicht mehr empfangen.

Ähnliches gelte für Düsseldorf. Einige müßten hier das Regionalprogramm in Köln empfangen. Der zweite Punkt sei, daß die Grünen sagten: Der Landesgesetzgeber habe sich zwar verpflichtet, für ein Programm, das jetzt die Voraussetzungen von

VOX erfülle, Frequenzen zur Verfügung zu stellen. Diese Frequenzen habe es aber gegeben, sie seien nur SAT 1 ausgeliehen worden für die Zeit, wo sie für diesen Zweck noch nicht benötigt worden seien. Als VOX auf Sendung gegangen sei, habe SAT 1 gucken müssen, woher es neue Frequenzen bekomme. Diese Frequenzen seien jetzt praktisch dem WDR entzogen worden. „Wir meinen, es wäre sinnvoller gewesen, daß der WDR diese Frequenzen behalten hätte, um sinnvolles Regionalprogramm zu machen.“

Jürgen Büssow (SPD) meinte, es gebe übrigens nicht nur ein Regionalprogramm für das Ruhrgebiet, sondern beispielsweise zwei Fenster, das von Dortmund und das von Essen.

Der Landtag lehnte den Änderungsantrag der Grünen ab und stimmte der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses zu.

Sabine Pape aus Hilden ist auf Vorschlag der SPD-Fraktion in einer Nachwahl zum stellvertretenden Mitglied der Rundfunkkommission der Landesanstalt für Rundfunk gewählt worden.

Gewalt richtet sich auch gegen Homosexuelle als Randgruppe

Der Grünen-Abgeordnete **Roland Appel** berichtete bei der Aussprache über den Antrag seiner Fraktion auf eine „Resolution zum Christopher-Street-Day: Gleichberechtigung für Schwule und Lesben“ von einem erschreckenden Bodensatz an Schwulenfeindlichkeit. Er unterstrich: „Unser Antrag will ein Zeichen setzen in einer Zeit, wo Minderheiten in Deutschland wieder Angst haben müssen“, sagte Appel. **Manfred Lucas** (SPD) erinnerte daran, das Präsidium der SPD habe ihren Mitgliedern in der Verfassungsreformkommission mit einstimmigem Beschluß empfohlen, den besonderen Schutz gleichgeschlechtlicher Minderheiten als Wertennorm expressis verbis in die Verfassung einzubauen. **Antonius Rüsenberg** (CDU) begrüßte das Anliegen der Grünen. Die CDU spreche sich gegen Anfeindungen gegenüber Menschen aus, die sich zu ihrer Lebensweise bekennen würden. „Wir lehnen gewalttätige Übergriffe gegen Schwule strikt ab. Man differenziere allerdings im Hinblick auf Ehe und Familie bei der Forderung nach Gleichberechtigung. Die F.D.P.-Abgeordnete **Dagmar Larisika-Ulmke** meinte dagegen, sie wüßte wirklich nicht, warum man dem Satz „Der Landtag appelliert an die Landesregierung, sich verstärkt für die Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben in der Gesellschaft einzusetzen“ nicht zustimmen könne. Es sei unbestritten, wie sehr Homosexuelle immer noch Diskriminierung, aber auch Gewalt ausgesetzt seien. Heute seien es die Ausländer, morgen die Behinderten, dann die Alten und nicht zuletzt die Schwulen und Lesben. Deshalb unterstütze die F.D.P. den Antrag. **Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) betonte, er halte den Antrag deshalb für wichtig, weil sich Gewalt auch gegen Homosexuelle richte. Er habe überhaupt keine Schwierigkeiten, dem letzten Satz dieses Antrags zuzustimmen. Gleichberechtigung heiße nicht Gleichmacherei. Unter Hinweis auf seine Mitgliedschaft in der Verfassungskommission sagte Schnoor, er sei der Meinung — das betreffe nicht nur Homosexuelle, sondern auch weitere Bereiche —, daß es gut gewesen wäre, „wenn wir auch andere auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften unter den Schutz der Verfassung stellen würden“. „Ganz deutlich“ sagte der Minister indessen, damit sei keine Gleichmacherei mit der Familie gemeint. Er persönlich wolle auch nicht zum Ausdruck bringen, daß die Ehe und solche Lebensgemeinschaften völlig gleich seien. „Aber das andere auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften unter Schutz gestellt werden müssen, scheint mir notwendig zu sein.“

Ulrich Schmidt

Keine Tabus bei Verwaltungsreform im Land NRW

Der Vorsitzende des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform, Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt, hat den Termin für die abschließende Beratung und Abstimmung zu den Gegenständen Regionalkreise, Mittelinstanz, Umweltverwaltung und Gewerbeaufsicht in einer Hand (Antrag der CDU-Landtagsfraktion) bekanntgegeben. Nach diesem Terminkalender werden die vier strukturrelevanten Entscheidungen am 29. September 1993 getroffen. Der Ausschußvorsitzende erklärte hierzu, daß das Land Nordrhein-Westfalen vor einer neuen Verwaltungsreform stehe. Dabei dürfe es keine Tabus geben. Alle Behörden und Verbände gehörten auf den Prüfstand. Wörtlich erklärte Schmidt: „Die Aufgaben und die dafür eingerichteten Behörden, die uns in der Vergangenheit wichtig waren, sind nicht unbedingt die Aufgaben der Zukunft. Hier werden wir andere Prioritäten setzen.“

In den letzten Jahren habe das Land auf neue Situationen und Probleme oft mit der Gründung neuer Einrichtungen und vor allem mit der Beschäftigung von mehr Personal reagiert. Das werde in Zukunft nicht mehr möglich sein. Das Land werde sich von Behörden trennen, deren Aufgaben geringer geworden seien oder weniger wichtig. Zu der Funktion der Regierungspräsidien erklärte Schmidt: „Der Königsweg ist noch nicht gefunden. Es besteht aber bei den Experten Einigkeit darin, daß ein Land wie Nordrhein-Westfalen ohne eine Regionalbehörde nicht auskommen kann. Ministerien müssen Leitentscheidungen treffen und dürfen sich nicht in Einzelfällen verlieren.“

Die politische Aufgabe, Leitlinien zu setzen, werde immer wichtiger je mehr bisher voneinander getrennte Aufgaben gemeinsam betrachtet werden müßten. So wirke der Straßenbau auf den Umweltschutz, die Ausweisung von Gewerbeflächen auf den Arbeitsmarkt, nahezu alle Maßnahmen auf den Geldbeutel. Abschließend erklärte Schmidt, eine Strukturereinigung müsse kommen. Sie sei die wichtigste Aufgabe in der nächsten Zeit. Der Bürger müsse erkennen können, wer in der Verwaltung Verantwortung trage und abschließend entscheide und nicht zuletzt, was die Verwaltung koste.

Verfassungsschutz

Infolge gekürzter Wiedergabe kann eine Passage aus dem Redebeitrag des SPD-Abgeordneten Egbert Reinhard zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes im Entwurf der CDU-Fraktion am 28. Mai im Plenum des Landtags zu mißverständlicher Interpretation führen. Zur Richtigstellung hier der Redeteil im Wortlaut: „Für die Tätigkeit des Verfassungsschutzes ist nach bestehender Rechtslage grundsätzlich eine politische Motivation der Beobachtungsb-



Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt (SPD, 6. v. r.) hat eine Delegation der National Conference of State Legislatures (NCSL) im Rahmen des Länderparlamentarischen Austauschprogrammes USA/Deutschland im Landtag empfangen. Der Besuch ging auf eine Initiative des Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses, Leo Dautzenberg (CDU, 3. v. l.) zurück. Die NCSL repräsentiert die 50 Länderparlamente der Vereinigten Staaten. Gefördert wurde das Austauschprogramm in Deutschland von der Partnerschaft der Parlamente, einer gemeinnützigen Organisation, die Mitglieder in allen 16 deutschen Bundesländern hat. Geleitet hat die amerikanische Delegation Senator Robert Connor (5. v. r.), Republikaner, und zur Zeit Oppositionsführer im Senat des US-Staates Delaware. Links im Bild der SPD-Abgeordnete Dr. Hans Kraft. Foto: Schüller

Gegen Trauung von Homosexuellen

Der Grünen-Antrag „Weg frei zum Standesamt für Schwule und Lesben“ (Drs. 11/4301) wurde von den Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. im Plenum am 27. Januar als nicht mit der Verfassung vereinbar abgelehnt. Manfred Lucas (SPD) erkannte auf rechtliche Gründe, wenn auch das Anliegen berechtigt sei, da gleichgeschlechtliche Paare benachteiligt würden. In der Kommission zur Verfassungsreform werde NRW sinnvollen Änderungen zustimmen.

Bessere Rechtsstellung

Maria Theresia Opladen (CDU) bekannte sich namens der CDU zur Ehe als Zusammenleben von Mann und Frau und hielt den Antrag für grundgesetzwidrig. Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) äußerte Verständnis für Schwule und Lesben, deren Anliegen der zu vordergründige Antrag nicht gerecht werde. Roland Appel (GRÜNE) sah Erfolge durch Aktionen vor Standesämtern und verlangte die volle Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften im bürgerlichen Recht. Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) unterschied zwischen der Achtung anderer Lebensgemeinschaften und einer notwendigen besseren Rechtsstellung Homosexueller, etwa beim Erbrecht.

jekte prägend. Die Beobachtung des Vorfeldes der sogenannten organisierten Kriminalität ohne einen solchen politischen Bezug würde den Verfassungsschutz in den Bereich der allgemeinen Strafverfolgung einbeziehen. Dies machen wir nicht mit.“

Ausländerkriminalität...

Fortsetzung von Seite 23

habe. Man müsse sich der Frage stellen, „wie wir mit dem Problem der Ausländerkriminalität, die offenkundig vorhanden ist, umgehen wollen.“

Heinrich Meyers (CDU) betonte, er könne den Innenminister nicht verstehen: Statistiken seien natürlich zu untersuchen, zu interpretieren und zu beurteilen. Dies habe er in der letzten Statistik vom 15. Juni in ausgezeichneter Weise getan. Er habe Konsequenzen gezogen, „wozu wir als Politiker aufgefordert sind“, um Unrecht zu verhindern, um Menschen zu schützen. „Aber dann sagen Sie fünf Tage später, das seien Lügenstatistiken. Das kann ich nicht auf eine Reihe bringen“, schloß der Abgeordnete.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) sagte, sie wehre sich dagegen, daß gesagt werde, 25 Prozent aller Tatverdächtigen seien Nichtdeutsche. Aber sie wehre sich auch dagegen, wenn hier gesagt werde, man müsse die Ausländerstatistik noch verfeinern oder müsse das gar herausnehmen. Denn damit sei auch den Ausländern nicht gedient. Das öffne nur Spekulanten und Rechtsradikalen, die mit diesen Spekulationen auch über die Dörfer zögen, Tür und Tor.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) stimmte seiner Vorrednerin zu. Wenn man Aussagen über bestimmte Täterbereiche nicht mehr mache, nachdem man sie jahrelang gemacht habe, führe dies zu neuen Spekulationen. „Wir wissen auch: Selbst wenn man vieles bereinigt und interpretiert, sind die Kriminalitätsbelastungszahlen in bestimmten Ausländerbereichen sehr hoch“. Es komme also auf die Interpretation an. Er vertrat die Meinung: Nicht die Statistik, sondern die Interpretation sei das Problem. Die müsse in der Statistik ansetzen.

Standort-Offensive der SPD: „Aktionsprogramm Arbeit und Wirtschaft“

Beim Organisieren von Arbeit alle guten Ansätze von Staats wegen stärken!

Der SPD-Antrag „Standortoffensive NRW: Aktionsprogramm Arbeit und Wirtschaft“ (Drs. 11/5623) wurde nach der Aussprache am 24. Juni von der Landtagsmehrheit angenommen.

Ernst-Otto Stüber (SPD) erklärte, die Schwierigkeiten seien nicht hausgemacht in NRW. Die Hauptverantwortung für die Wirtschaft liege in Bonn und Brüssel. Das Land könne nur Rahmenbedingungen verbessern. Die SPD-Fraktion fordere ein Strukturprogramm für Industrieregionen, das wachstumsfördernde öffentliche und private Zukunftsinvestitionen vorziehe; in Schlüsselbranchen Verbundprojekte kleiner und mittlerer Unternehmen ermögliche, mit umweltverträglichen Produkten weltweite Zukunftsmärkte erschließe. Dank der NRW-Politik gebe es jetzt tausend Unternehmen der Umwelttechnologie mit 100 000 Arbeitsplätzen. Innovative Konzepte sollten Nachteile durch Arbeitsorganisation abbauen. Im Landeshaushalt sollten konsumptive Aufgaben in investive umgeschichtet werden.

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, stellte fest, die SPD wolle von ihrem eigenen Antrag nicht mehr viel wissen, der von früheren Wahlen bekannt sei. Die auch vom Wirtschaftsminister angesprochene beispiellose Talfahrt bedeute, Abstand zu nehmen von allem Bisherigen. Die CDU habe seit 1982 für Wachstum, Vitalisierung des Standorts NRW und Arbeitsplätze gesorgt. Die SPD dagegen wolle immer nur umverteilen. Positiv seien sozialer Frieden, die Konsensgesellschaft und ein weitverbreiteter Mittelstand. Fragezeichen seien beim Leistungswillen, bei der Währung und bei der Technologie zu setzen. Das Zurück auf ein Wohlfahrtsniveau von 1985 müsse jedem das Gefühl geben, daß es fair und gerecht zugehe. Die Niedriglohnländer an unseren Grenzen seien ein völlig neues Faktum. Das Know-how in der Tschechei sei nicht mit Ostasien zu vergleichen. Durch Wegfall der Ostmärkte fehlten 15 Milliarden Mark Export. Der jährliche Transfer von 150 Milliarden Mark nach Ostdeutschland führe hier zu Einbußen. Statt eines Riesenvermögens aus der früheren DDR gebe es heute ein 300-Milliarden-Mark-Defizit. In NRW gebe es eine Innovationslücke und einen Globalisierungsrückstand. Die Reisen des Staatssekretärs Krebs in Tigerstaaten begrüßte Linssen als Beitrag zu Investitionen ins außereuropäische Ausland. Angesichts der zu hohen Staatsquote und zu hoher Abgaben müßten lean management und lean production eingeführt werden. Wenn wie laut SPD-Antrag Konjunktursignale nur aus Bonn kommen könnten, müsse gefragt werden, wofür sich NRW einen Wirtschaftsminister halte. Durch die 40-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst komme das Land besser über die Runden.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) bemängelte ebenfalls, daß die SPD für alles den Bund verantwortlich mache. Über die Abwanderung der deutschen Industrie ins Ausland und Verlagerungsabsichten gebe es unpar-

teilliche Zeugen: „In Deutschland scheint ein industrielles Waldsterben zu drohen“, zierte der Redner und fuhr fort, Deutschland müsse sich wieder auf Leistung umstellen und vom Anspruchsdenken Abschied nehmen. Wie Japan müsse es nach Ansicht eines Experten Erhaltungssubventionen zurückführen und Wachstumssektoren fördern: Kommunikation, Verkehr, Gesundheit, Bildung, Unterhaltung, Ver- und Entsorgung. Finanzmittel müßten von Subventionen auf Technologie umgeleitet werden. Im SPD-Antrag stehe dazu nichts. Der Wirtschaftsausschuß habe eine Insel vor Singapur besucht mit heute 140 000 Einwohnern gegenüber 6 000 vor zehn Jahren. Von 37 neuen Firmen dort sei nur eine deutsch. Höchstens drei Monate dauere eine Genehmigung. Die Aktivitäten der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung seien zu begrüßen. Die NRW-Unternehmen müßten in diesen Markt, sonst verlören sie den Anschluß. Die SPD habe mit ihrem Antrag nicht an-, sondern daneben gepackt.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) hielt mangelnde Kreativität, fehlende neue Produkte und fehlendes Umweltbewußtsein für Ursachen der Auslandsverlagerungen. Milliarden für die Chip-Entwicklung von Siemens seien versickert. Es gehe um eine neue Unternehmenskultur und um eine neue Managergeneration. Die SPD mache wirtschaftspolitisch keine gute Figur. Lafontaine habe sich mit Steuerentlastung für Unternehmen durchgesetzt. Das sei ein starkes Stück sozialer Ungerechtigkeit, da weitere Löcher in öffentlichen Haushalten durch Sozialkürzungen gestopft werden müßten. Die Unternehmen hätten sich doll und dämlich verdient, investieren aber nicht in Produktionsanlagen. 120 000 Millionäre seien Ergebnis der Umverteilung von unten nach oben. Schleußer denke über Härten der Erbschaftsteuer nach statt sie einzustreichen und habe die Kürzung der Sozialhilfe durchgesetzt. In der Wirtschafts- und Finanzpolitik sei ein radikaler Kurswechsel nötig. Lohnsenkungen und Öko-Dumping seien keine Antworten. „Arbeit und Wirtschaft“ im SPD-Antrag sei gegenüber der früheren Formel „Arbeit und Umwelt“ als Signal gegen Umweltpolitik falsch.

Wolfram Kuschke (SPD) hielt Wirtschaftspolitik für den Schlüssel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Bundesanstalt für Arbeit habe sich eindeutig für einen größeren zweiten Arbeitsmarkt ausgesprochen. In der Anhörung des Bonner Arbeitsausschusses hätten Kirchenvertreter das Wegbrechen ganzer Strukturen durch ABM-Streichungen vorhergesagt. In NRW gebe es 36 Prozent weniger Umschüler. Im Mai habe es 82 284 neue Arbeitslosenmeldungen gegeben. Die CDU sei bereit, den sozialen Frieden zu opfern. Die Bundesregierung lasse eine angemessene Industrie- und Wirtschaftspolitik vermissen. Deutschland werde ein Hochlohnland bleiben. Hohe Qualifikation, ein weltweit vorbildliches Ausbildungssystem, hervorragende Infrastruktur, leistungsfähige Verwaltung, funktionierendes Rechtswesen,

sozialer Frieden und stabile Währung gehörten dazu. Über die Maschinenlaufzeiten stehe im „Besinnungsaufsatz“ der Grünen nichts. Die SPD verspreche sich Erhaltung von Arbeitsplätzen und neue Produktion von Qualifizierungs- und Innovationszentren (QUIZ). Regionale Projektgruppen und das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ könnten dazu beitragen, Menschen in Arbeit zu bringen. Finanzierung von Arbeit statt von Arbeitslosigkeit müsse Vorrang erhalten.

Minister Günther Einert (SPD) verteidigte seine Rede in der Aktuellen Stunde gegen den F.D.P.-Vorwurf einer „Mini-Regierungserklärung“: Sie habe nichts Neues enthalten. Zu keiner Zeit nach dem Krieg und weltweit fast über Nacht habe es keine so dramatische Veränderung gegeben wie gegenwärtig. Einzige Aussage des Bundeswirtschaftsministers dazu: „Wirtschaft wird in der Wirtschaft gemacht.“ Der Posten sei immer von der F.D.P. eingenommen worden, deshalb müsse diese sich zurückhalten. Die Arbeitsplätze eines deutschen Elektrokonzerns in Malaysia seien qualitativ vergleichbar mit deutschen. Auf „Rattenrennen“ könnten wir uns nicht einlassen. Vielmehr sollten wir uns für den Kapitalexport öffnen. Im Saldo müßten wir zu einer Aufkommensneutralität bei der Unternehmensbesteuerung kommen. Keine Regierung halte eine echte Entlastung durch Gegenfinanzierung durch Verringerung bei den Abschreibungen sei möglicherweise kontraproduktiv. Begünstigen von Reinvestitionen für den Mittelstand halte er für besser. Eine Verkürzung der Abschreibung nach drei Jahren könne vielleicht den Investitionsgüterzyklus jetzt ansteifen. In vielen Bereichen sei die Wirtschaft aus währungsbedingten Gründen ins Schleudern geraten. Die Folgen der internationalen Einbindung seien vom Bund zu verantworten und hätten mit Lohnkosten nichts zu tun. NRW habe eine gute Basis und hervorragende Voraussetzungen, um die Fähnisse herumzusteuern.

Kurdische Gewalttäter werden ausgewiesen

Der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) hat noch vor der Sommerpause im Landtag klargemacht, daß kurdische Extremisten ausgewiesen würden, wenn ihnen Straftaten auf deutschem Boden nachgewiesen werden können. Es gebe für die Gewalt gegen türkische Einrichtungen, diplomatische Vertretungen, Banken und gegenüber der türkischen Botschaft keine politische Rechtfertigung. Die Konflikte und Probleme, auch in der Frage des Lebensrechts der Kurden, müßten mit friedlichen Mitteln ausgetragen werden. „Bei und allemal“, sagte der Minister. Er schloß, Gewalttäter, wenn ihnen ihre Straftat nachgewiesen sei und wenn sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit hätten, könnten nach dem Ausländerrecht ausgewiesen werden. Er habe die Ausländerbehörden angewiesen, davon Gebrauch zu machen.

Spielführer der Franziskaner war Krafts Schüler

Der FC Landtag, Fußball-Elf des Landesparlaments in Düsseldorf, hat sich in einem Trainingslager in Brandenburg auf ein ungewöhnliches Match vorbereitet: Am 24. September treten die Kicker aus den vier Fraktionen sowie der Landtagsverwaltung in Sinzig gegen eine Auswahl des Franziskanerklosters Remagen an. Mit dabei ist der Ratinger SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Hans Kraft. Der sportbegeisterte Politiker hat zusammen mit Klostervorsteher Athanasius Spies das Treffen in die Wege geleitet. Die beiden kennen sich seit langem. Der Franziskaner Spies, der vor seiner Remagener Zeit unter anderem im Kreis Mettmann in Nordrhein-Westfalen gewirkt hat, ist ein ehemaliger Student des Ratinger Politiklers. Er paukte bei Hans Kraft Bibel-Hebräisch, als dieser noch Dozent an der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität war. Auch die Patres bereiten sich inzwischen auf das bevorstehende Spiel vor. Jeden Samstag wird zwei Stunden lang dem runden Leder nachgejagt. Bei einem Turnier für Hobbymannschaften belegten die Kicker aus dem Kloster einen guten vierten Platz. Das Match gegen den Landtag läuft übrigens unter der sportoffiziellen Bezeichnung: „FC Landtag gegen Kölnische Franziskanerprovinz“.

Der FC Landtag hat ferner bei den Düsseldorfer Japan Wochen mitgespielt. Er trat am 10. September gegen die japanische Seniorenmannschaft „SOI“ an.

★

Dr. Hans Kraft (SPD), Abgeordneter, hat auch 1993 wieder den Prominentenlauf auf der Düsseldorfer Königsallee gewonnen. Kraft war bereits in den beiden Vorjahren siegreich. Ein beispielloser Hat-Trick!

Traditionstreffen: FC Landtag gewinnt auf Lüntenbeck

Zu einer alljährlichen Tradition ist mittlerweile schon das Gastspiel des FC Landtag auf dem Sportplatz Lüntenbeck in Wuppertal-Vohwinkel geworden. Auch diesmal hatte die Aktion V eingeladen; die Einnahmen des Spiels kommen der Organisation für Ausländerfragen sowie der Vereinsjugendarbeit zugute. Es war ein faires Spiel, in dem der Ball bei den Wuppertalern besser lief, kein Wunder bei Spielern wie Pröpfer, Sauer und Augustat mit langjähriger Oberliga- oder sogar Bundesligaerfahrung. Das FCL-Tor, von René Markgraf gehütet, kam allerdings nicht in Gefahr, dafür sorgte auch Uwe Herder mit seiner umsichtigen Abwehrarbeit. Das spielerische Übergewicht der Wuppertaler konnte der FCL mit seinem erheblich niedrigeren Durchschnittsalter diesmal läuferisch wettmachen und auch in Tore ummünzen. Die Treffer des FCL fielen beide in der zweiten Halbzeit. Nach einem bösen Schnitzer in

Ressorts berichten über Entwicklungszusammenarbeit

Der Unterausschuß „Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit“ befaßte sich in seiner 33. Sitzung bereits zum dritten Mal mit den Leitlinien der Landesregierung zur Entwicklungspolitik. Dabei wurden vertiefende Berichte aus den Geschäftsbereichen des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung vorgelegt, über dessen Beitrag „Landtag intern“ in der nächsten Ausgabe berichtet.

Das MWMT legt bei seiner entwicklungspolitischen Arbeit insbesondere besonderen Wert auf die berufliche Fortbildung. Hierzu vergibt das MWMT Stipendien für die praxisnahe Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft aus Entwicklungsländern in Nordrhein-Westfalen. Schwerpunktländer der Entwicklungszusammenarbeit des MWMT sind die drei chinesischen Partnerprovinzen Nordrhein-Westfalens (Jiangsu, Shanxi, Sichuan) sowie Vietnam. Die zentralen Ausbildungsgebiete sind insbesondere der Bergbau, der Anlagen- und Maschinenbau sowie Energie- und Umwelttechnik. Im Rahmen der maximal zwölfmonatigen Aufenthaltsdauer der Stipendiaten wird insbesondere auch Wert gelegt auf die Vermittlung „unseres demokratischen Systems“. Auch nach Beendigung der Fortbildungsveranstaltungen wird der Kontakt durch Ehemaligentreffen in Zusammenarbeit mit der Carl-Duisberg-Gesellschaft aufrechterhalten. Zur Vertiefung und Aktualisierung des erworbenen Wissens sind künftig praxisnahe Fachseminare für frühere Programmteilnehmer im Heimatland vorgesehen. Den besten Teilnehmern an diesen Fachveranstaltungen soll zudem die Möglichkeit eingeräumt werden, in sogenannten „Refresher-Seminaren“ (Dauer rund vier Wochen) ihr Wissen zu

aktualisieren. Das MWMT betonte, daß die Entwicklungshilfe zukünftig verstärkt durch einen fairen Handel ergänzt und teilweise auch ersetzt werden müsse. In diesem Zusammenhang komme dem GATT-Abkommen eine herausragende Bedeutung zu.

Industriestaaten

Seitens des MURL wurde darauf verwiesen, daß die Schlußfolgerungen der Konferenz von Rio bedauerlicherweise nur in geringem Umfang in die aktuellen GATT-Verhandlungen einfließen. Globale Erscheinungen hätten verdeutlicht, daß nur die internationale Zusammenarbeit zur Lösung der anstehenden Probleme in der Lage sei. Dabei käme den Verhaltensweisen der rund einer Milliarde Menschen, die in Industriestaaten lebten, angesichts einer Weltbevölkerung von rund sechs Milliarden Menschen, herausragende Bedeutung zu. Im Bereich der Umwelttechnik habe Nordrhein-Westfalen hier schon wichtige Arbeit geleistet, was dazu geführt habe, daß seitens der Dritten Welt eine lebhaftere Nachfrage nach nordrhein-westfälischer Umwelttechnik bestehe und Hilfe bei dem Aufbau von Umweltverwaltungen gewünscht werde.

Schuß an die Latte erinnerte an Wembley 1966

Sieben Minuten vor Schluß fruchteten endlich die nie erlahmenden Angriffsbemühungen des FC Landtag: Jürgen Cosse schloß einen schönen Spielzug über den rechten Flügel, Flankenwechsel, Rückpaß in die Mitte, mit einem plazierten Schuß unter die Latte zum 1:1 ab. Der Gegner, der renommierte Düsseldorfer Ballspielverein 04, war spielerisch besser, kombinierte überlegter, hatte die bessere Raumaufteilung. Bis weit in die 1. Halbzeit war der BV 04 haushoch überlegen. Wenn sich die Spieler des FCL den Ball erkämpften, konnten sie sich nicht lange daran erfreuen. Noch stotterte der Motor.

Auf die FCL-Abwehr jedoch war Verlaß. Uwe Herder imponierte durch kluges Stellungsspiel; Günther Neumann durch konsequente

Verteidigerarbeit. Herausragend einmal mehr Torhüter René Markgraf: Ruhig, fang sicher, reaktionsschnell. Er parierte sogar einen Elfmeter. Die Glücklichen, die dabei sein durften, rätseln noch immer, wie er es schaffte, seine Faust so fix in die linke untere Ecke zu bringen. Es war eines Ricardo Zamorra würdig.

Langsam kam der FCL, angetrieben durch die nimmermüden Fritz Leinweber, Jürgen Cosse und Bernd Hallwaß besser in Schwung und erarbeitete sich einige Möglichkeiten. Insgesamt hatte er sogar die klareren Torchancen, darunter auch ein krachender Knaller an die Unterkante der Latte. Es war wie in Wembley 1966, aber in Düsseldorf gab es weder einen russischen Linienrichter noch einen Bundespräsidenten, die kategorisch feststellten, daß die „Kirsche“ drin gewesen sei. Es wäre wohl auch ein Irrtum gewesen.

Das interessante Spiel endete gerechterweise unentschieden. Zu danken ist dem BV 04 für die Aushilfe mit Spielern und Trikots sowie für die Stärkung mit Alt, Čevapčići, Würstchen und Kartoffelsalat. Die angenehme sportliche Atmosphäre setzte sich bruchlos nach dem Spiel im freundschaftlichen Beisammensein fort. Die Einnahmen gehen an die Kinderabteilung der Universitätsklinik.

der Wuppertaler Abwehr wurde Alex Schmidt freigespielt und plazierte überlegt das Leder ins gegnerische Netz. Hermann Hüllecremer war es dann, der nach einer glänzenden Kombination zur Stelle war und den Ball zum Endstand von 2:0 über die Linie drückte. Im Anschluß an das Spiel sorgten Reibekuchen, Grillfleisch und Würstchen, Alt und Kölsch für einen geselligen Ausklang.

SPD-Fraktion

Enquete-Kommissionen bald auch im Landtag

Wie schon der Bundestag, soll künftig auch der Landtag Nordrhein-Westfalen Enquete-Kommissionen zur Vorbereitung von umfangreichen und bedeutsamen Sachkomplexen einsetzen können. Das beschloß die SPD-Landtagsfraktion im Rahmen ihrer Beratungen zur „Novellierung der Geschäftsordnung des Landtags“. „Mit weiteren Änderungen oder Ergänzungen wollen wir den Parlamentsbetrieb vereinfachen“, erklärte

Jürgen Büssow als Leiter der zuständigen Arbeitsgruppe der Fraktion.

Zur Vereinfachung gehört, daß Anträge, die kein Gesetzentwurf sind, nur noch einmal im Parlament behandelt werden müssen. Das Parlament soll künftig entscheiden können, ob Anträge ohne Beratung direkt in den Ausschuß überwiesen werden. Falls der Antrag im Ausschuß, statt im großen Plenum, abschließend behandelt wird — auch diese Neuerung sieht die Novellierung vor — muß der Ausschuß öffentlich tagen.

„Als einen Beitrag zur Entbürokratisierung werten wir den Appell an alle Fraktionen zur Vereinfachung von Großen Anfragen“, erklärte Büssow. Es gebe Große Anfragen, die den Charakter kleiner Doktorarbeiten hätten, kommentierte der SPD-Abgeordnete. Deshalb werde vorgeschlagen, Große Anfra-

gen künftig auf zehn Einzelfragen zu beschränken. Bei den Kleinen Anfragen sollten die Abgeordneten den parlamentarischen Stil wahren und auf Polemik zu verzichten.

Mit einer weiteren Änderung der Geschäftsordnung soll der Landtag die Möglichkeit erhalten, seine Präsidenten oder Ausschußvorsitzenden abzuwählen. „Die Abwahl des Präsidenten oder der Präsidentin muß aber von mindestens zwei Dritteln der Landtagsmitglieder beantragt werden“, erklärte Jürgen Büssow. Im Fachausschuß könne die Abwahl des Ausschußvorsitzenden nur von mindestens einem Drittel der Ausschußmitglieder beantragt werden.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

CDU-Fraktion

Schnoors Knüppel „Kommunalaufsicht“ ist keine Lösung

Zur finanziellen Situation der Kommunen erklärt der kommunalpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Albert Leifert:

„Die Gemeinden in NRW sind sich ihrer finanziellen Verantwortung voll bewußt. Doch sie können ihren Beitrag zur Bewältigung der Deutschen Einheit und zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nur dann leisten, wenn sie auch die Chance dazu erhalten. Das Land jedoch hat alles nur Denkbare unternommen, um seinen eigenen Etat auf

Kosten der Kommunen zu sanieren. So reduzierte es schon lange vor der Deutschen Einheit drastisch den Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen mit der Wirkung, daß allein 1990 die Kommunen in NRW mit 4,8 Milliarden Mark Einnahmeverlust belastet wurden. Nun, wo quasi die Lichter auszugehen drohen, vergießt Innenminister Schnoor Krokodilstränen und will den Knüppel der Kommunalaufsicht schwingen, statt in den Städten und Gemeinden die Rahmenbedingungen für eigenverantwortliches Handeln zu stärken.

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen gehören vor allem:

- die kritische Überprüfung der den Gemeinden auferlegten Aufgaben- und Ausstattungsstandards,
- keine Übertragung neuer, mit finanziellen

Belastungen einhergehender Aufgaben, ■ Überprüfung aller gesetzlichen und rechtlichen Bestimmungen mit dem Ziel, den kommunalen Ermessensspielraum zu erweitern, um alle örtlichen Einsparmöglichkeiten optimal nutzen zu können. Effektive Sparpolitik in den Gemeinden kann nicht zentral von Düsseldorf aus gesteuert werden. Die SPD-Landesregierung aber stärkt die Zweckzuweisungen zugunsten ihrer Prestigeobjekte auf Kosten der den Gemeinden zur freien Verwendung zustehenden allgemeinen Zuweisungen und Investitionszuschüssen.

- Schaffung einer Kommunalverfassung, die den Bürgerwillen respektiert und eine effiziente Erledigung der gemeindlichen Angelegenheiten ermöglicht.“

F.D.P.-Fraktion

Von den Niederlanden lernen

„Von den Niederlanden lernen“ will die F.D.P.-Landtagsfraktion im Bereich des preiswerteren Wohnungsbaus. In Nordrhein-Westfalen ist bei steigendem Wohnungsbedarf (Fehlbestand derzeit etwa 500 000 Wohnungen) für mittlerweile mehr als 17 Millionen Einwohner (Landesregierung rechnet mit 19 Millionen zur Jahrtausendwende) das Hausbauen einfach zu teuer, stehen zu wenig Grundstücke zur Verfügung. Die Wohnungsproblematik ist

auch nicht durch Ausweisungen von Kleinstgrundstücken zu lösen. Deswegen schlägt die F.D.P.-Landtagsfraktion vor, in Nordrhein-Westfalen drei Tochterstädte als Mustersiedlungen auszuschreiben, die preiswertes und qualitätsbewußtes Bauen à la Niederlande ermöglichen sollen.

Deshalb soll eine Experimentierklausel in die Bauordnung, die es zuläßt, von allgemeinen, obligatorischen Baustandards abzuweichen, ohne daß Sicherheitsvorschriften außer Kraft gesetzt werden. Dieses Vorhaben muß begleitet sein von einer Konzentration der Städtebaumittel auf diese drei Tochterstädte, verbunden mit planungsrechtlichen Vorgaben des Landes (Anpassung der Landes- und Gebietsentwicklungspläne, des Landschafts-, Naturschutz- und Bauplanungsrechtes), die es

auch ermöglichen, dort Bauland unverzüglich auszuweisen.

Die F.D.P.-Landtagsfraktion setzt auf ein Finanzierungsangebot z.B. der WestLB oder der privaten Bank- und Bauwirtschaft für diese Mustersiedlungen. Um den Bau solcher Tochterstädte können sich dann die Städte und Gemeinden in unserem Land bewerben und in Wettbewerb zueinander treten. So wie zu Zeiten der Industrialisierung der enorme Wohnungsbedarf durch damals mustergültige Siedlungen gedeckt wurde — einige davon sind heutzutage unter Denkmalschutz gestellt, Beispiel: Margaretenhöhe in Essen, die vor 100 Jahren völlig neu für 16 000 Menschen errichtet wurde — will die F.D.P. heute durch Mustersiedlungen für preiswertes Bauen den Wohnungsbaumarkt nachhaltig beleben.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Neuer Name und neuer Fraktionsvorstand

Auf der Klausurtagung der grünen Landtagsfraktion am 26./27. August 1993 wurden Bärbel Höhn als Fraktionssprecherin und Michael Vesper als Parlamentarischer Geschäftsführer einstimmig wiedergewählt.

Beschlossen wurde ein neuer Name — zukünftig heißt es offiziell: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Kurzform lehnt sich an den alten Namen an: GRÜNE im Landtag NRW. Ein Beschluß zur zukünftigen Arbeit der Fraktion hat folgenden Wortlaut: „In drei Jahren Parlamentsarbeit haben die Grünen im Landtag

NRW die Rolle der rechten Opposition übernommen. Künftige Optionen werden geprägt von — einer in 25 Jahren Regierungszeit erstarrten SPD, die in ähnlichen Verfilzungen von Staatsapparat, Partei und ökonomischen Interessen arbeitet wie in Hamburg und Bremen; — einer CDU, die in Zeiten sozialer Krise, Umweltzerstörung und Bürgerrechtsabbau nur die schlechtere Variante des Bonner ‚Kohlismus‘ anzubieten hat und kopflos umherdümpelt;

— einer profitlosen F.D.P., für die die ‚Freiburger Thesen‘ und das Kommunistische Manifest aus der gleichen Feder stammen.

Bei den Themen Müllverbrennung, Asyl- und Einwanderungspolitik, Sozial-, Drogen- oder Frauenpolitik, Bildungspolitik oder ökologische Verkehrsplanung oder im Wirken gegen Diätenerhöhungen und Privilegien der Parteienfinanzierung sowie bei der Entwicklung eines

Alternativhaushaltes: Überall haben die Grünen ihre Rolle als die Opposition wahrgenommen und dabei Kompetenz entwickelt.

Mit dem Ende der parlamentarischen Sommerpause 1993 beginnen die Wahlkämpfe 1994/95. Es werden wichtige Vorentscheidungen für die zukünftige Rolle der Grünen in NRW getroffen. Die Grünen werden sich an einem Regierungswechsel beteiligen, der mit einem Politikwechsel verbunden ist.

Die grüne Landtagsfraktion wird in den nächsten Monaten ressortübergreifend radikal-reformerische Projekte der Landespolitik erarbeiten, die Bestandteil möglicher Koalitionsverhandlungen sein werden. Sie wird Reformkonzepte entwerfen, die in den Bereichen ökologischer Umbau, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik und Bürger-/Bürgerinnenrechte einen deutlichen Politikwechsel in NRW einleiten würden.“

Zum Weltkindertag „Kinder im Parlament“

Auch in diesem Jahr lädt die Präsidentin des nordrhein-westfälischen Landtages, Ingeborg Friebe, wieder für einen Tag mehr als 200 Kinder in das Landesparlament ein. Unter dem Motto „Zusammen leben und einander verstehen“ sind sie am Weltkindertag, dem 20. September, die Hauptpersonen im Landtag am Rhein. Kinder zwischen zwölf und vierzehn Jahren werden auch mit Abgeordneten aller Fraktionen reden und diskutieren und können auf ihre Sorgen und Probleme aufmerksam machen.

TV-Musikprogramm VIVA mit Standort in NRW

Die Rundfunkkommission der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen (LfR) hat in Düsseldorf mit großer Mehrheit beschlossen, der VIVA Fernsehen GmbH & Co. KG die Zulassung zur Veranstaltung eines musikorientierten Jugendspartenprogramms für die Dauer von zehn Jahren zu erteilen. Die Rundfunkkommission hat den Direktor der LfR dabei beauftragt, die nach dem Rundfunkstaatsvertrag (RStV) notwendige Abstimmung in der DLM herbeizuführen. Der Zulassungsbescheid wird in Kürze ausgefertigt, wenn keine rechtlich durchgreifenden Bedenken nach dem RStV vorgetragen werden. Andernfalls ist eine erneute Entscheidung der Rundfunkkommission herbeizuführen. Das Musikpartenprogramm VIVA wird über den Satelliten Eutelsat verbreitet. Die Veranstaltergemeinschaft des Senders VIVA plant, den Sendebetrieb noch in diesem Jahr aufzunehmen. Standort des Senders wird nach Angaben der VIVA GmbH & Co. KG Nordrhein-Westfalen sein.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koegel-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustin Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 16. September, um 9.15 Uhr im Raum E 3 Z04 des Landtagsgebäudes statt.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 8842303,
8842304 und 8842545, btx: *56801#

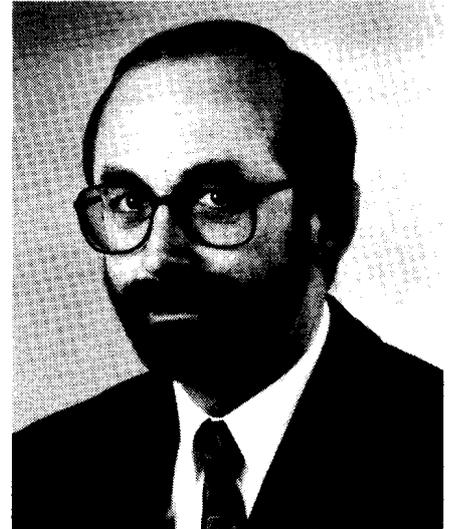
Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tscholtsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Dietrich Kessel (SPD)

Eigentlich sei es reiner Zufall gewesen, daß er ausgerechnet in Witten gelandet sei, sagt Dietrich Kessel rückblickend. Als er 1969 als Assistent von Frankfurt mit seinem damaligen Chef nach Bochum gegangen sei, habe er schlicht eine Wohnung gesucht. Und da sei ihm über die Uni eine „Landesbediensteten-Wohnung“ in Witten angeboten worden, die anscheinend kein Mensch haben wollte. Die Wohnung lag in günstiger Entfernung zum neuen Arbeitsplatz, also habe er zugewagt.

Und in der Ruhrstadt sei er eigentlich auch erst wirklich aktiv in der SPD geworden, obwohl er bereits 1965 eingetreten war.

Sein politisches Interesse sei vor allem durch das soziale Engagement seines Großvaters und seines Vaters geprägt worden, meint Dietrich Kessel. Vater und Großvater, beide als Pfarrer im Südhessischen tätig, waren wohl auch SPD-Wähler, aber selbst nie Mitglied bei den Sozialdemokraten.

Der Sohn jedenfalls war nicht mehr nur Mitglied, er machte auch Parteikarriere in seiner neuen Heimat. Dietrich Kessel wurde Vorsitzender der Wittener Jusos und war an der Bildung des neuen Unterbezirks Ennepe-Ruhr/Witten beteiligt. Diese Neuorganisation wurde mit der Eingliederung Wittens in den Ennepe-Ruhr-Kreis 1975 notwendig.

Seit damals gehört Dietrich Kessel dem Vorstand dieses Unterbezirks an, fünf Jahre lang ist er mittlerweile Vorsitzender. Um etwas „zu bewegen“ stieg er in die Kommunalpolitik ein und ging nach der kommunalen Neugliederung gleich in den Kreistag nach Schwelm.

Vor drei Jahren entschied er sich schließlich für „Politik als Beruf. Mit 62,3 Prozent holte er den Landtagswahlkreis Ennepe-Ruhr III (Witten). Die personelle Verbindung zwischen Kommunal- und Landespolitik sei sinnvoll, sagt Dietrich Kessel. Als konkretes Beispiel nennt er die Strukturkonferenzen des Landes, auf denen Entwicklungskonzepte für die einzelnen Regionen erarbeitet werden sollen. Der Ennepe-Ruhr-Kreis ist mit dem einen Teil der Region „Mittleres Ruhrgebiet“, mit dem anderen der „Märkischen Region“ zugeordnet. Gerade hier habe es sich als notwendig herausgestellt, daß er im Kreistag, wo die Dinge zusammengeknüpft werden müßten, auch die eigenen Kenntnisse aus der Landespolitik einbringe.

Seine Hauptinteressen sind neben der Kommunalpolitik die Themen Wissenschaft und Forschung. Kein Wunder, schließlich arbeitete Kessel insgesamt 16 Jahre als Angestellter im Rektorat der Uni Bochum. Als Mitglied des Wissenschaftsausschusses im Landtag bot ihm diese Kontinuität von beruflicher und politischer Arbeit gute Voraussetzungen. Gute Voraussetzungen, um auch als Neuling in der Fraktion richtig „zu landen“. Verständlicherweise stoße man als „Neuer“ immer

auf Abgeordnete, die sich in Jahren vorher etwas aufgebaut hätten und nun um ihren Einfluß bangen würden.

Als einer der Wissenschaftspolitiker seiner Fraktion hat Dietrich Kessel jedenfalls das Gefühl, einige Entscheidungen maßgeblich beeinflusst zu haben. Und da hat er auch die Erfahrung gemacht, daß die Mehrheitsfraktion durchaus nicht alles schluckt, was die Landesregierung vorschlägt. Bei der Novellierung der Hochschulgesetze etwa seien die Beschlüsse des zuständigen Arbeitskreises und schließlich auch der gesamten Fraktion erheblich über die Pläne des Wissenschaftsministeriums hinausgegangen.

Aber er teilt natürlich auch die Erfahrungen anderer Abgeordneter, die sich bisweilen als Ein-Mann-Betrieb der Ministerialbürokratie deutlich unterlegen fühlen. Auf der anderen Seite werden aus dem Wahlkreis ganz konkrete Probleme, Wünsche und Forderungen an ihn herangetragen. Und es gibt bei vielen Leuten „die Vorstellung, der Abgeordnete muß nur mit dem Finger schnalzen und dann läuft es“. Nicht wenige Leute seien erstaunt, daß der Abgeordnete wie alle anderen an Recht und Gesetz gebunden sei. In einer solchen Erwartungshaltung sieht Kessel auch einen Grund für die aktuelle Politikverdrossenheit. Die Politiker selbst hätten allerdings einen erheblichen Anteil daran, denn viele hätten in der Vergangenheit den Eindruck vermittelt, sie könnten im Grunde alle Probleme lösen.

„Ich werde mit bemühen, ob ich eine Lösung in ihrem Sinne hinkriege, muß ich offen lassen. Eine Lösung versprechen, daß mache ich nicht, hat Dietrich Kessel für sich als Maxime beim Umgang mit seinen Wählern festgelegt. Daß ihm eine solche realistische Einstellung nicht nur Freunde beschert, nimmt er in Kauf.

Ralf Kapschack

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 16. bis 17. September 1993

16. 9. **Albert Leifert** (CDU), 57 J.

17. 9. **Anke Brunn** (SPD), 51 J.

17. 9. **Siegfried Martsch** (GRÜNE), 40 J.

★

Johannes Rau (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, und Professor **Dr. Paul Mikat** (CDU), ehemaliger Kultusminister des Landes, dürfen sich nun offiziell „Bürger des Ruhrgebiets“ nennen. Die beiden Politiker wurden in Herne mit dem Ehrentitel ausgezeichnet, den der Verein „pro Ruhrgebiet“ in Essen seit 1981 an besonders für die Region engagierte Personen verleiht. Rau und Mikat sind der 20. und 21. „Bürger des Ruhrgebiets“.

★

Brigitte Speth, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, wurde im Juni 1993 als Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD (AfB) wiedergewählt. Sie erhielt 77 von 79 Stimmen.

★

Adolf G. Retz (SPD), Landtagsabgeordneter und Dürener Landrat, ist von Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) in Neuss als neuer Vorstandsvorsitzender des nordrhein-westfälischen Landkreistages eingeführt worden. Retz ist Nachfolger von Joseph Köhler, der seit 1972 an der Spitze des Landkreistages stand. Der CDU-Politiker Köhler aus Paderborn, von 1966 bis 1985 Landtagsabgeordneter, ist mit seiner fast 30jährigen Amtszeit der dienstälteste Landrat in Nordrhein-Westfalen.

★

Dr. Hans Horn (CDU), Landtagsabgeordneter, ist beim Kreisparteitag der CDU Oberberg in Radevormwald in seinem Amt als Kreisvorsitzender für weitere zwei Jahre wiedergewählt worden. Horn steht bereits seit 20 Jahren dem CDU-Kreisverband vor. Bei der Wahl erhielt er 125 von 141 Delegiertenstimmen. Das entspricht 88 Prozent.

★

Dr. Franz Meyers (CDU), früherer nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, hat am 30. Juli seinen 85. Geburtstag vollendet. Der gebürtige Mönchengladbacher war der letzte Ministerpräsident der CDU in Nordrhein-Westfalen. Meyers hatte als Nachfolger des im Wahlkampf verstorbenen Karl Arnold 1958 die erste CDU-Alleinregierung gebildet. Mit seinem Sturz als Ministerpräsident im Dezember 1960 endete die nur von einer zweijährigen sozial-liberalen Periode unterbrochene Vorherrschaft der CDU an Rhein und Ruhr. Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bei der Landtagswahl 1962 führte der Jurist Meyers zwei CDU/F.D.P.-Koalitionskabinette. SPD und F.D.P. stürzten Meyers am 8. Dezember 1966 mit einem konstruktiven Mißtrauensvotum. Franz Meyers zog sich aus der aktiven Politik zurück. Der CDU-Landesverband hat den Jubilär am 24. August dieses Jahres mit einem Empfang in seiner Heimatstadt Mönchengladbach geehrt.

★

Günter Hammer, Herausgeber und langjähriger Chefredakteur der „Westfälischen Rundschau“ in Dortmund, ist im Alter von 71 Jahren gestorben. Hammer hatte seit 1951

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Der Herbst steht vor der Tür, der Sommer und die Urlaubszeit sind vorbei. Viele haben Erholung in der Ferne gesucht, manche konnten oder wollten nicht verreisen und waren auf das angewiesen, was die Heimat zu bieten hat. Und das ist einiges; gerade im Ruhrgebiet gibt es eine ganze Kette von Parks, Grünzügen, Schlössern und Burgen, die diese von der Arbeit geprägte und beschädigte Landschaft durchziehen. Kenner haben das Bildmotiv schon erkannt, es ist Schloß Berge in Gelsenkirchen-Buer und könnte, pittoresk wie es auf dieser Aufnahme aussieht, auch irgendwo in einer ländlichen, beliebten Ferienregion weitab von der Emscherzone liegen. Schloß Berge wurde 1248 zum ersten Mal erwähnt. Bei zahlreichen Umbauten vom 16. bis 18. Jahrhundert entstand das Herrenhaus um 1600, der Park datiert um 1780. Die Stadt Gelsenkirchen erwarb 1924 das Schloß und restaurierte es 1953. Bergschäden erforderten umfangreiche Sicherungsmaßnahmen, die vor wenigen Jahren abgeschlossen worden sind: Das Gebäude trägt in seinem Untergrund ein für die zahlreichen Besucher unsichtbares Betonkorsett. Der herrliche Baumbestand des gepflegten Schloßparks zieht viele Erholungssuchende in den Buerschen Grüngürtel, der von Schloß Berge gekrönt wird. Foto: Kampert

Landtag stellt seine Aufgaben dar

Als erstes Landesparlament stellt der Landtag Nordrhein-Westfalen seine Aufgaben, Zusammensetzung, Organisation und Arbeitsweise in einer zusammenfassenden Darstellung der Öffentlichkeit in einem Buch „So arbeitet der Landtag Nordrhein-Westfalen“ vor. Er folgt damit dem Beispiel des Deutschen Bundestages.

Da zur demokratischen Transparenz und Offenheit auch Kritikfähigkeit und Kritikbereitschaft gehören, werden auch solche Dinge angesprochen, über die zur Zeit kritische Diskussionen geführt werden bzw. Reform-

bestrebungen vorhanden sind. Erwähnt seien hier nur die Fragen der Kompetenzverluste der Landtage, Parlamentsreform sowie die Parteien- und Fraktionsfinanzierung bzw. Bezahlung der Parlamentarier. „Nicht immer entspricht die Politik dem Ideal. Das darf kein Grund sein, sich von ihr abzuwenden. Im Gegenteil: Die Mitarbeit ist dann um so notwendiger, neue Impulse um so dringlicher“, Ingeborg Friebe, Landtagspräsidentin. Autor des Buches ist Dr. jur. Jürgen Ockermann, zur Zeit Leiter des Referats „Abgeordnete, Fraktionen, Parteien und Parlamentsrecht“ in der Landtagsverwaltung. Dr. Ockermann war drei Jahre lang Dozent an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen. Das Buch ist im Buchhandel erhältlich. Es ist erschienen in der NDV, Neue Darmstädter Verlagsanstalt, Rheinbreitbach, Einzelpreis 12,80 Mark.